

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Ulrich Hommes

Provokation der Vernunft?

Herbert Marcuse  
und die Neue Linke

Otto Rudolf Ließ/  
Robert Schwanke

Albanien —  
Ein Vierteljahrhundert  
Kommunismus

B 44/69

1. November 1969

Ulrich Hommes, Dr. phil., Dr. jur.,  
Ordinarius für Philosophie an der Universität  
Regensburg, geb. 1932, Schriftleiter des Philo-  
sophischen Jahrbuchs.

Otto Rudolf Ließ, Dr. phil., geboren  
1914 in Wien, Studium in Bukarest, Riga,  
Königsberg, Leipzig, Tübingen und Berlin, Pu-  
blizist und Mitarbeiter wissenschaftlicher In-  
stitute.

Robert Schwanke, Dr. phil. et jur., geb.  
1910, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Öster-  
reichischen Ost- und Südosteuropa-Institut  
Wien.

Herausgegeben von der Bundeszentrale für  
politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner  
Freiheit 7.

Redaktion: Dr. Enno Bartels

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung  
DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänse-  
markt 21/23, Tel. 341251, nimmt entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und  
Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung  
DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum  
Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließ-  
lich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustel-  
lung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Bei-  
lage zum Preis von DM 5,29 zuzüglich Ver-  
packungskosten, Portokosten und Mehrwert-  
steuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus  
Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Mei-  
nungsäußerung des Herausgebers dar; sie  
dienen lediglich der Unterrichtung und Urteils-  
bildung.

# Provokation der Vernunft?

## Herbert Marcuse und die Neue Linke

*„Soyez réalistes — demandez l'impossible“*

*Parole an einer Seine-Brücke in Paris (Pont Neuf) seit dem Mai 1968*

Eine der unerwartetsten Erfahrungen all derjenigen, die Not und Elend des Zusammenbruchs von 1945 erlebt hatten und den mühsamen Aufstieg danach, war es wohl, als die folgende Generation, die bereits wieder in Wohlstand und Sicherheit aufwuchs, alles das, was da neu geschaffen worden war, nicht mehr so sehr als eine großartige Errungenschaft betrachten wollte, sondern über Atembeschwerden darin sich zu beklagen begann. Während die einen im Ausgang sozusagen vom Nullpunkt noch stolz auf die Leistung kollektiver Anstrengung des Überlebens schauten, bestritten die anderen dies als Gesichtspunkt heutiger Diskussion. Was sie gegenüber allem Wohlstand und aller Sicherheit bewegte, war ein erschreckender Verlust an Freiheit, die Tatsache, daß sich ein sozialer Rechtsstaat in der Mitte des 20. Jahrhunderts offensichtlich nur auf Kosten der Freiheit seiner Bürger verwirklichen läßt, weil die Gesellschaft selbst sich notwendig darin zunehmend der Ökonomie, der Technik und der Wissenschaft ausliefert. In einer reichlich versorgten und umfassend verwalteten Welt brach plötzlich die Be-

fürchtung auf, es könne sich unter dem Mantel von Sicherheit und Wohlstand eine fortschreitende Entmenschlichung der Verhältnisse begeben und das Bestehende selbst keine qualitative Veränderung mehr suchen, sondern einzig noch die Stabilisierung seines Bestands. So sah man verwundert, wie das Gefühl der Erstarrung und Verhärtung schließlich dazu

**Otto Rudolf Ließ/Robert Schwanke**

**Albanien — Ein Vierteljahrhundert**

**Kommunismus . . . . . S. 29**

führte, daß das Irreguläre und Illegale als treffendstes Mittel einer für notwendig erachteten Aufklärung zur Befreiung ergriffen wurde und daß die Humanisierung der Verhältnisse, auf die man sich fraglos hin zu bewegen glaubte, durch radikale Kritik des Bestehenden zuallererst provoziert werden sollte.

### 1. Die Protestbewegung der Studenten

Die Erscheinung, die dabei zur nachhaltigsten Provokation der Gesellschaft geworden ist, ist jene Protestbewegung der Studenten, die selbst als wichtigstes Mittel des Kampfes eben die Provokation entwickelt hat. Die Gründe für die große Protestbewegung sind so vielfach analysiert worden, daß wir ihnen hier nicht weiter nachzugehen brauchen: Sie reichen vom Zusammenprall der wissenschaftlichen Rationalität mit der traditionellen Struktur unserer Universitäten sowie ihrer umfassender werdenden Aufgaben mit ihrer immer mangelhafter sich erweisenden Ausstattung

über das Unbehagen angesichts der Diskrepanz zwischen demokratischem Anspruch der Gesellschaft und dem tatsächlichen Zustand ihrer Organisation bis hin zu der nachdrücklichen Ausbildung eines ganz eigenen Lebensstils der Jugend<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Aus der bereits überaus reichen Literatur zur Protestbewegung der Studenten seien hier folgende Titel herausgehoben: Kai Hermann, Die Revolte der Studenten, Hamburg 1967; George F. Kennan, Rebellen ohne Programm. Demokratie und studentische Linke, Stuttgart 1968; Christian Graf von Krockow, Der Dinosaurier will überleben. Reform

Auch der Ablauf der Bewegung ist allzu frisch in Erinnerung, als daß länger davon gesprochen werden müßte: die Demonstrationen gegen die Misere der Universitäten, gegen den Krieg in Vietnam, die große Koalition und das Monopol der Springer-Presse, die Ereignisse beim Besuch des Schahs 1967 in Berlin, die Unruhen an Ostern 1968 nach dem Attentat auf Rudi Dutschke und die Auseinandersetzung um die Notstands-Gesetze im darauffolgenden Sommer, und dann in erneuter Wendung auf die Universitäten selbst all die Aktionen, die an manchen Orten zur Lahmlegung des Studienbetriebs ganzer Disziplinen geführt hat.

Dennoch scheint es angebracht, von den Anfängen der ganzen Bewegung her für die folgenden Überlegungen drei Momente festzuhalten. Das erste Moment ist, daß es in unserer Gesellschaft nicht nur Grund genug gab für eine Rebellion, daß diese Rebellion vielmehr angesichts der bestehenden sozialpolitischen Verhältnisse kaum ein wirksameres Mittel hätte finden können als eben die Provokation. Das zweite Moment ist, daß Provokation, die ein Kampfmittel sein soll in der Auseinandersetzung mit einer Gesellschaft, in der auf andere Art und Weise kein Gehör zu finden war, keine sehr schöne Sache sein kann; sie muß unbequem, rücksichtslos und verletzend sein, entlarvend, beleidigend und boshaft — sie würde ihren Zweck sonst nicht erfüllen. Beides macht den Umgang mit den rebellierenden Studenten sehr schwer, beides aber geht wohl nicht so sehr zu Lasten der jungen Leute als auf das Konto einer Gesellschaft, die offensichtlich solcher Provokation bedarf, um in Bewegung zu geraten.

---

oder Revolution an den Universitäten?, in: Der Monat 239/1968, S. 39 ff.; Casper Schrenck-Notzing, Zukunftsmacher. Die neue Linke in Deutschland und ihre Herkunft, Stuttgart 1968; Walter Rüegg, Die studentische Revolte gegen die bürgerliche Gesellschaft, Stuttgart 1968; Hans-Adolf Jacobsen — Hans Pollinger, Die deutschen Studenten, München 1968; H.-J. Schoeps — Ch. Dannermann, Die rebellischen Studenten. Elite der Demokratie oder Vorhut eines linken Faschismus?, München 1968; W. Schönbohm — J. B. Runge — P. Radunski, Die herausgeforderte Demokratie. Deutschlands Studenten zwischen Reform und Revolution, Mainz 1968; Uwe Bergmann — Rudi Dutschke — Wolfgang Lefèvre — Bernd Rabehl, Rebellion der Studenten — oder — Die neue Opposition, Hamburg 1968 (im folgenden zitiert als „Die neue Opposition“); Jürgen Habermas, Protestbewegung und Hochschulreform, Frankfurt 1969; Jens Litten, Eine verpaßte Revolution?, Hamburg 1969.

Für das dritte Moment ist etwas weiter auszuholen, da es für unser eigenes Unternehmen besonders bedeutsam ist. Die Protestbewegung der Studenten hat sehr schnell den Rahmen hochschulinterner Auseinandersetzungen gesprengt, und mag sie sich nach dem großen Ausbruch im Zusammenhang mit der Beratung und Verabschiedung der Notstandsgesetze seit dem Ende des vergangenen Sommers auch noch so sehr wieder ganz auf die Universitäten zurückgewandt haben, jeder Versuch ihrer Reduktion erneut auf diesen Bereich wäre nichts als frommer Selbstbetrug.

Für die Studenten hat sich nämlich der Konflikt mit der Universität im Verlauf der Auseinandersetzungen immer deutlicher als ein Konflikt mit der Gesellschaft im ganzen erwiesen. Sie mußten sehr rasch begreifen, daß das Gerangel in der Universität sich um Widersprüche dreht, die keinen isoliert-universitären Charakter haben. Schien die Universität zunächst vielleicht mehr so etwas wie ein Relikt vergangener Zeiten und glaubte man, es würde genügen, sie auf einen ansonsten allgemein schon erreichten Stand der Demokratisierung zu bringen, so machte gerade das Zusammenwirken der gesellschaftlichen Kräfte bei den ganzen Unruhen unübersehbar, wie sehr die Universität in ihrem Rückstand selbst noch zeitgemäß ist und im Grunde nur reproduziert, was mehr oder weniger deutlich die gesamte Wirklichkeit bestimmt<sup>2)</sup>. Es zeigte sich, daß man die Misere, unter der man in der Universität litt, nicht einer im Vergleich zur Gesamtgesellschaft rückständigen Universitätsstruktur verdankt, daß eben diese Struktur vielmehr typisch ist für die gegenwärtige Gesellschaft. Die Maßnahmen, mit denen man der Schwierigkeiten in den Universitäten zunächst Herr zu werden suchte — von der Anwendung des Hausrechts durch Rektoren über das Verbot von politischen Veranstaltungen aus baulicheilichen Gründen bis zur befristeten Im-

---

<sup>2)</sup> Vgl. hierzu Wolfgang Lefèvre, in: Die neue Opposition, S. 134: „Im Anspruch des Rektors, deswegen, weil das Hausrecht in seine Kompetenz fällt, lediglich kritisiert, keinesfalls aber bewegt werden zu können, aufgrund von Diskussion seine Entscheidung zu revidieren, . . . in diesem Anspruch kommt die abgrundtiefe Verachtung gegenüber Entscheidungsmodellen zum Ausdruck, die die inhaltliche, argumentative Bestimmung durch alle Beteiligten zum konstitutiven Grundsatz haben. Jede inhaltliche Diskussion ist in diesem Anspruch zum herrschaftstechnischen Mittel geworden, alle Kritik gegen Entscheidungen zu kanalisieren, die von Institutionen souverän über die ohnmächtig diskutierenden gefällt werden.“

matrikulation in bestimmten Disziplinen — erschienen notwendigerweise als Zeichen einer insgesamt immer autoritärer werdenden Gesellschaft.

Was die Aktionen der Studenten auf fortgeschrittenem Stand deshalb kennzeichnete, ist die gesamtgesellschaftliche Stoßkraft. Es ging darin nicht mehr so sehr um die spezifischen Interessen innerhalb der Universität, sondern um die Abwehr autoritärer Bestrebungen überhaupt, um die Etablierung wirklich demokratischer Verhaltensweisen, das heißt, es galt, mit der Universität die Gesellschaft zu reformieren, für die diese Universität steht<sup>3)</sup>. Allein dieser innere Zusammenhang macht es wohl auch verständlich, daß die Mißstände in den Universitäten gerade dann

Als die Studenten nach jahrelangem Mühen um die überfällige Hochschulreform einsehen mußten, daß dies — so wie auch andere politische Aktionen gegen offensichtliche Mißstände in der Gesellschaft überhaupt — nichts zu bewirken vermochte, so lange sich alles gesellschaftskonform abspielt, begannen sie — zunächst unterhaltsam und phantasiereich, später immer einfallloser und verbissener — ihrem Protest eine neue Form zu geben: die Provokation. Sie verlegten sich auf Mittel, die in unserer besonderen Situation, das heißt einem bürokratisierten Herrschaftsapparat in

<sup>3)</sup> Vgl. hierzu nochmals Wolfgang Lefèvre, a. a. O., S. 148: „Am 5. Juni formulierte der Konvent (der FU) die Richtung der jetzt geforderten hochschulpolitischen Praxis, die zugleich politische Praxis sein würde: ‚Wenn die Studenten diese gerechten Forderungen erheben (Rücktritt von Alberz etc.), so wissen sie zugleich, daß die politische Wirkung der Universität auf die Stadt, die Gesellschaft sehr gering ist; und sie wissen, daß dies nicht zuletzt an der Universität liegt. Es scheint fast, als käme der Appell, daß die deutsche Universität nicht ein zweites Mal am Scheitern der Demokratie und an der Entmenschlichung der Gesellschaft schuldig werden darf, schon zu spät. Die Universitäten können deswegen keinen Augenblick mehr zögern, die gesellschaftlich-politischen Aufgaben der universitären Wissenschaft zu definieren und die politische Praxis der Universität zu bestimmen. Der Konvent der FU Berlin sieht es als seine Pflicht an, die Angehörigen der Universität aufzurufen, noch heute einen Prozeß der Selbstklärung und der Entwicklung einer politischen Praxis zu beginnen, der die theoretische wie praktische Antwort und Kampfansage der FU an alle politischen Tendenzen darstellt, die die zweite deutsche Demokratie zu zerstören drohen.“

ein krisenhaftes Stadium erreichten, wenn sie nicht spezifisch hochschulpolitisch artikuliert wurden. Die großen Unruhen hatten meist ganz allgemeine politische Anlässe, den Vietnam-Krieg oder den Schah-Besuch, die Pressefreiheit und die Notstandsgesetze. Und wenn diese Anlässe zunächst nur von einer kleinen Zahl von Studenten aufgenommen wurden, das Kennzeichnende ist, daß deren politische Aktionen in dem Moment die Unterstützung größerer Teile der Studentenschaft fanden, als die universitären Institutionen dagegen einschritten und ihnen die bekannten Restriktionen angedeihen ließen. Es sei deshalb erlaubt, die Korrektur der Vorstellung einer Eigenständigkeit inneruniversitärer Widersprüche als das dritte Moment für das Weitere hier vorauszusetzen.

## 2. Die begrenzte Regelverletzung

der Universität und der Gesellschaft gegenüber geeigneter schienen, den nötigen Aufklärungsprozeß als Voraussetzung wirklicher Veränderung des Bestehenden in Gang zu setzen, geeigneter als Eingaben, Vorschläge,

### INHALT

1. Die Protestbewegung der Studenten
2. Die begrenzte Regelverletzung
3. Die Wirkung der Provokation
4. Die Neue Linke
5. Das Denken im Widerspruch
6. Der Begriff der Utopie
7. Das Kriterium kritischer Theorie
8. Das befriedete Dasein
9. Die Funktion der totalen Negation
10. Der Vollzug der großen Weigerung
11. Das Problem der Gewalt
12. Die Anklage des Systems
13. Die Antwort der Vernunft

Entwürfe und Diskussionen, die insgesamt nicht im geringsten angekommen waren. Da man sich in Universität und Gesellschaft trotz aller Aufforderung nicht wirklich an die Reformarbeit zu machen wußte, mußte man die entscheidenden Kräfte dazu zwingen — mit mehr oder weniger sanftem Druck —, man

mußte sie provozieren; man mußte den Leerlauf des Betriebs an den Universitäten und das autoritäre Verhalten der dort Herrschenden aufdecken und das mangelhafte Funktionieren demokratischer Selbstkontrolle — um in all dem die bereits vielfach zur reinen Akklamation erstarrte Teilhabe aller am Geschehen in Staat und Gesellschaft zu aktivieren<sup>4)</sup>. Dazu verfiel man auf die begrenzte Regelverletzung, nachdem die Regeln selbst bereits erfolgreich zur Abwehr des Verlangens nach Reform benutzt worden waren. Ein Beispiel aus der Vollversammlung aller Fakultäten an der Freien Universität Berlin vom 5. Mai 1967 mag das verdeutlichen. Der Schluß der Rede eines Studentenvertreters dort lautete so: „Wir haben ruhig und ordentlich eine Universitätsreform gefordert, obwohl wir herausgefunden haben, daß wir gegen die Universitätsverfassung reden können, soviel und solange wir wollen, ohne daß sich ein Aktendeckel hebt, aber daß wir nur gegen die baupolizeilichen Bestimmungen zu verstoßen brauchen, um den ganzen Universitätsaufbau ins Wanken zu bringen. Da sind wir auf den Gedanken gekommen, daß wir erst ... die Hausordnung brechen müssen, bevor wir die Universitätsordnung brechen können. Da haben wir den Einfall gehabt, daß ein Betretungsverbot des Rasens, ein Änderungsverbot der Marschrichtung, ein Verbot der Baupolizei genau die Verbote sind, mit denen die Herrschenden dafür sorgen, daß die

<sup>4)</sup> Vgl. hierzu insbesondere die „linke“ Literatur zur „Demokratisierung“, aus der hier nur folgende Titel genannt seien: Wolfgang Nitsch — Uta Gerhardt — Claus Offe — Ulrich K. Preuß, Hochschule in der Demokratie, Neuwied 1965; Stephan Leibfried, Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule, Köln 1967; Johannes Agnoli — Peter Brückner, Die Transformation der Demokratie, Frankfurt 1968; Detlev Albers, Demokratisierung der Hochschule, Bonn 1968.

Aus „Die neue Opposition“, S. 21, sei darüber hinaus zitiert: „Resolution vom 22. Juni 1966, verabschiedet von den zum Sit-in versammelten Studenten der FU Berlin: ‚Wir kämpfen nicht nur um das Recht, längere Zeiten zu studieren und unsere Meinung stärker äußern zu können. Das ist nur die halbe Sache. Es geht uns vielmehr darum, daß Entscheidungen, die die Studenten betreffen, demokratisch und unter Mitwirkung der Studenten getroffen werden. Was hier in Berlin vor sich geht, ist ebenso wie in der Gesellschaft ein Konflikt, dessen Zentralgegenstand weder längeres Studium noch mehr Urlaub sind, sondern der Abbau oligarchischer Herrschaft und die Verwirklichung demokratischer Freiheit in allen gesellschaftlichen Bereichen. Wir wenden uns gegen alle, die den Geist der Verfassung, gleich in welcher Art, mißachten, auch wenn sie vorgeben, auf dem Boden der Verfassung zu stehen.‘“

Empörung über die Verbrechen in Vietnam, über die Notstands-Psychose, über die vergrinste Universitätsverfassung schön ruhig und wirkungslos bleibt. Da haben wir gemerkt, daß wir gegen den Magnifizenzenwahn und akademische Sondergerichte, gegen Prüfungen, in denen man nur das Fürchten, gegen Seminare, in denen man nur das Nachschlagen lernt, gegen Ausbildungspläne, die uns systematisch verbilden, gegen Sachlichkeit, die nichts weiter als Müdigkeit bedeutet, ... gegen demokratisches Verhalten, das dazu dient, die Demokratie nicht aufkommen zu lassen, gegen verlogene Rationalität und wohlweisliche Gefühlsarmut — daß wir gegen den ganzen alten Plunder am sachlichsten argumentieren, wenn wir aufhören zu argumentieren und uns hier in den Hausflur auf den Fußboden setzen. Das wollen wir jetzt tun.“<sup>5)</sup>

In welcher Vielfalt von Formen solche Provokationen durchexerziert wurden, ist bekannt: von den Tomaten, Eiern und Farbbeuteln über gestörte Rektoratsfeiern, gesprengte Vorlesungen, verbotene Plakataktionen bis zur Änderung der polizeilich festgelegten Marschrichtung bei Demonstrationen, dem Hissen der Fahne des Vietcong und der Anmaßung des politischen Mandats der Studentenschaft — und immer wieder die schon in Berkeley so bewährten Sit-ins — von den schweren Auswüchsen wie Brandstiftung, Zerstörung und Aufruhr ganz zu schweigen. Stets galt es dabei, mit solchen Aktionen und insbesondere durch die fast berechenbare Reaktion der Provozierten darauf, Aufmerksamkeit und Anteilnahme zu erwecken, es zu jenem kritischen Spannungsverhältnis zu bringen, in dem die etablierte Macht sich einfach gezwungen sieht, bestimmte, bis dahin verleugnete oder verschleppte Dinge endlich in Angriff zu nehmen und sie einer zeitgerechten Lösung zuzuführen.

Wenn wir heute feststellen, daß dieses erste Ziel der Provokation weithin erreicht worden ist, so mag das nicht als Billigung der genannten Mittel genommen werden; von dem Unbehagen, das diese Mittel verursachen, von dem Unbehagen aber auch an der Gesellschaft, die sie nötig macht, wird noch zu reden sein. Hier geht es zunächst nur darum, einzugestehen, daß der unbestreitbare Erfolg der ganzen Protestbewegung offensichtlich an dieser Praxis der Provokation hängt, das heißt, daß man nur dadurch etwas erreichte, daß man sich

<sup>5)</sup> Peter Schneider in: Bernard Larsson, Demonstrationen. Ein Berliner Modell, Voltaire-Flugschrift 10, S. 162 f.

auch „etwas an der Grenze der Legalität“ bewegte, jenseits von ihr also<sup>6)</sup>). Eben dies aber beweist, wie grundsätzlich jedenfalls die begrenzten Regelverletzungen durchaus als

Wahrnehmung und Verwirklichung der Grundrechte verstanden werden konnten, die unsere Verfassung verbürgt und die in der Verfassungswirklichkeit ausgehöhlt scheinen.

### 3. Die Wirkung der Provokation

Fragt man nach der Wirkung des Protests, dann muß man eben hiervon ausgehen. Vielleicht ist es gut, dazu nochmals die Berliner Studentenschaft zu hören. In einer Dokumentation über die Krise der Freien Universität, die vom AStA und den Studentengemeinden zusammen mit den politischen Studentengruppen 1966 herausgegeben wurde<sup>7)</sup>, hieß es: „Das Maß an Irrationalität, das im Werfen von Eiern und Tomaten steckt, ist nicht die zur Gewalttätigkeit als Selbstzweck drängende Irrationalität der Faschisten, sondern die surrealistische und provokative Versinnlichung der Irrationalität einer Gesellschaft, die die Bedeutungslosigkeit politischer Vernunft und die Sprache der Humanität dadurch dokumentiert, daß sie ihr eine Hyde-Park-Ecke zur Verfügung stellt. Wenn sich zudem zeigt, daß die die eigene Ohnmacht ausdrückende Karikatur von Gewalt in Form von Eiern und Tomaten den sich tolerant gebenden Gewaltapparat dazu provoziert, die demokratischen und rechtsstaatlichen Formen beiseite zu lassen und ungeschminkt zur Sache zu kommen, eben

zur Gewalt über Menschen, so leistet diese provozierende Irrationalität offenbar mehr an politischer Aufklärung als die meisten politischen Podiumsdiskussionen.“

Um es mit Marx zu sagen: Provokation ist „Kritik im Handgemenge, und im Handgemenge handelt es sich nicht darum, ob der Gegner ein edler, ebenbürtiger, ein interessanter Gegner ist, es handelt sich darum, ihn zu treffen. Es handelt sich darum, (ihm) keinen Augenblick der Selbsttäuschung und der Resignation zu gönnen. Man muß den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Druckes hinzufügt, die Schmach noch schmachvoller, indem man sie publiziert; . . . man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen zwingen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt. Man muß das Volk vor sich selbst erschrecken lehren, um ihm Courage zu machen.“<sup>8)</sup>

Darüber, wie auf die gewichtigeren Provokationen der Studenten zunächst reagiert wurde, nicht nur von Polizei und Justiz, sondern auch von Professoren, Parteien und Regierungen, darüber ließe sich manch finstere Reflexion anschließen. Wir scheinen inzwischen jedoch in all diesen Bereichen ein Stück weitergekommen zu sein. Gerade daran zeigt sich, wie heilsam das Ganze war: die Provokationen haben Effekt gehabt; nicht nur den einer Ablösung von Polizeipräsidenten und Rektoren, sondern positiv: durch diesen kritischen Gegendruck von unten wurde der Beginn eines bedeutsamen Wandels erzwungen; es kamen nun nicht nur in den Hochschulen Reformen in Gang, über die man zuvor 20 Jahre lang nur geredet hatte, es kam vielmehr insgesamt zur Auflockerung des erstarrten Gefüges unserer Gesellschaft, zu einer Besinnung, die man beinahe schon nicht mehr für möglich gehalten hätte und die es ihrerseits nun möglich machen mußte, die drängenden Aufgaben unserer Zeit entschiedener, ehrlicher und wirksamer anzupacken als bisher.

<sup>6)</sup> Vgl. hierzu den Bericht, den Bernd Rabehl in „Die neue Opposition“, S. 161, über die große Demonstration vom Dezember 1964 gegen Moise Tschombe gibt, jene Demonstration, bei der es zum ersten Mal in großem Ausmaß zur tätlichen Auseinandersetzung mit der Ordnungsmacht kam: „An diesem Tage hatte die linke Opposition viel gelernt. Angefangen damit, daß es offenbar nicht mehr genügte, Demonstrationen zu veranstalten, die in der Gesellschaft keinerlei Resonanz hinterließen oder als Störaktionen bezahlter Agenten verdrängt werden konnten. Solche Demonstrationen überwand man nur, wenn man die gesetzten Spielregeln solcher einer Demokratie durchbrach und dadurch Staats-exekutive, Parteien und Verbände zur Stellungnahme zwang, zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Zielen der Demonstration. Man vermied dadurch, selbst zum Aushängeschild und Alibi einer Demokratie zu werden, in der längst nicht mehr offen diskutiert wurde und Entscheidungen nicht im Parlament gefällt wurden, das auch seine Kontrollfunktionen nicht mehr wahrnehmen konnte, einer Demokratie also, in der Parteien und Verbände sich zu einem Regierungskartell zusammengefunden hatten und alle gesellschaftlichen Maßnahmen nach verwaltungstechnischen Normen entschieden wurden.“

<sup>7)</sup> Von der Freien zur Kritischen Universität, Berlin 1966.

<sup>8)</sup> Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, zitiert nach der Ausgabe der Werke durch H. J. Lieber und P. Furth, Stuttgart 1962, I, S. 491.

## 4. Die Neue Linke

Zu dem aber, was wir an solcher Provokation und ihrem Effekt gelernt haben sollten, gehört auch die Auseinandersetzung mit der Gruppe unter den rebellierenden Studenten, die man die *Neue Linke* heißt und als deren Theoretiker *Herbert Marcuse* gilt.

Immer mehr ist ja auf den Höhepunkten der Protestbewegung deutlich geworden, daß man Provokation auch um der Provokation willen treiben kann. Es traten Aktionen in den Vordergrund, denen man im Blick auf Reformbestrebungen jedenfalls keinerlei Sinn mehr abzugewinnen vermochte — Aktionen, die solchen Sinn sogar ausdrücklich abwiesen. Hierher gehören nicht nur die bekannten Gewalttaten selbst, das Eintreten von Türen, Aufbrechen von Schränken und Zerstören von Akten, das Erzwingen von Polizeieinsätzen und Knüppelhieben, sondern mit vielem anderen mehr der Ruf nach zwei, drei und noch mehr Vietnam sowie das Verlangen nach französischen Mai-Zuständen. Was diese Aktionen von der vorhin angesprochenen Provokation deutlich unterscheidet, ist die Tatsache, daß man hier nicht aus dem Willen handelte, das Bestehende zu verbessern, sondern um seine Ablehnung zu dokumentieren — in der Hoffnung, solcher Ablehnung werde eines Tages tatsächlich einmal der große Umsturz folgen. Man wollte nicht mehr das Bestehende in Bewegung bringen hin auf eine neue Form, in der es neuem Anspruch zu genügen vermöchte, man wollte es entlarven und zerstören und an seine Stelle ein Neues setzen; statt der Arbeit an Reform verschrieb man sich dem Ruf nach Revolution. Der Protest gegen übermächtig scheinende Tendenzen der arbeitsteiligen, auf Verträge gegründeten und rechtlich gesicherten bürgerlichen Gesellschaft verdichtete sich so sehr, daß er nur noch zu zeigen hatte, wie autoritär, repressiv, gewalttätig und verkommen das ganze System ist, so jedenfalls, daß diesem System durch keine Reform aufzuhelfen sei, sondern einzig seine Abschaffung bleibe.

*Rudi Dutschke*, der als Repräsentant solch extremer Protesthaltung in Deutschland zum Attentatsopfer wurde, hat das auf folgende Formel gebracht: „Unsere Opposition ist nicht gegen einige kleine Fehler des Systems, sie ist vielmehr eine totale, die sich gegen die ganze bisherige Lebensweise des autoritären Staates richtet.“<sup>9)</sup> Was die Durchbrechung der Spiel-

<sup>9)</sup> Die neue Opposition, S. 87.

regeln dieser Lebensweise soll, ist, „durch systematische, kontrollierte und limitierte Konfrontation mit der Staatsgewalt ... die repräsentative ‚Demokratie‘ zu zwingen, offen ihren Klassencharakter, ihren Herrschaftscharakter zu zeigen, sie zu zwingen, sich als Diktatur der Gewalt zu entlarven“<sup>10)</sup>. Demonstriert man so „die Verwundbarkeit des Systems, so stärkt man die Überzeugung, das System als Ganzes in Zukunft stürzen zu können“<sup>11)</sup>, das heißt, Herrschaft „für immer zu vertreiben“<sup>12)</sup>.

Dutschke zitiert in diesem Zusammenhang<sup>13)</sup> die „Deutsche Ideologie“ von Karl Marx: daß „eine massenhafte Veränderung der Menschen nötig ist, die nur in einer praktischen Bewegung, in einer Revolution vor sich gehen kann; daß also die Revolution nicht nur nötig ist, weil die herrschende Klasse auf keine andere Weise gestürzt werden kann, sondern auch weil die stürzende Klasse nur in einer Revolution dahin kommen kann, sich den ganzen alten Dreck vom Halse zu schaffen und zu einer neuen Begründung der Gesellschaft befähigt zu werden“.

Mit diesem Zitat ist zugleich gegeben, warum man bei dieser Gruppe am treffendsten eben von der Neuen Linken spricht und nicht einfach von neuer Opposition. Der wesentliche Unterschied zum klassischen Marxismus ist nämlich eben die Überzeugung, mit dem ganzen Entfremdungsproblem nur in unmittelbarer Aktion noch fertig werden zu können. Marx selbst war keineswegs so frontal gegen die Industriegesellschaft angerannt, für ihn stand vielmehr fest, daß der Kapitalismus es durch Schaffung neuer Produktivkräfte und durch deren gedankenlose Ausnutzung selbst so weit bringen werde, daß die klassenlose Gesellschaft sich etabliert, das heißt Herrschaft durch Arbeitsteilung mit all ihren Entfremdungserscheinungen eines Tages überwunden wird. Heute, das heißt hundert Jahre danach, ist allzu sichtbar, daß die Tendenz moderner Industriegesellschaft keineswegs dazu führt, Herrschaft abzubauen, ganz gleich, ob diese Industriegesellschaft auf kapitalistisch oder sozialistisch organisierten Produk-

<sup>10)</sup> A. a. O., S. 82.

<sup>11)</sup> A. a. O., S. 76.

<sup>12)</sup> A. a. O., S. 88.

<sup>13)</sup> A. a. O., S. 38.

tionsmitteln beruht, und die Einsicht in diesen Zusammenhang scheint der Neuen Linken die Notwendigkeit der Revolution zu besagen. Weil liberaler wie sozialistischer Bürokratismus, Sowjetmarxismus also ebenso wie Spätkapitalismus Herrschaft durch Verwaltung

n dieser Konsequenz hat sich die Neue Linke wiederholt mit Nachdruck auf Marcuse berufen, und Marcuse selbst hat seinerseits wie wohl kaum jemand ausgesprochen, was ihre Opposition ist: „Sie ist der Ekel vor der Gesellschaft im Überfluß, das vitale Bedürfnis, die Spielregeln eines betrügerischen und blutigen Spiels zu verletzen, nicht mehr mitzumachen. Wenn diese Jugend das bestehende System der Bedürfnisse und seine stetig sich mehrende Warenmasse verabscheut, so deshalb, weil sie beobachtet und weiß, wieviel Opfer, wieviel Grausamkeit und Dummheit täglich in die Reproduktion des Systems eingehen. Diese Jungen und Mädchen teilen nicht mehr die repressiven Bedürfnisse nach den Wohltaten und nach der Sicherheit der Herrschaft — in ihnen erscheint vielleicht ein neues Bewußtsein, ein neuer Typus mit einem anderen Instinkt für die Wirklichkeit, fürs Leben und fürs Glück; sie haben die Sensibilität für eine Freiheit, die mit den in der vergreisten Gesellschaft praktizierten Freiheiten nichts zu tun hat und nichts zu tun haben will.“<sup>15)</sup>

Verständlich wird die Berufung der Neuen Linken auf Marcuse freilich erst dann, wenn man Marcuses Grundthese kennt: daß Vernunft der gesellschaftlichen Wirklichkeit gegenüber wesentlich kritisch ist, „Denken im Widerspruch“. Marcuse hat dies von Anfang an vertreten, schon in seiner ersten großen Hegelarbeit von 1932<sup>16)</sup>. Als Marcuse aber 1964 seine frühen Aufsätze aus Horkheimers und Adornos Zeitschrift für Sozialforschung neu herausgab, stellte er dem eine entschiedene Verschärfung voran: „Das Denken im Widerspruch“, so lautete jetzt die Devise, „muß dem Bestehenden gegenüber negativer und utopischer werden.“<sup>17)</sup> Von dieser Aufforderung hat sich bekanntlich die Neue Linke weithin ermuntern lassen. Um wirklich zu sehen, was Marcuse damit meint, muß man sich jedoch genau vornehmen, auf welchen Voraussetzungen seine sogenannte kritische Theorie beruht

vollenden und selbst die Idee noch einer Befreiung von überflüssiger Arbeit und überholtem Zwang unterdrücken, kann man nicht mehr auf eine Krise hoffen, die den Zusammenbruch herbeiführt, man muß auf eine Minderheit setzen, die den Sturz erzwingt<sup>14)</sup>.

## 5. Das Denken im Widerspruch

und welche Wandlung ihr Begriff bei ihm durchgemacht hat.

Denken im Widerspruch — das ging zunächst davon aus, daß es einen Unterschied gibt zwischen dem Wesen oder der Bestimmung einer Sache und ihrem Dasein oder ihrer Gegebenheit und daß die Sache von sich her diesen Unterschied als Widerspruch erkennen läßt, das heißt die Unangemessenheit zu ihrem Begriff offenbart. Philosophisch gehört das in jene große Tradition, die den Gegensatz von Wahrheit und Wirklichkeit entwickelt hat, und für die Wahrheit oder Vernunft stets mehr als die Feststellung bloßer Tatsächlichkeit bedeutet, nach der Wahrheit und Vernunft der Faktizität gegenüber vielmehr so etwas wie Normativität zur Geltung bringt.

<sup>14)</sup> Dutschke hat a. a. O., S. 69 f., zur Erörterung der veränderten Bedingungen für politische Praxis im Spätkapitalismus die Focus-Theorie von Che Guevara herangezogen: „Die Frage lautete, wie und unter welchen Bedingungen kann sich der subjektive Faktor als objektiver Faktor in den geschichtlichen Prozeß eintragen. Guevaras Antwort für Lateinamerika war, daß die Revolutionäre nicht immer auf die objektiven Bedingungen für die Revolution zu warten haben, sondern daß sie über den Focus, über die bewaffnete Avantgarde des Volkes die objektiven Bedingungen für die Revolution durch subjektive Tätigkeit schaffen können. Diese Frage . . . steht heute noch hinter jeder Aktion. Haben wir bei allen unseren Aktionen von der permanenten Ohnmacht unserer politischen Arbeit auszugehen, oder haben wir einen historischen Zeitpunkt erreicht, an dem die subjektive schöpferische Tätigkeit der sich politisch kooperierenden Individuen über die Wirklichkeit und ihre Veränderbarkeit entscheidet?“

<sup>15)</sup> Ist die Idee der Revolution eine Mystifikation?, in: Kursbuch 9/1967, S. 6. Aus der sehr beträchtlichen Literatur über Marcuse ist hier besonders zu nennen: Gerd-Klaus Kaltenbrunner, Mutmaßungen über Marcuse, in: Neues Forum 169—170 (1968) S. 55 ff.; Hans Heinz Holz, Utopie und Anarchismus. Zur Kritik der kritischen Theorie Herbert Marcuses, Köln 1968; Antworten auf Herbert Marcuse, herausgegeben und eingeleitet von Jürgen Habermas, Frankfurt 1968.

<sup>16)</sup> Hegels Ontologie und die Grundlegung einer Theorie der Geschichtlichkeit, Frankfurt 1932.

<sup>17)</sup> Kultur und Gesellschaft, Frankfurt 1965, I, S. 16.

In Marcuses zweitem, 1941 erschienenen Hegelbuch über „Vernunft und Revolution“<sup>18)</sup> heißt es: „Der wirkliche Erkenntnisbereich besteht nicht in der gegebenen Tatsache, hat es nicht mit den Dingen, wie sie sind, zu tun, sondern mit deren kritischer Einschätzung, die das Vorspiel eines Hinausgehens über ihre gegebene Form ist. Die Erkenntnis beschäftigt sich mit den Erscheinungen, um über sie hinauszugehen.“<sup>19)</sup> „Tatsachen sind nur dann Tatsachen, wenn sie auf das bezogen sind, was noch keine Tatsache ist und sich dennoch in den gegebenen Tatsachen als reale Möglichkeit manifestiert. Anders gesagt, Tatsachen sind das, was sie sind, nur als Moment eines Prozesses, der über sie hinausführt hin zu dem, was im Tatsächlichen noch nicht erfüllt ist.“<sup>20)</sup>

Später formulierte Marcuse diesen Sachverhalt so: „Erscheinung und Wirklichkeit, Unwahrheit und Wahrheit (und wie wir sehen werden, Unfreiheit und Freiheit) sind ontologische Verhältnisse. Diese Unterscheidung gründet nicht im abstrakten Denken, nicht in dessen Fehlbarkeit, sie ist vielmehr in der Erfahrung des Universums verwurzelt, an dem das Denken in Theorie und Praxis teilhat. In diesem Universum gibt es Seinsweisen, in denen die Menschen und Dinge durch sich und als sie selbst sind, und andere, in denen sie es nicht sind — das heißt unter Verzerrung, Beschränkung oder Verneinung ihrer Natur (ihres Wesens) existieren. Die Überwindung dieser negativen Beschaffenheiten ist der Prozeß des Seins und des Denkens. Philosophie hat ihren Ursprung in der Dialektik; das Ganze, worin ihre Rede sich bewegt, antwortet auf die Tatsachen einer antagonistischen Wirklichkeit.“<sup>21)</sup>

<sup>18)</sup> Vernunft und Revolution. Hegel und die Entstehung der Gesellschaftstheorie, deutsch: Neuwied 1962.

<sup>19)</sup> A. a. O., S. 134.

<sup>20)</sup> A. a. O., S. 140.

<sup>21)</sup> Der eindimensionale Mensch, deutsch: Neuwied 1967, S. 141. Vgl. weiter ebenda, S. 124 ff.: „Begriff soll die geistige Vorstellung von etwas bezeichnen, das als Ergebnis eines Reflexionsprozesses verstanden, erfaßt und gewußt wird. Dieses Etwas kann ein Gegenstand der täglichen Praxis oder eine Situation sein, eine Gesellschaft, ein Roman. Wenn sie begriffen, auf ihren Begriff gebracht sind, sind sie auf jeden Fall Gegenstände des Denkens geworden, und damit sind ihr Inhalt und ihre Bedeutung identisch mit den realen Gegenständen der unmittelbaren Erfahrung und doch von diesen verschieden. Identisch insofern, als der Begriff dasselbe Ding bezeichnet, verschieden insofern, als er das Ergebnis einer Reflexion ist, die das Ding im Zusammenhang (und im Licht) anderer Dinge ver-

Oder im Blick auf die Schwierigkeiten, die die formale Logik mit solcher Dialektik haben muß: „In der klassischen Logik wurde das Urteil, das den ursprünglichen Kern des dialektischen Denkens ausmacht, in der Form des Satzes ‚S = p‘ formalisiert. Aber diese Form verbirgt mehr den grundlegenden dialektischen Satz, der den negativen Charakter der empirischen Wirklichkeit feststellt, als daß sie ihm offenbart. Im Licht ihres Wesens und ihrer Idee beurteilt, existieren die Menschen und Dinge als etwas anderes, als was sie sind; folglich widerspricht das Denken dem, was (gegeben) ist, und setzt seine Wahrheit der der gegebenen Wirklichkeit entgegen. Die vom Denken geschaute Wahrheit ist die Idee. Als solche ist sie im Sinne der gegebenen Wirklichkeit bloße Idee, bloßes Wesen — Potentialität.“

Die wesentliche Potentialität aber ist nicht gleich den vielen Möglichkeiten, die im gegebenen Universum von Sprache und Handeln enthalten sind; die wesentliche Potentialität ist von einer völlig anderen Ordnung. Ihre Verwirklichung macht die Vernichtung der bestehenden Ordnung notwendig; denn Denken im Einklang mit der Wahrheit ist die Verpflichtung, im Einklang mit der Wahrheit zu existieren ... So erlegt der umstürzende Cha-

standen hat, die in der unmittelbaren Erfahrung nicht erschienen und die das Ding erklären (Vermittlung).

Wenn der Begriff niemals ein besonderes, konkretes Ding bezeichnet, wenn er stets abstrakt und allgemein ist, so deshalb, weil er mehr und anderes begreift als ein besonderes Ding — eine allgemeine, dem besonderen Ding wesentliche Beschaffenheit oder Beziehung, welche die Form bestimmt, unter der es als konkreter Gegenstand der Erfahrung erscheint. Wenn der Begriff von etwas Konkretem das Produkt geistiger Klassifikation, Organisation und Abstraktion ist, so führen diese geistigen Prozesse doch nur insoweit zum Begreifen, als sie das besondere Ding in seiner allgemeinen Beschaffenheit und Beziehung wieder herstellen und dabei seine unmittelbare Erscheinung in Richtung auf seine Wirklichkeit transzendieren.

Dementsprechend bedeuten alle Begriffe der Erkenntnis ein Übergehen: sie gehen über die deskriptive Bezogenheit auf besondere Tatsachen hinaus. Und wenn die Tatsachen solche der Gesellschaft sind, dann gehen die Begriffe der Erkenntnis auch über jeden besonderen Zusammenhang von Tatsachen hinaus, in die Prozesse und Verhältnisse hinein, auf denen die jeweilige Gesellschaft beruht und die in alle besonderen Tatsachen eingehen und dabei diese Gesellschaft konstituieren, erhalten und zerstören. Aufgrund ihrer Beziehung zu dieser historischen Totalität transzendieren die Begriffe der Erkenntnis allen operationellen Zusammenhang, aber ihre Transzendenz ist empirisch, weil sie die Tatsachen als das erkennbar macht, was sie wirklich sind.“

rakter der Wahrheit dem Denken eine imperativische Qualität auf. Die Logik ist um Urteile zentriert, die als beweiskräftige Sätze Imperative sind — die Kopula ‚ist‘ impliziert ein ‚Sollen‘.

Dieser widerspruchsvolle zweidimensionale Denkstil ist die innere Form nicht nur der dialektischen Logik, sondern aller Philosophie, die die Wirklichkeit in den Griff bekommt. Die Sätze, welche die Wirklichkeit bestimmen, behaupten etwas als wahr, das nicht (unmittelbar) der Fall ist; damit widersprechen sie dem, was der Fall ist, und leugnen dessen Wahrheit. Das affirmative Urteil enthält eine Negation, die in der Form des Satzes verschwindet ( $S = p$ ). Zum Beispiel ‚Tugend ist Erkenntnis‘; ‚Gerechtigkeit ist derjenige Zustand, in dem ein jeder die Funktion ausübt, für die seine Natur am besten geeignet ist‘; . . . ‚Der Mensch ist frei‘; ‚Der Staat ist die Wirklichkeit der Vernunft‘.

Wenn diese Sätze wahr sein sollen, dann stellt die Kopula ‚ist‘ ein ‚Sollen‘, ein Desiderat fest. Sie verurteilt Verhältnisse, unter denen Tugend keine Erkenntnis ist, unter denen die Menschen nicht die Funktion ausüben, für die ihre Natur sie am ehesten ausgestattet hat, in denen sie nicht frei sind usw. Anders gesagt: die kategorische S-p-Form stellt fest, daß S nicht S ist; S ist bestimmt als ein anderes als es selbst. Die Verifikation des Satzes macht ebenso einen faktischen wie einen gedanklichen Prozeß notwendig: S muß zu dem werden, was es ist. Die kategorische Feststellung verkehrt sich so in einen kategorischen Imperativ; sie stellt keine Tatsache fest, sondern die Notwendigkeit, eine Tatsache zu schaffen.“<sup>22)</sup>

Dieser Ansatz kritischer Theorie war bei Marcuse ursprünglich mit der dialektisch-materialistischen Geschichtsauffassung verbunden, das heißt, Geschichte schien ihm nicht nur gemäß Hegel bestimmt als fortschreitende Bewegung hin auf Freiheit, er erhoffte sich vielmehr mit Marx die Etablierung des Reichs der Freiheit durch die Überwindung der kapitalistischen Welt<sup>23)</sup>. In einem Aufsatz aus dem Jahre

1936<sup>24)</sup> verweist Marcuse sehr deutlich auf diesen Zusammenhang, nach dem der Begriff des Wesens nicht einfach deskriptiver Natur ist, sondern sich durch gesellschaftlich-politische und geschichtliche Ansprüche bestimmt, das heißt, der Begriff hat wesentlich kritischen Charakter: „Die dialektischen Begriffe transzendieren die gegebene gesellschaftliche Wirklichkeit auf eine andere, in ihr tendenziell angelegte geschichtliche Gestalt hin. In ihr ist der positive Wesensbegriff verwurzelt, der als Leitbild und Vorbild hinter allen kritisch-polemischen Unterscheidungen von Wesen und Erscheinung steht.“<sup>25)</sup>

Die Erfahrung mit dem Sowjetsystem allerdings hat nun die Hoffnung gründlich zuschanden gemacht, auf dem dort eingeschlagenen Weg die ersehnte Befreiung des Menschen erreichen zu können. In seinem Buch über „Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus“ schreibt Marcuse 1957 deshalb: „Die Unterschiede zwischen den ersten Jahren der bolschewistischen Revolution und dem voll entwickelten stalinistischen Staat liegen auf der Hand. Sie stellen sich sogleich dar als das beständige Anwachsen von Totalitarismus und autoritärer Zentralisation, als das Anwachsen der Diktatur nicht des Proletariats und der Bauernschaft, sondern über sie. Aber wenn das dialektische Gesetz des Umschlags von Quantität und Qualität je anwendbar war, dann auf den Übergang vom Leninismus (nach der Oktoberrevolution) zum Stalinismus. Die ‚Verzögerung‘ der Revolution im Westen und die Stabilisierung des Kapitalismus bewirkten qualitative Veränderungen in der Struktur der Sowjetgesellschaft.“<sup>26)</sup>

Es ist also unübersehbar geworden, daß auch in den sozialistischen Staaten durch die fort-

---

Entfremdung der Arbeit, den Fetischismus der Warenwelt, den Mehrwert, die Ausbeutung) sind solchen soziologischen Tatsachen wie Scheidung, Verbrechen, Verschiebungen innerhalb der Bevölkerung und Konjunkturzyklen nicht verwandt. Die grundlegenden Beziehungen der Marxschen Kategorien sind außerhalb der Reichweite von Soziologie oder irgend einer anderen Wissenschaft, die damit beschäftigt ist, die objektiven Erscheinungen der Gesellschaft zu beschreiben und zusammenzustellen. Sie werden nur einer Theorie als Tatsachen sich darstellen, die sie von vornherein im Hinblick auf ihre Negation betrachtet. Marx zufolge besteht die richtige Theorie im Bewußtsein einer Praxis, die auf die Veränderung der Welt abzielt.“

<sup>24)</sup> Zum Begriff des Wesens, in: Zeitschrift für Sozialforschung, 5/1936, S. 1 ff.

<sup>25)</sup> A. a. O., S. 37.

<sup>26)</sup> Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus, deutsch: Neuwied 1964, S. 84.

<sup>22)</sup> A. a. O., S. 147 f.; vgl. weiter ebenda S. 155 f.

<sup>23)</sup> Vgl. „Vernunft und Revolution“, S. 281 f.: „Marx machte sich daran, die konkreten Kräfte und Tendenzen zu enthüllen, die diesen Endzweck (einer vernünftigen Gesellschaft) behinderten und jene, die ihn förderten. Der materielle Zusammenhang seiner Theorie mit einer bestimmten historischen Form der Praxis negierte nicht nur die Philosophie, sondern ebenso sehr die Soziologie. Die sozialen Tatsachen, die Marx analysierte (beispielsweise die

schreitende Industrialisierung Herrschaftsformen restituiert werden, unter denen die Herstellung menschlicher Freiheit nicht mehr ohne weiteres möglich ist und Manipulation das Bewußtwerden der Unfreiheit verhindert: „Dem grundlegenden Unterschied zwischen der westlichen und der sowjetischen Gesellschaft geht eine starke Tendenz zur Angleichung parallel. Beide Systeme zeigen die allgemeinen Züge der spätindustriellen Zivilisation: Zentralisation und Reglementierung treten an die Stelle individueller Wirtschaft und Autonomie; die Konkurrenz wird organisiert und rationalisiert. Es gibt eine gemeinsame Herrschaft ökonomischer und politischer Bürokratien; das Volk wird durch die Massenmedien der Kommunikation, die Unterhaltungsindustrie und Erziehung gleichgeschaltet. Wenn diese Mittel sich als wirksam erweisen, dann ließen sich die demokratischen Rechte und Institutionen durch die Verfassung garantieren und ohne die Gefahr ihres Mißbrauchs gegen das System aufrechterhalten. Verstaatlichung, die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, bedeutet an sich noch keinen wesentlichen Unterschied, solange die Produktion über die Köpfe der Bevölkerung hinweg zentralisiert und kontrolliert wird. Ohne die Initiative und Kontrolle von unten durch die unmittelbaren Produzenten ist Verstaatlichung bloß ein technisch-politisches Mittel, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, die Entwicklung der Produktivkräfte zu beschleunigen und sie von oben zu kontrollieren (zentrale Planung) — mehr ein Wechsel in der Herrschaftsweise, eine Modernisierung der Herrschaft, als eine Voraussetzung, sie abzuschaffen.“<sup>27)</sup>

Das Denken im Widerspruch steht damit aber vor einer neuen Situation; es kann nicht mehr schlicht auf den Fortschritt des Sozialismus setzen, seine Negation muß jetzt vielmehr den Bestand des Ganzen treffen, das heißt, es wird radikal: was die fortgeschrittene Industriegesellschaft unserer Tage in Ost und West gleichermaßen bestimmt, ist die Tatsache, daß die ihrer Organisation immanente Logik instrumenteller Vernunft jede Reflexion auf den inneren Widerspruch verhindert und gegenstrebige Bewegungen, die zur Verwandlung der Gesellschaft führen könnten, nicht mehr zum Zuge kommen läßt. Das System der Herrschaft stabilisiert sich kontinuierlich eben dadurch, daß es das Auseinandertreten innerer Widersprüche in sich gegenseitig negierende

<sup>27)</sup> A. a. O., S. 89 f.

und dadurch Bewegung provozierende Positionen ständig überholt. „Die Differenz zwischen gesellschaftlichen und individuellen Bedürfnissen verschwindet, denn die Individuen haben als ihre eigenen Bedürfnisse und deren Befriedigung genau diejenigen Bedürfnisse, welche die Gesellschaft haben muß, um sich als Gesellschaft der Unfreiheit zu reproduzieren. In dieser Gesellschaft kommt ein Menschentyp auf, der nicht mehr nein sagen kann, zumindest nicht mehr nein sagen will. Diese geschlossene Gesellschaft ist zugleich eine totale Gesellschaft; Fortschritt, Wachstum und Reichtum reproduzieren die Abhängigkeit des Menschen vom Apparat. Die technologische Rationalität wird zum Mittel der Herrschaft, das heißt zum Mittel, bestehende, aber veraltete Existenzformen aufrechtzuerhalten. Die steigende Produktivität, deren die Gesellschaft fähig ist, wird nicht zur Befriedigung des Kampfes ums Dasein verwendet, sondern zu dessen Intensivierung und Perpetuierung.“<sup>28)</sup>

Das System, das nach dem dialektischen Gesetz seine Negation aus sich selbst hervorbringen sollte, integriert so pluralistisch alle erdenkliche Negativität und sichert damit sich selbst. „Auf ihrer fortgeschrittenen Stufe fungiert Herrschaft als Verwaltung und in den überentwickelten Bereichen des Massenkonsums wird das verwaltete Leben das gute Leben des Ganzen, zu dessen Verteidigung die Gegensätze vereinigt werden.“<sup>29)</sup> Solch reiner Form der Herrschaft gegenüber kann der Gedanke des Reichs der Freiheit nicht mehr als systemimmanente Kritik sich artikulieren, er wird dem in West und Ost etablierten System gegenüber unweigerlich zur *totalen Negation*: „Aller Inhalt scheint auf die abstrakte Forderung nach dem Ende der Herrschaft reduziert — das einzige wahrhaft revolutionäre Erfordernis und das Ereignis, das die Errungenschaften der industriellen Zivilisation bestätigen würde.“<sup>30)</sup>

So aber wird nicht nur deutlich, wie es eben die Erfahrung der mit den technischen Zügen der spätindustriellen Zivilisation sich ausbreitenden Unfreiheit ist, die das Denken im Widerspruch nun negativer werden läßt. Es liegt darin auch der Hinweis, warum es zugleich utopischer werden muß, wenn es überhaupt die Bewegung hin auf Befreiung noch soll ausdrücken können.

<sup>28)</sup> Zitiert nach: Europäische Perspektiven — Hauszeitschrift des Europa-Verlags Frankfurt, Herbst 1965.

<sup>29)</sup> Der eindimensionale Mensch, S. 266.

<sup>30)</sup> A. a. O., S. 266.

Was „utopisch“ dabei näherhin meint, mag ein Hinweis auf die Geschichte des Begriffs verdeutlichen. Daß Utopie etwas mit Kritik zu tun habe, ist nichts, was erst an den Utopien unserer Tage sichtbar wird, und auch in bezug auf die vergangenen Utopien nichts, was wir erst heute entdecken. Wenn man den Begriff der Utopie vielmehr so nimmt, wie er sich in der Neuzeit entwickelt hat, also ganz grob etwa von Bildern einer besseren Gesellschaft her, dann ist vielmehr festzuhalten, daß Utopien in irgendeiner Form immer zugleich Gegenbilder waren und sind. Die Vorstellung dessen, was nicht ist und was vorgestellt wird als ein solches, das sein sollte — diese Vorstellung verhält sich negativ zu dem, was ist, das heißt, sie impliziert einen kritischen Bezug zur Beschaffenheit der Wirklichkeit, an deren Stelle sie jenes andere als das Bessere setzt.

Wo in der Philosophie der Gegenwart aber der Begriff Utopie auftaucht, enthält er nicht nur ein Moment, das das Bestehende negiert, da ist er vielmehr so ursprünglich mit dem verbunden, was Kritik besagt, daß Utopie sich selbst als Kritik versteht. Dazu muß man sich klarmachen, daß nach den großen Renaissance-Utopien, mit denen der Begriff der Utopie aufkam, zunächst etwas als Utopie bezeichnet wurde nicht so sehr von seinem Inhalt her, nicht etwa wegen seiner Ausrichtung auf ein Besseres, sondern wegen seiner Zugehörigkeit zur Gattung der Staatsromane, Utopie also eine bestimmte literarische Form war. Demgegenüber<sup>31)</sup> wird inzwischen Utopie immer mehr gerade als inhaltliche Bestimmung gebraucht; mit utopisch wird eine ganz bestimmte Intention angesprochen, die Intention nämlich auf eine bessere Gesellschaft, die mit den Worten Gerechtigkeit, Freiheit und Friede umschrieben zu werden pflegt: Utopie erweist sich als Versuch, in der gegenwärtigen Gesellschaft und gegen deren unmenschliche Gegebenheiten den Gedanken menschenwürdiger Zukunft zur Geltung zu bringen.

Mit der Reflexion auf diese Intention aber, die Utopie fürderhin zur Utopie machen soll, verliert der Begriff den Charakter des Deskriptiven und erlangt analytischen Sinn: Utopie avanciert entgegen einem verbreitet spöttischen Gebrauch des Wortes zur Kategorie der kritischen Theorie gesellschaftlicher Wirk-

lichkeit. Konnte auch bislang schon eine Soziallehre, die kritisch sein sollte, in ihrer Kritik utopisch sein, sofern Utopie das Bild einer gerechteren, freieren und friedlicheren Ordnung ist, so war der Begriff der Utopie deshalb nicht ihr eigenes Instrument — zum Instrument wird er vielmehr erst in der Gegenwart, mit Ernst Bloch<sup>32)</sup> zunächst und dann mit Marcuse und in der Diskussion des radikaleren Flügels der Neuen Linken. In diesem Sinn von „Utopie als Kritik“ ist Utopie sogar zum Kernbegriff der großen Auseinandersetzung geworden, die uns seit ein paar Jahren bewegt und die nicht weniger zum Gegenstand hat als die rechte Lebensform unserer Gesellschaft heute.

Stellt man derart den Zusammenhang von Utopie und Kritik in den Mittelpunkt, so ist hier ein Wort zu Karl Marx zu sagen, der im Kommunistischen Manifest ja seine eigenen Vorläufer im negativen Sinn der Utopie zieht. Marx nimmt dabei zwar auf, daß die Vorstellungen der Frühsozialisten das Leid und das Elend der gesellschaftlichen Wirklichkeit widerspiegeln und aus der Erfahrung von Leid und Elend menschlichere Verhältnisse suchen. Doch moniert er, daß ihre Vorstellungen einer besseren Ordnung der Gesellschaft der bestehenden schlechten nur unmittelbar gegenüber gestellt sind und nennt eben dies den utopischen Charakter ihres Denkens. Noch abgesehen von der Intention benutzt Marx den Begriff der Utopie für das Verfahren, insofern sich der Wunsch nach einer besseren Ordnung der Gesellschaft bei den Frühsozialisten darin erschöpft, dem so Bestehenden einfach das mehr oder weniger ausgemalte Bild idealer Zustände entgegenzuhalten. Die Einsicht in die antagonistische Struktur der bürgerlichen Gesellschaft aber, wie sie mit der fortgeschrittenen Entfaltung der kapitalistischen Produktionskräfte immer deutlicher wird, scheint es Marx zu erlauben, dieses Bild des Besseren nun in einer Analyse der schlechten Gegenwart selbst zu gewinnen. Aus der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft liest er eine „objektiv-geschichtliche“ Tendenz zur Überwindung ihres Widerspruchs, das heißt ihres Klassencharakters: In der materialistischen Dialektik zeigt sich der Widerspruch un-

<sup>31)</sup> Vgl. hierzu Arnhelm Neusüss, Utopie. Begriff und Phänomen des Utopischen, Neuwied 1968.

<sup>32)</sup> Vgl. hierzu: Der Geist der Utopie, 1918 (Neudruck der erweiterten Fassung von 1923 Frankfurt 1964) und: Das Prinzip Hoffnung, Frankfurt 1959.

ter dem Aspekt seiner aus ihm selbst heraus notwendigen Lösung. Oder, wie es im Kommunistischen Manifest heißt: „nicht mehr Aushekung vermittelt der Phantasie eines möglichst vollkommenen Gesellschaftsideals, sondern Einsicht in die Natur, die Bedingungen und die sich daraus ergebenden allgemeinen Ziele des vom Proletariat geführten Kampfes“<sup>33</sup>). Die „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“, wie Friedrich Engels das im Titel seiner Schrift von 1882 nennt, liegt gerade darin, daß an die Stelle bildhaften Kontrastierens eine begrifflich vermittelte Erkenntnis tritt, die im Proletariat selbst die Garantie des Fortschritts auf eine bessere Zukunft sieht, also geschichtlich um die Möglichkeit seiner Befreiung weiß.

Die für Marx leitende Intention einer Befreiung des Menschen aber, dies, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes und verächtliches Wesen ist“, das wird knapp hundert Jahre danach gegen die Wirklichkeit des Sozialismus von Ernst Bloch unter dem Begriff des utopischen Bewußtseins eingeklagt, unter dem Begriff einer „prozeßhaft-konkreten Utopie als methodischem Organ für das Neue“<sup>34</sup>). Hatte es zunächst so geschienen,

---

<sup>33</sup>) Vgl. hierzu: Nationalökonomie und Philosophie. Sammlung der Pariser Manuskripte, herausgegeben von E. Thier, Köln 1950, S. 188: „Der Kommunismus als positive Aufhebung des Privateigentums, als menschlicher Selbstentfremdung, und darum als wirkliche Aneignung des menschlichen Wesens durch und für den Menschen; darum als vollständige, bewußt und innerhalb des ganzen Reichums der bisherigen Entwicklung gewordene Rückkehr des Menschen für sich als eines gesellschaftlichen, d. h. menschlichen Menschen. Dieser Kommunismus ist als vollendeter Naturalismus = Humanismus, als vollendeter Humanismus = Naturalismus, er ist die wahrhafte Auflösung des Widerstreites zwischen dem Menschen mit der Natur und mit dem Menschen, die wahre Auflösung des Streites zwischen Existenz und Wesen, zwischen Vergegenständlichung und Selbstbestätigung, zwischen Freiheit und Notwendigkeit, zwischen Individuum und Gattung. Er ist das aufgelöste Rätsel der Geschichte und weiß sich als diese Lösung.“

<sup>34</sup>) Das Prinzip Hoffnung, I, S. 173. Vgl. weiter ebenda, S. 241: „Marxismus . . . ist einzig auf jenes Positive, keiner Entzauberung unterliegende in Möglichkeit sein bezogen, das die wachsende Verwirklichung des Verwirklichenden zunächst im menschlichen Umkreis erfaßt. Und das innerhalb dieses Umkreises utopische Totum bedeutet eben jene Freiheit, jene Heimat der Identität, worin sich weder Mensch zur Welt noch aber auch die Welt zum Menschen verhalten als zu einem Fremden. . . . Der Weg öffnet sich darin als Funktion des Ziels und das Ziel öffnet sich als Substanz im Weg, in dem auf seine Bedingungen hin Erforschten, in dem

als sei mit der Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln, mit der Vergesellschaftung der Produktionsverhältnisse das Wesentliche erreicht, so macht es die seitherige Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft für Bloch dringlich, herauszustellen, daß das „Letzte“ damit noch nicht wirklich entschieden ist. Denn mit der Vergesellschaftung der Produktionsverhältnisse ist keineswegs schon die Herrschaft von Menschen über Menschen aufgehoben, gegen die der Marxismus angetreten war und die er ersetzt sehen wollte durch solidarische Leitung der Produktionsprozesse. Über dem scheinbar siegreichen Proletariat hat sich vielmehr erneut eine Herrschaft etabliert die die Unterdrücker eher ausgewechselt denn abgeschafft scheinen läßt und in der die Mittel menschlicher Selbstbefreiung sich in ihr Gegenteil zu verkehren drohen.

Hier nun soll Utopie gegen die Erstarrung in neuen Machtstrukturen und gegen das Steckenbleiben in ungemäßer Realisierung jenen Vorgriff auf das Reich der Freiheit artikulieren, der das eigentlich Revolutionäre bei Marx scheint, und ohne den alle Veranstaltung des Sozialismus in bloßer Technik und erdrückender Bürokratie verkümmert. Angesichts all der Unfreiheit, die sich dort eingestellt hat, wo man die Freiheit zu verwirklichen schien, bedarf es — wie Bloch sagt — der Utopie als einer „Kritik, die über einen nächsten Fünf-Jahres-Plan hinausgeht“ und „das Wohin und Wozu der ganzen Freiheitsbewegung“ betrifft<sup>35</sup>).

Die entscheidende Verschärfung des Zusammenhangs von Utopie und Kritik aber geschieht eben bei Marcuse. Bloch hat zwar gegen die etablierte Herrschaft des Sowjetsystems die Intention der Utopie zur Geltung zu bringen versucht, doch hat er zugleich die dort bestehende Unfreiheit als Übergang angenommen und entschuldigt. Auf dem Ost-Berliner Freiheitskongreß 1956 etwa war von ihm zu vernehmen, daß „gerade um eine Freiheit, wie die Welt sie noch nicht gesehen, zu erwerben,

---

auf seine Offenheit hin Visierten. . . . Marxismus ist derart Theorie — Praxis eines Nachhausegelangens oder des Ausgangs aus unangemessener Objektivierung. Die Welt wird dadurch zur Nichtmehr-entfremdung ihrer Subjekt-Objekte, also zur Freiheit entwickelt. Das Freiheitsziel selber wird zweifellos erst vom Standort einer klassenlosen Gesellschaft her als bestimmtes in Möglichkeit sein deutlich visierbar.“

<sup>35</sup>) Gespräch über ungelöste Aufgaben der sozialistischen Theorie, in: Über Ernst Bloch, Frankfurt 1968, S. 94.

im sozialistischen Übergangsstadium an manchen Viertelsfreiheiten vorübergehend gespart werde", die die bürgerliche Gesellschaft in ihrem liberalen Zustand schmücken<sup>36)</sup>. Utopie als Kritik blieb bei ihm die Überzeugung von der sozialistisch erreichbaren absoluten Versöhnung des Menschen mit sich selbst.

Für Marcuse aber ist — wie oben gezeigt — der Gedanke des Reichs der Freiheit eben angesichts der Erfahrung sozialistischer Wirklichkeit auch im Osten nicht mehr als systemimmanente Kritik zu artikulieren; er steht gegen das System gegenwärtiger Gesellschaft überhaupt und nimmt, gemessen an dessen Bestand, notwendig die Form der Utopie an. Jetzt ist „Freiheit nur denkbar als die Realisierung dessen, was man heute noch Utopie nennt“<sup>37)</sup>. Das Entscheidende freilich ist, daß der Gedanke des Reichs der Freiheit für Marcuse „reale Möglichkeit“ besagt, also nicht allgemein-utopisch, sondern „konkrete Utopie“ ist. So heißt es zwar einmal: „Wenn diese wesentlichen, wahrhaft radikalen Grundzüge, die eine sozialistische Gesellschaft zur förmlichen Negation der bestehenden Gesellschaften machen, wenn dieser qualitative Unterschied heute als utopisch ... erscheint, dann ist das genau die Form, in der diese radikalen Grundzüge erscheinen müssen, insofern sie wirklich eine entscheidende Negation der bestehenden Gesellschaft darstellen — das heißt, insofern der Sozialismus tatsächlich die Sprengung der Geschichte, der radikale Bruch, der Sprung in das Reich der Freiheit, also etwas völlig Neues ist.“<sup>38)</sup> Doch setzt Marcuse für diesen Sprung voraus, daß er allein überhaupt erst die Konsequenz aus den immensen Errungenschaften der industriellen Zivilisation ziehen würde, also diese Errungenschaften bestätigen und verwandeln könnte. „Freilich werden unter den gegebenen Bedingungen im Osten und im Westen, insbesondere bei dem Zustand einer Welt, in der Elend, Hungersnot noch immer das Los der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung sind, solche Spekulationen leicht als unverantwortlich oder eschatologisch abgetan. Ich gebe wiederum zu bedenken, daß es historische Situationen geben könnte, in denen die sogenannte eschatologische Ansicht nicht nur

die realistischen Möglichkeiten der gegebenen Periode erhellt, sondern auch das Ausmaß, in dem diese Periode die Verwirklichung jener Möglichkeiten hinauszögert, verzerrt und hemmt.“<sup>39)</sup>

Was Marcuse damit meint, verdeutlicht er unter dem Titel einer „Befreiung von der Überflußgesellschaft“ 1969 so: „Die neuen Bedürfnisse und Befriedigungen haben eine ausgesprochen materielle Basis. Sie sind nicht aus der Luft gegriffen, sondern sie ergeben sich logisch aus den technischen, materiellen und geistigen Möglichkeiten der entwickelten Industriegesellschaft ... , die jede Art von Ascese, die gesamte Arbeitsdisziplin, auf der die jüdisch-christliche Moral beruht, seit langem zum Anachronismus gemacht hat. ... Diese neue, unerhörte und nicht vorausgesehene Produktivität läßt die Vorstellung von einer Technologie der Befreiung zu ... : Solche phantastischen und in der Tat eindeutig utopischen Tendenzen wie die Konvergenz von Technik und Kunst, die Konvergenz von Arbeit und Spiel, die Konvergenz von dem Reich der Notwendigkeit und dem Reich der Freiheit. Nicht mehr dem Diktat des kapitalistischen Profitstrebens und seiner Rentabilität unterworfen, nicht mehr dem Diktat des Mangels, der von der kapitalistischen Gesellschaftsordnung unaufhörlich reproduziert wird, würde und könnte die gesellschaftlich notwendige Arbeit, die materielle Produktion sich zunehmend verwissenschaftlichen. Technisches Experimentieren, Wissenschaft und Technologie würden und könnten zum Spiel mit den bisher verborgenen, systematisch versteckten und blockierten Möglichkeiten von Gesellschaft und Natur werden.

Darin kommt einer der ältesten Träume aller radikalen Theorie und Praxis zu sich selbst. Damit würde die schöpferische Phantasie und

---

<sup>36)</sup> Zitiert hier nach Dieter Wellershoff, *Der exzentrische Mensch*, in *Merkur* 146/1960, S. 387.  
<sup>37)</sup> *Kultur und Gesellschaft*, I, S. 16.  
<sup>38)</sup> *Befreiung von der Überflußgesellschaft*, in *Kursbuch* 16/1969, S. 186 f. Vgl. hierzu weiter: *Das Ende der Utopie*, in: *Psychoanalyse und Politik*, Frankfurt 1968, S. 69 ff.  
<sup>39)</sup> Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus, S. 18 f. Auf dem 15. Deutschen Soziologentag in Heidelberg 1964 hat Marcuse seine Interpretation von „Industrialisierung und Kapitalismus“ so verteidigt: „Wenn man sich den heutigen intellektuellen und materiellen Reichtum der Gesellschaft ansieht, wenn man sich ansieht, was wir heute wissen und was wir heute können, dann gibt es eigentlich nichts, was man mit gutem Gewissen und rational noch als Utopie verdächtigen und denunzieren sollte. Wir können heute eigentlich alles. Sicher könnten wir eine rationale Gesellschaft haben, und gerade weil das eine so nahe geschichtliche Möglichkeit ist, ist ihre Verwirklichung in der Tat ‚utopischer‘ als je zuvor: die ganze Macht des Bestehenden ist gegen sie mobilisiert.“ (Max Weber und die Soziologie heute, Tübingen 1965, S. 217).

nicht nur die Rationalität des Leistungsprinzips zur Produktivkraft für die Umformung der sozialen und naturgegebenen Welt. Es käme eine Realität auf, die das Werk und das Medium der sich entwickelnden Sensibilität und Sensitivität des Menschen wäre.

Und auf die Gefahr hin, daß man mich auslacht, füge ich hinzu: es wäre dies eine ästhetische Realität — die Gesellschaft als Kunstwerk. Das ist heute die größte Utopie, die radikalste Möglichkeit von Befreiung. Was heißt das, konkret ausgedrückt? Es geht hier nicht um private Sensitivität und Sensibilität, sondern um Sensitivität und Sensibilität, schöpferische

## 7. Das Kriterium kritischer Theorie

Es ist nun gar keine Frage, daß an Marcuses scharfsinnigen Analysen der gegenwärtigen Gesellschaft sehr viel zu lernen ist, zu lernen gerade von dem her, was die reale Möglichkeit bezeichnet, auf die sich die Utopie des Denkens im Widerspruch bezieht: alle die ungenutzten, ja mißbrauchten technisch-wirtschaftlichen Fähigkeiten einer fortgeschrittenen Industriegesellschaft, wo z. B. ein nicht geringer Teil der Arbeit eigentlich überflüssig wäre und wo man mit einem anderen Teil der Arbeit Bedürfnisse aufzwingt, um Überproduktion rentabel zu machen. Was Marcuse angesichts des Trends zum Totalitarismus, der nun einmal einer hochentwickelten Industriegesellschaft zu eigen zu sein scheint<sup>41)</sup>, zutiefst bewegt, formuliert er selbst als „die schreckliche Frage, warum menschliche Freiheit und menschliches Glück auf derjenigen Stufe reifer Zivilisation dahinschwanden, auf der die objektiven Bedingungen, sie zu verwirklichen, größer waren, als je zuvor<sup>42)</sup>. Aber wenn die zunehmende Rationalisierung und Automatisierung, die den Menschen in einem bisher ungeahnten Maße befreien könnte von Arbeit, Elend und Zwang, sich tatsächlich als Mittel neuer Repression erweist — ist damit schon klar, wie eine den gegenwärtigen Möglichkeiten, das heißt dem erreichten Reifegrad der Produktivkräfte entsprechende Gesellschaft aussehen sollte?

Diese Frage führt uns auf den entscheidenden Punkt. Denn es ist nicht nur so, daß eine solche neue Gesellschaft damit keineswegs schon sichtbar ist und Stück für Stück noch ausgearbeitet werden müßte<sup>43)</sup>; die Ahnung ihrer Möglichkeit wird von Marcuse vielmehr ver-

Phantasie und Spielfähigkeit als Produktivkräfte zur Transformation der Gesellschaft. Als solche würden sie zum völligen Um- und Neubau unserer Städte und zur Wiederherstellung des freien Landes führen; zur Wiedergewinnung der Natur, nachdem die technologische Gewalt verschwunden und die destruktive Macht der kapitalistischen Industrialisierung gebrochen sein wird, zur Schaffung eines inneren und äußeren Spielraums der Stille, der individuellen Autonomie und Gelassenheit; zur Beseitigung des Lärms, der kulturellen Hörigkeit, der zwanghaften Haufenbildung, des Schmutzes und der Häßlichkeit.“<sup>40)</sup>

deckt durch einen unvermittelten Vorgriff auf das, was er „das befriedete Dasein“ nennt<sup>44)</sup>, ein Vorgriff, der in seiner unbestimmbaren Weite und abstrakten Totalität geradezu einen Rückfall darstellt aus der Grundvoraussetzung kritischer Theorie. Was solch befriedetes Dasein nämlich selbst näherhin ist, diese Welt ohne Zwänge und Ordnung ohne Unterdrück-

<sup>40)</sup> Befreiung von der Überflußgesellschaft, S. 193 f.

<sup>41)</sup> Vgl. Perspektiven des Sozialismus in der industriell entwickelten Gesellschaft, Neue Kritik 31/1965, S. 11: „Es ist eine Gesellschaft totaler Abhängigkeit von einem Produktions- und Distributionsapparat, der die Bedürfnisse der Individuen auf erweiterter Stufenleiter entwickelt und befriedigt, dabei aber den Existenzkampf im Angesicht seiner möglichen Abschaffung intensiviert. Ein Apparat, der auch — und das ist das wesentliche — selbst die instinktiven Bedürfnisse, die eigentlichen Aspirationen der Individuen bestimmt und formt, der die Differenz zwischen Arbeitszeit und Freizeit einebnet und die Menschen so früh, so total, so vollkommen sich anformt, daß Begriffe wie Entfremdung und Verdinglichung selbst fragwürdig werden.“

<sup>42)</sup> Vorwort zu Franz Neumann, Demokratischer und autoritärer Staat, Frankfurt 1967, S. 7.

<sup>43)</sup> Vgl. hierzu: Der eindimensionale Mensch, S. 24: „So würde ökonomische Freiheit Freiheit von der Wirtschaft bedeuten, von Kontrolle durch ökonomische Kräfte und Verhältnisse; Freiheit vom täglichen Kampf ums Dasein, davon, sich seinen Lebensunterhalt verdienen zu müssen. Politische Freiheit würde die Befreiung der Individuen von der Politik bedeuten, über die sie keine wirksame Kontrolle ausüben. Entsprechend würde geistige Freiheit die Wiederherstellung des individuellen Denkens bedeuten, das jetzt durch Massenkommunikation und Schulung aufgesogen wird, die Abschaffung der öffentlichen Meinung mitsamt ihren Herstellern. ... Solche neuen Weisen (der Gesellschaft) lassen sich nur in negativen Begriffen andeuten, weil sie auf die Negation der herrschenden hinauslaufen.“

kung, alles das wird nicht in der konkreten Analyse der gesellschaftlichen Wirklichkeit gewonnen, sondern dieser als der ersehnte Endzustand unvermittelt gegenübergestellt.

Genau damit aber gibt das Denken die Einsicht in die Notwendigkeit der geschichtlichen Vermittlung preis, eine Einsicht, die seit Hegel zum unverlierbaren Bestand kritischer Theorie gehören müßte<sup>45)</sup>. Wenn für die Philosophie die gesellschaftliche Wirklichkeit sich dadurch

Wie wenig das aber in bezug auf das befriedete Dasein der Fall ist, zeigt sich sofort, wenn man einmal sammelt, was sich bei Marcuse als Umriß dieses Endzustands findet. Weder wird da gezeigt, wie das befriedete Dasein aussehen wird, noch wie man zu ihm gelangen soll. Was Marcuse im Blick darauf fordert, ist entweder derart, daß es wirklich keiner Revolution bedarf, es zu erreichen, sondern nur ein bißchen mutigere Vernunft, oder aber so, daß auch keine Revolution helfen wird, es in seiner hehren Allgemeinheit und leeren Erhabenheit zu vollbringen; etwa die Freisetzung des Eros, die Befreiung von Schuld und Angst, die Etablierung von Sinnlichkeit, Spiel und Sang oder gar die Überwindung von Zeit und Tod. Der Vorblick auf das, was sein soll und auf das hin das Bestehende verneint wird, überspringt in solchem Vorblick auf das Ende die realen Möglichkeiten derart gründlich, daß er zu einer Utopie im schlechten Sinn des Wortes wird, zu einem bloßen Gegenbild des Bestehenden, das von außen an dies herangetragen wird<sup>46)</sup>.

<sup>44)</sup> Vgl. hierzu: Triebstruktur und Gesellschaft. Ein philosophischer Beitrag zu Sigmund Freud, deutsch: Frankfurt 1965 — insbesondere S. 121 ff., 155 ff., 168 ff., 190 ff. und 227 ff.

<sup>45)</sup> Vgl. Odo Marquard, Hegel und das Sollen, in: Philosophisches Jahrbuch 72/1964, S. 103 ff.

<sup>46)</sup> Vgl. hierzu etwa: Friede als Utopie, in: Neues Forum 179—180/1968, S. 706: „Friede als gesellschaftliche Lebensform, wenn wir sie als Ende der bisherigen Geschichte bezeichnen, setzt voraus die bestimmte Negation der bestehenden Systeme im Westen wie Osten, obwohl in sehr verschiedener Weise: Im Westen als Negation der Leistungsmoral, des Tauschprinzips, des Partikulareigentums an den Produktionsmitteln; im Osten als Negation der bürokratisch-autoritären Herrschaft, des Sozialismus mit kapitalistischen Interessen und Zielen, der sozialistischen Konkurrenz und Machtpolitik. Aus der gesellschaftlichen Verwurzelung der faktischen Unmöglichkeit des Friedens im Rahmen der

bestimmt, daß sie beständig mit sich selbst im Prozeß ist und in diesem Prozeß den Anspruch der Verwirklichung allgemeiner, die Freiheit betreffender Zwecke erhebt, dann sind solche Zwecke gültig und verbindlich nur, soweit die Mittel und Wege zu ihrer Realisierung aufgewiesen werden. Je dringlicher heute ein solches, das Gegebene auf die in ihm liegenden Möglichkeiten hin überschreitende Denken wird, desto strenger ist an dieser Einsicht selbst festzuhalten.

## 8. Das befriedete Dasein

Gewiß gibt es ungenutzte Fähigkeiten, die als reale Möglichkeit angesprochen sind und auf die sich der Gedanke vom befriedeten Dasein bezieht. Aber kann man sie tatsächlich für ausreichend halten, die Verwirklichung des Entwurfs einer heilen Welt zu gestatten und allen Hunger und alle Not, alle Arbeit und alle Repression aufzuheben? Läßt nicht der Überschwang solchen Ziels gerade jene Mittel noch unscheinbarer werden, als sie für das Bestehende und in diesem ohnehin schon sind? Zwar versichert Marcuse: „Eine Gesellschaft ohne Krieg, ohne Grausamkeit, ohne Brutalität, ohne Unterdrückung, ohne Dummheit, ohne Häßlichkeit — daß eine solche Gesellschaft möglich ist, daran zweifle ich überhaupt nicht, wenn ich mir die heutigen technischen, wissenschaftlichen und psychologischen Bedin-

---

bestehenden Realität folgt, daß keine neue Politik diese Wurzel durchschneiden kann. Friede als Lebensform ist eine Möglichkeit nur jenseits der ganzen Sphäre der Politik, der Regierung, autoritär oder demokratisch. ... Friede als Lebensform setzt voraus eine radikale Veränderung des Systems der Bedürfnisse, das zu einem entscheidenden Faktor der Stabilisierung, Kohäsion und Reproduktion der aggressiven Gesellschaft geworden ist. Das heißt nun in der Tat eine radikale Veränderung der menschlichen Natur. ... Veränderung der Triebstruktur des Menschen, seiner Sensibilität, seiner Sinnlichkeit; Veränderung der Grundweise, in der der Mensch sich selbst und seine Umwelt erlebt, wie er sich und die anderen und die Dinge sieht, hört, fühlt, riecht. Und wie er aufgrund dieser Erfahrung sich, die andern, die Dinge behandelt: als Tauschwerte, als Materie der Beherrschung — oder aber als Subjekt, Teil und Kraft einer befriedeten Welt. Eine solche Grunderfahrung, die das am tiefsten revolutionäre Subjekt der Geschichte konstituieren würde, kann nur im Bruch mit den bestehenden Institutionen in ihrer Ganzheit gewonnen werden: Bruch nicht nur mit Politik, nicht nur mit Ökonomie, sondern mit der Totalität der traditionellen Kultur.“

gungen ansehe.“<sup>47)</sup> Doch macht solche Versicherung verdrängter und unterdrückter Kräfte diese wahrlich nicht zur realen Möglichkeit. Die Beschwörung einer „Sphäre des Spiels, Experiments und der Phantasie, die jenseits der Reichweite jeder Politik und jedes Programms heute liegt“<sup>48)</sup>, entleert vielmehr das Bestreben nach wirklicher Veränderung unter den gegenwärtigen Bedingungen menschlichen Daseins; es entwirft eine zweite Welt, statt — wie selbst linke Kritik an Marcuse sehr entschieden moniert<sup>49)</sup> — diese Welt ihren gegenwärtigen Herren streitig zu machen. Je weniger Marcuse sich hier von der Wirklichkeit mit ihrem Widerspruch das ihr eigene Maß zeigen läßt, desto weniger kann seine Rede vom Endzustand beanspruchen, wirklich Vernünftigkeit gesellschaftlicher Verhältnisse auf dem Grund der Unvernunft ihres gegenwärtigen Bestands zur Sprache zu bringen.

Die unmittelbare Folge dieses „Rückfalls von einer mit der geschichtlichen Praxis verbundenen Theorie in abstraktes, spekulatives Denken, von der Kritik der politischen Ökonomie zur Philosophie“<sup>50)</sup> — wie Marcuse selbst einmal abwehrend formuliert —, das heißt die Konsequenz der mangelnden Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit geschichtlicher Vermittlung ist, daß man sich der Möglichkeit begibt, befreiende Tendenzen innerhalb der bestehenden Gesellschaft zu sehen, aufzunehmen und von ihnen her, aus der gegenwärtigen Gesellschaft selbst heraus, die Arbeit für eine menschenwürdigere Gestalt ihrer Wirklichkeit voranzutreiben. Marcuse scheint die Diskrepanz zwischen der schlechten Positivität des Bestehenden und dem angestrebten Reich der Freiheit vielmehr so absolut, daß er nicht an die Möglichkeit glaubt, das gesellschaftliche Kontinuum lasse sich durch rationale Kritik und Provokation der Vernunft aufbrechen. Angesichts der fortschreitenden Integration von allem in das System, weil also selbst der Widerspruch noch vereinnahmt wird, findet seine Theorie keinen Ansatz mehr innerhalb des Gegebenen, sie bindet sich an das ganz andere, verlangt den „Bruch mit den bestehenden In-

stitutionen in ihrer Ganzheit“<sup>51)</sup> und wird damit zur „Ideologie“. Marcuse spricht selbst davon: „Dieser ideologische Charakter der Philosophie resultiert daraus, daß die Analyse gezwungen ist, vorzugehen von einer Position außerhalb der positiven sowohl als der negativen, der konstruktiven sowohl als der destruktiven Tendenzen in der Gesellschaft.“<sup>52)</sup>

Während für eine von der Reflexion auf die Notwendigkeit geschichtlicher Vermittlung bestimmte kritische Theorie alles an der Überzeugung von der Möglichkeit einer Weiterbildung des Bestehenden hängt hin auf die Wirklichkeit menschlichen Miteinanders, in der mehr Vernunft als gegenwärtig ist, bleibt dem Denken im Widerspruch so nur der Glaube an die revolutionäre Umwälzung mit einem Schlag. Die kritische Theorie hält zur Abwehr jeder Apologie des Bestehenden als auch jeder Beschwörung von Utopie daran fest, daß nicht entworfen wird, wie alles sein soll, wenn das was ist, nicht zureicht, das heißt, daß man auf die mögliche Vernunft gesellschaftlicher Verhältnisse mit jenen kleinen Schritten zugeht, die Unrecht und Unterdrückung als solche bezeichnen und das Wissen um das Falsche verbreiten, damit sich im Bestehenden das Rechte kläre. Um nicht mißverstanden zu werden: Nicht darum geht es, einfach innerhalb des Gegebenen bloß Verbesserungen zu suchen, die fälligen Schönheitsreparaturen etwa, währenddessen der Bau selbst, Struktur und Rahmen unverändert bleiben, sondern darum, für einen neuen Bau, für andere Strukturen und einen größeren Rahmen eben den Ausgang im tatsächlich Gegebenen zu suchen; nicht totale, sondern bestimmte Negation.

Zu dem aber vermag sich das Denken im Widerspruch nicht mehr zu bekennen. Ganz ausdrücklich hat Marcuse vielmehr auf dem Prager Hegelkongreß 1966<sup>53)</sup> den Begriff der bestimmten Negation abgewiesen und gegen jene Konzeption von Fortschritt, nach der die Zukunft immer im Inneren des Bestehenden selbst verwurzelt ist, den „Bruch“ eingeklagt<sup>54)</sup>. In der modernen Welt scheint ihm das nicht mehr möglich, woran Hegel und

<sup>47)</sup> Spiegel-Gespräch mit Herbert Marcuse; Der Spiegel 35/1967, S. 112. Vgl. hierzu weiter auch: Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus, S. 18.

<sup>48)</sup> Ideen zu einer kritischen Theorie der Gesellschaft, Frankfurt 1969, S. 183.

<sup>49)</sup> Wolfgang Fritz Haug, Das Ganze und das ganz Andere. Zur Kritik der reinen revolutionären Transzendenz, in: Antworten auf Herbert Marcuse, S. 63.

<sup>50)</sup> Der eindimensionale Mensch, S. 17.

<sup>51)</sup> Friede als Utopie, S. 706.

<sup>52)</sup> Der eindimensionale Mensch, S. 17.

<sup>53)</sup> Zum Begriff der Negation in der Dialektik, in: Ideen zu einer kritischen Theorie der Gesellschaft, S. 185. ff.

<sup>54)</sup> Vgl. ebenda, S. 186: „daß auch die materialistische Dialektik noch im Bann der idealistischen Vernunft, in der Positivität bleibt, solange sie nicht die Konzeption des Fortschritts destruiert, nach der die Zukunft immer schon im Innern des Bestehenden

Marx noch festgehalten haben, „daß die negierenden Kräfte, die die in einem System sich entfaltenden Widersprüche sprengen und zu der neuen Stufe führen, sich innerhalb dieses Systems entwickeln“; innerhalb unseres antagonistischen Systems „können sie nicht mehr in dieser fortschrittlichen, befreienden Weise zur Entfaltung“ kommen<sup>55)</sup>. Im „Weltsystem der Koexistenz von Kapitalismus und Sozialismus“<sup>56)</sup>, wo die „gesellschaftlichen Kräfte, die stark und materiell genug sind, um für eine ganze Periode die Gegensätze zu neutralisieren, zu suspendieren oder sogar die negativen Kräfte in positive zu verwandeln, welche das Bestehende reproduzieren anstatt es zu sprengen“<sup>57)</sup>, ist der „Begriff der sich im Innern eines bestehenden Ganzen als Befreiung entfaltenden Negation“<sup>58)</sup> fragwürdig geworden und „tritt die Negation der (bestehenden) Negativität als geographisch und gesellschaftlich getrenntes selbständiges Ganzes gegenüber“<sup>59)</sup>.

Weil der Fortschritt unserer Tage also einen Stand erreicht hat, wo das noch immer verbreitete Unrecht und die noch immer praktizierte Unterdrückung weitgehend überflüssig geworden sind und die Gesellschaft sich den-

noch weigert, in Richtung auf das befriedete Dasein vorwärtszugehen, scheint Marcuse deshalb schlicht „die große Weigerung“ am Platz, die absolute Opposition, das Nicht-mehr-Mitmachen<sup>60)</sup>: „Die kritische Theorie der Gesellschaft besitzt keine Begriffe, die die Kluft zwischen dem Gegenwärtigen und seiner Zukunft überbrücken könnten. Indem sie nichts verspricht und keinen Erfolg zeigt, bleibt sie negativ. Damit will sie jenen die Treue halten, die ohne Hoffnung ihr Leben der großen Weigerung hingegeben haben und hingeben.“<sup>61)</sup>

Was von der Tradition der Philosophie her, auf die sich das Denken im Widerspruch bezieht, zu dieser totalen Negation des Bestehenden und zur Flucht in die Utopie zu sagen wäre, findet sich in Hegels unnachsichtigem Wort gegen das leere Sollen: „Das Allgemeine im Sinn der Vernunftsgemeinschaft ist auch allgemein in dem Sinne, . . . daß es sich als das Gegenwärtige und Wirkliche darstellt, ohne darum seine Natur zu verlieren. . . . Was allgemein gültig ist, ist auch allgemein geltend: was sein soll, ist in der Tat auch, und was nur sein soll, ohne zu sein, hat keine Wahrheit. . . . Denn die Vernunft ist eben diese Gewißheit, Realität zu haben.“<sup>62)</sup>

## 9. Die Funktion der totalen Negation

Von dem, was beim Versuch einer Umsetzung der großen Weigerung in den Aktionen der Neuen Linken zum Vorschein kommt, wird noch zu sprechen sein. Ziehen wir hier zunächst aus dem bisherigen für Marcuses Theorie selbst den Schluß, denn es liegt auf der Hand, daß diese Theorie mit der Wendung in die totale Negation nicht nur am äußersten Ende utopischen Denkens in der Gegenwart steht, sondern daß der von Marcuse im Begriff der Utopie als Kritik namhaft gemachte Zusammenhang mit dem Problem der geschichtlichen Vermittlung vielmehr zugleich eben eine ganze eigene Kritik bedingt, durch die Theorie, die kritisch um die Notwendigkeit der geschichtlichen Vermittlung weiß. Und von ihr her ist zu sagen, daß Utopie aller Behauptung des konkreten Charakters zum Trotz eben aus dieser Radikalität, die die totale Negation bewegt, ihren Entwurf nicht mehr so begründen kann, daß mit dem Bedürfnis nach dem Wandel der Verhältnisse wirklich auch zugleich dessen Möglichkeit sichtbar wird. Die Utopie, die aus der Erfahrung des bestehenden Wider-

spruchs heraus unvermittelt zur Notwendigkeit seiner Aufhebung kommt, bleibt vielmehr theoretisch, sie kann nicht eigentlich praktisch werden, weil sie sich ausdrücklich gegen jenen

---

verwurzelt ist; solange die Marxsche Dialektik nicht den Begriff des Übergangs zu einer neuen geschichtlichen Stufe radikalisiert, d. h. die Umkehr, den Bruch mit der Vergangenheit und dem Bestehenden, die qualitative Differenz in der Richtung des Fortschritts in die Theorie einbaut. Dies ist keine abstrakte Forderung, sondern ein sehr konkretes Problem angesichts der Frage, ob und inwieweit die westliche Spätstufe der Industriegesellschaft wenigstens in dem, was die technische Grundlage der Entwicklung der Produktivkräfte angeht, als Modell für die Konstruktion einer neuen Gesellschaft dienen kann.“

<sup>55)</sup> A. a. O., S. 187.

<sup>56)</sup> A. a. O., S. 189.

<sup>57)</sup> A. a. O., S. 188.

<sup>58)</sup> A. a. O., S. 188.

<sup>59)</sup> A. a. O., S. 189.

<sup>60)</sup> Vgl. Der eindimensionale Mensch, S. 266 ff.

<sup>61)</sup> Der eindimensionale Mensch, S. 268; vgl. weiter ebenda S. 15 f.

<sup>62)</sup> Phänomenologie des Geistes, hier zitiert nach Philosophische Bibliothek 1949, S. 189 f.

Grundsatz praktischer Philosophie heute kehrt, nach dem das Ziel vernünftigen Handelns nur eine im sozialen Zusammenhang selbst angelegte Möglichkeit sein kann. Welches sollte der praktische Wert einer Rede vom real Möglichen sein, wenn diese Rede mit ihrer eigenen Auslegung sich selbst der Chance begibt, befreiende Tendenzen im Wirklichen zu entdecken?

Die Hoffnung dieser Utopie hat deshalb auch nichts zu tun mit dem, was im Widerspruch des Bestehenden nun wirklich selbst liegt und was wahrhaft kritische Theorie für politische Praxis zu erhellen sucht. Sie meint eine Welt, in der nicht nur weniger Armut und weniger Zwang ist, weniger Herrschaft und weniger Gewalt, sondern die Welt des Heils schlechthin, das Ende jeglicher Herrschaft und Gewalt; ein Ende also, das überhaupt nicht auf dem Weg der Vermittlung zu erreichen ist, zu dem es vielmehr des Sprungs als des „totalen Bruchs zwischen der alten und der neuen Gesellschaft“<sup>63)</sup> bedarf. Der Maßstab, der ihrer Kritik zugrunde liegt, ist nichts, was aus der Gesellschaft selbst gewonnen wäre, sondern erweist sich als die Antizipation bekannter Träume vom vollendeten Leben — Träume, die kritischer Reflexion nicht standzuhalten vermögen, weil Ziele, die man für die Gesellschaft entwirft und zu deren Verwirklichung man aufruft, in ihrer Vernünftigkeit vom Stand der gesellschaftlichen Möglichkeiten abhängen.

Marcuse hat einmal — die Verschärfung und Radikalisierung des Denkens im Widerspruch zur totalen Negation verdeutlichend — von der „geschichtlichen Absurdität“ gesprochen, „die in der Tatsache liegt, daß die Welt nach der Niederlage des Faschismus nicht zusammenbrach, sondern in ihre früheren Formen zurückfiel, daß sie nicht den Sprung ins Reich der Freiheit unternahm, sondern die alte Einrichtung in Ehre wiederherstellte“<sup>64)</sup>. Löst sich freilich die Theorie gesellschaftlicher Wirklichkeit aus Verzweiflung am Bestehenden derart von der Voraussetzung geschichtlicher Vermittlung, dann bleibt entgegen ihrer ersten Absicht für ein Handeln, das sich nach ihr bestimmt, nur die Wahl zwischen Resignation und Gewalt, wobei auch Gewalt nochmals zwangsläufig in Resignation umschlägt, weil sie zum Mißerfolg verurteilt ist.

Solche Feststellung intendiert zunächst weder den Verzicht auf Kritik, noch die Verteidigung

dessen, wogegen diese steht. Sie bringt nur zum Ausdruck, daß ein Denken, das so negativ und utopisch geworden ist, daß es die totale Negation des Bestehenden darstellt, jene Kritik nicht leisten kann, deren es zur Fortbildung des Bestehenden bedarf, soviel auch immer für diese Kritik an ihm zu lernen sein mag. Vielleicht kann diese Feststellung darüber hinaus auch deutlich machen, daß über die Wirkung von Utopie als Kritik letztlich die Reflexion utopischen Bewußtseins auf seine eigenen Grenzen befindet. Meint die Vorstellung dessen, wie alles sein soll, ein Ziel, zu dem vom Bestehenden her kein Weg führt denn radikaler Bruch allein —, dann wird sie wirken, je weniger sie auf unmittelbaren Vollzug dringt und sich statt dessen darauf beschränkt, das Bewußtsein zunehmender Unfreiheit zu aktualisieren, um es mit dem inneren Ziel allen Fortschritts von Technik und Wissenschaft zu konfrontieren, dem Ziel, das noch immer die je größere Freiheit des Menschen ist, „Die Utopie“ — so sagt Leszek Kolakowski in den Gedanken über die ‚Möglichkeit und Unmöglichkeit, Marxist zu sein‘ — „ist auch dann reale Kraft, wenn sie eine Utopie ist“<sup>65)</sup>.

Vielleicht verdient unter diesem Gesichtspunkt Marcuses Gedanke des befriedeten Daseins in unserer Zeit des Umbruchs noch mehr Aufmerksamkeit, als ihm der Versuch seiner

<sup>63)</sup> Der Mensch ohne Alternative. Von der Möglichkeit und Unmöglichkeit, Marxist zu sein, deutsch: München 1961, S. 130. Vgl. hierzu weiter S. 128: „Die Utopie ist das Streben nach Veränderungen, die sich in Wirklichkeit nicht durch sofortiges Handeln realisieren lassen, außerhalb der sichtbaren Zukunft stehen und keiner Planung unterliegen. Und doch ist die Utopie Werkzeug zur Einwirkung auf die Wirklichkeit und zur Vorausplanung gesellschaftlichen Handelns. Es entsteht also die Gefahr, daß die Utopie mit der Wirklichkeit so wenig übereinstimmt, daß der Wunsch, sie der Welt aufzuzwingen, die Form einer finsternen Groteske annimmt und zur monströsen Verunstaltung der Welt führt, also zu Veränderungen, die gesellschaftlich schädlich sind und die Freiheit des Menschen bedrohen. Dann würde die Linke, der solche Veränderungen gelängen, sich in ihr Gegenteil verwandeln, zur Rechten werden; aber dann hört auch die Utopie auf, eine Utopie zu sein, sie wird zu einer Phrase, die jede Aktion rechtfertigt. Andererseits kann die Linke nicht auf die Utopie verzichten, d. h. sie kann nicht darauf verzichten, sich Ziele zu setzen, die im Augenblick unmöglich zu erreichen sind, aber den jetzigen Veränderungen ihren Sinn verleihen. Die revolutionäre Bewegung ist die Summe aller endgültigen Forderungen an die bestehende Gesellschaft, sie ist die totale Negierung des vorgefundenen Systems, also auch ein totales Programm. Ein totales Programm der Veränderungen, das ist Utopie.“

<sup>63)</sup> Befreiung von der Überflußgesellschaft, S. 187.

<sup>64)</sup> Kultur und Gesellschaft, II, S. 51.

direkten Erfüllung schenken kann. Denn bedenkt man, in welchem Ausmaß der technische Fortschritt die Welt der Arbeit zu verwandeln begonnen hat und daß wir in der Tat „morgen“ alle anders leben werden, weil elektronische Datenverarbeitung, Atomphysik und Molekularbiologie nicht nur das Verhältnis des Menschen zur Natur, sondern sein Verhältnis zu sich selbst und zu seines gleichen ganz neu bestimmen —, dann dürfte totale Negation wohl auch gerade bei dem helfen, was sie sich selbst versagt: bei der Arbeit für erreichbare Ziele, die einmal die weitere Veränderung unserer Gesellschaft vermitteln könnten. Denn es gibt in der Tat Dinge, die erst mit ihrer Verneinung sichtbar werden und zu deren Vernei-

nung es des entschiedensten Willens zur Befreiung bedarf<sup>66)</sup>. Marcuses Hinweis auf die Funktion der Philosophie gilt gerade dann: „Kraft ihrer einzigartigen Fähigkeit, einen Gegenstand auch ohne dessen Vorhandensein anzuschauen, aufgrund des gegebenen Materials der Erkenntnis doch etwas Neues zu schaffen, bezeichnet die Einbildungskraft einen hohen Grad der Unabhängigkeit vom Gegebenen, der Freiheit inmitten einer Welt von Unfreiheit. . . . Ohne sie bleibt alle philosophische Erkenntnis immer nur der Gegenwart oder der Vergangenheit verhaftet, abgeschnitten von der Zukunft, die allein die Philosophie mit der wirklichen Geschichte der Menschheit verbindet.“<sup>67)</sup>

## 10. Der Vollzug der großen Weigerung

Was die Aufforderung zur großen Weigerung aber jenseits solch möglicher Aufklärung für die gesellschaftlich-politische Praxis besagt, und das heißt, wie wenig solche Utopie, in der sich die Kritik zur totalen Negation verdichtet, wirklich zur Änderung des Bestehenden führt, — das zeigt sich am Verhalten derer, die wie der radikalere Flügel der Neuen Linken nach einem Wort Marcuses sich bewußt „außerhalb des demokratischen Prozesses“ bewegen und auf die zusammen mit dem „Substrat der Geächteten und Außenseiter, der Ausgebeuteten und Verfolgten anderer Rassen und Farben, den Arbeitslosen und Arbeitsunfähigen“<sup>68)</sup> das Erstgeburtsrecht der Opposition übergegangen sein soll.

Zwar ist das Verhältnis der Neuen Linken zu Marcuse und zu seiner Theorie des befriedeten Daseins nicht mehr so ungebrochen wie zu Beginn. Doch zeichnet sich ein großer Teil der Bewegung noch immer gerade dadurch aus, daß er in der Attitüde siegessicherer Revolution die große Weigerung vollzieht<sup>69)</sup>. Ihre Opposition gegen das Bestehende, für die „die ganze Sphäre der Politik nur Spielraum für die Machenschaften der Herrschaft, der Manipulation, der Unterdrückung“<sup>70)</sup> ist, nimmt die Theorie der großen Weigerung erschreckend wörtlich und verfällt damit im Versuch ihrer Umsetzung unmittelbar in die Praxis eben dem, was sie doch kritisch zu überwinden versucht; totale Negation bestätigt, statt zu zersetzen.

Weil man das Bedürfnis nach Überwindung der gegebenen Herrschaftsverhältnisse an die

Aufhebung der Herrschaft von Menschen über Menschen überhaupt knüpft, kann man in bezug auf das Bestehende zu keiner wirksamen Praxis mehr finden, und so begnügt man sich

<sup>66)</sup> Vgl. Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus, S. 21: „Unsere Welt ist eine Welt, die das tägliche Risiko des nuklearen Krieges als einen integralen Bestandteil des Normalzustands gutheißt und rechtfertigt. Und eine solche Welt kann für das, was realistisch und was nicht realistisch ist, keine Maßstäbe liefern. Wenn der herrschende Zustand weder normal noch notwendig ist, hat er historische Alternativen, die sein Bestehen und Herrschen nicht wahr haben will. Kritische Analyse hat die Aufgabe, diese Alternativen im Gedächtnis zu halten, ganz gleich, wie utopisch sie im Status quo erscheinen mögen.“

<sup>67)</sup> Kultur und Gesellschaft, I, S. 122 f.

<sup>68)</sup> Der eindimensionale Mensch, S. 267.

<sup>69)</sup> Vgl. hierzu Rudi Dutschke (Die neue Opposition, S. 91): „Heute hält uns nicht eine abstrakte Theorie der Geschichte zusammen, sondern der existentielle Ekel vor einer Gesellschaft, die von Freiheit schwätzt und die unmittelbaren Bedürfnisse der Individuen und der um ihre sozial-ökonomischen Emanzipation kämpfenden Völker subtil und brutal unterdrückt. . . . Die subtilen und brutalen Methoden und Techniken der sozialen Integration ziehen bei uns nicht mehr. Die sentimental-emotionale Verweigerung wird im Kampf mit den Gewaltorganisationen des Systems, mit der staatlich-gesellschaftlichen Bürokratie, mit der Polizei, mit der Justizmaschine, den industriellen Bürokratien in den Oligopolen usw. zur organisierten Verweigerung, zum praktisch-kritischen Wissen, zum revolutionären Willen, die verselbständigten Produktivkräfte, die unmenschlichen Maschinerien des Krieges und der Manipulation, die tagtäglich in der Welt Tod und Schrecken verbreiten, zu zerschlagen.“

<sup>70)</sup> Friede als Utopie, S. 707.

statt dessen mit einer Revolte, deren Radikalismus nur beweist, wie theoretisch sie ist. Die Erfahrung der Unterdrückung durch die bestehende Herrschaftsordnung ist bereits zur Theorie einer Negation von Ordnung überhaupt geworden, und was bleibt, sind blinde Aktionen, die an Anarchismus gemahnen. Einerseits fehlt hier jedes Verständnis für die Leistungen der arbeitsteiligen Industriegesellschaft so gut wie für die Institutionen des liberalen Rechtsstaats das Verständnis insbesondere auch dafür, daß man nicht die positiven Seiten der Entwicklung haben kann, ohne ihre entfremdenden Konsequenzen tragen zu müssen. Andererseits entwickelt auch der Vollzug der großen Weigerung keine Vorstellung dessen, was an die Stelle des Verneinten treten soll; was man radikaldemokratische Gesellschaft nennt, ist eine Idylle, aber keine Alternative. Will einer im Ernst glauben, es könne genügen, bestimmte Formen der gegenwärtigen Herrschaft und des gegenwärtigen Eigentums aufzuheben, um zu einer von Ehrgeiz, Habsucht und Schwachheit befreiten Gemeinschaft glücklicher Menschen zu kommen? Die Empfehlung herrschaftsfreier direkter Demokratie, die es den Bürgern erlaube, ihre zeitweiligen Vertreter direkt zu wählen und abzuwählen, wie sie es auf der Grundlage eines gegen jedwede Form von Herrschaft kritischen Bewußtseins für erforderlich halten, diese Räteromantik vergangener Zeiten ist unpolitisch, weil sie die Bedingungen des Lebens in der hochindustrialisierten Gesellschaft nicht zur Kenntnis nimmt.

Das Bewußtsein der großen Weigerung tritt zwar aus dem gesellschaftlich-politischen Kontinuum, aber nur um sich noch mehr in dieses zu verstricken, denn es verliert den Bezug zur Vernünftigkeit der Praxis, die für direkte Aktion voraussetzt, daß das Ziel nur eine im sozialen Zusammenhang selbst angelegte Möglichkeit sein kann. Gewiß kann man auch diese Voraussetzung noch ignorieren und die Bestimmung von Mittel und Zweck einer Handlung als „die vornehmste Variante des zwischen Quietismus und Zynismus schwankenden Opportunismus“ bezeichnen „in einer weltgeschichtlichen Situation, in der die einlösbaren, ja historisch überfälligen Ansprüche politischer Vernunft in den Metropolen nicht unmittelbar zweckrationale Praxisfelder eröffnen“<sup>71)</sup>. Doch besagt das noch einmal nichts als bloße Negation; das heißt, auch was man

als Provokation serviert, ist weit davon entfernt, sich auf die Vernunft zu beziehen, die geschichtlich gegenwärtig ist und der im Bestehenden selbst hervorgeholfen werden muß.

Kaum ein Wort beschwört die Neue Linke so wie „kritische Reflexion“, und nichts mangelt ihr mehr als nüchterne Einsicht in das, was ist; eine Einsicht, die keineswegs das Bestehende so akzeptiert, wie es ist und wie es sich selbst gern als das Dauernde gibt; eine Einsicht, die aber für die Fortbildung dieses Bestehenden festhält, daß es keine Vernunft in gesellschaftlich-politischen Verhältnissen heute gibt ohne Freiheit der Diskussion, auch wenn dabei etwas anderes herauskommt, als man selbst erwartet hat; ohne Toleranz der anderen, auch wenn diese anderen die Mehrheit sind und man in der Minderheit bleibt; und ohne Skepsis gegenüber jedem Entwurf eines Endziels, auch wenn der sich durch Hellsichtigkeit auszeichnet in Bezug auf die Mängel des Bestehenden.

Der Mangel an Wirklichkeitssinn, der den Verlust der Einsicht in die Notwendigkeit geschichtlicher Vermittlung begleitet, drückt sich besonders stark in der Wendung zur Dritten Welt aus. Dutschke hat darauf hingewiesen, daß „jede radikale Opposition gegen das bestehende System, das uns mit allen Mitteln daran hindern will, Verhältnisse einzuführen, unter denen die Menschen ein schöpferisches Leben ohne Krieg, Hunger und repressive Arbeit führen können, heute notwendigerweise global sein“ muß<sup>72)</sup>. Das heißt, da es hierzulande keinen Adressaten mehr gibt für die wohlfeilgebotene Aufforderung zur Revolution — Arbeiter sind in der fortgeschrittenen Industriegesellschaft keine revolutionäre Klasse mehr<sup>73)</sup> —, sucht man seine Hoffnung in China und Vietnam so gut wie Kuba und Bolivien, ohne noch zu sehen, wie die Ernsthaftigkeit revolutionärer Perspektiven in Asien und Lateinamerika die Übertragung ihrer Theorie sowohl als auch ihrer Praxis auf mitteleuropäische Verhältnisse gerade ausschließt.

<sup>72)</sup> Die neue Opposition, S. 85.

<sup>73)</sup> Vgl. hierzu Marcuses Feststellung (Perspektiven des Sozialismus a. a. O., S. 11): „Bei Marx wird die Arbeiterklasse zum geschichtlichen Subjekt der Revolution gerade deshalb, weil sie die absolute Negation des Bestehenden darstellt. Wenn sie dies nicht mehr ist, dann ist die qualitative Differenz zwischen ihr und den anderen Klassen, damit aber auch ihre Fähigkeit verschwunden, eine qualitativ andere Gesellschaft zu schaffen.“

<sup>71)</sup> Bernd Rabehl, in: Die neue Opposition, S. 166.

## 11. Das Problem der Gewalt

Nichts macht im übrigen den totalen Charakter dieser Negation deutlicher als die Tatsache, daß der Appell zur Aufhebung der Ordnung des Bestehenden nicht umhin kann, ausdrücklich Gewalt einzuschließen. Marcuse selbst hat nachdrücklich davon gesprochen, daß „die gewaltlose Gesellschaft die Möglichkeit einer geschichtlichen Stufe bleibt, die erst zu erkämpfen ist“<sup>74)</sup>. Und der Schluß seines Aufsatzes über repressive Toleranz, das politische Glaubensbekenntnis der Neuen Linken, lautet so: „Wenn sie Gewalt anwenden, beginnen sie keine neue Kette von Gewalttaten, sondern zerbrechen die etablierte. Da man sie schlagen wird, kennen sie das Risiko, und wenn sie gewillt sind, es auf sich zu nehmen, hat kein Dritter, und am allerwenigstens der Erzieher und Intellektuelle, das Recht, ihnen Enthaltung zu predigen.“<sup>75)</sup> Das klingt heroisch, doch es endet im Desaster und in der Verzweiflung; und es wäre allzu ‚utopisch‘, das Repressiv-Totalitäre, das beim Versuch der Durchsetzung jener Welt ohne Zwänge in unserer Gesellschaft zum Vorschein kommen muß, nochmals auf eben diese Gesellschaft selbst zu schieben.

Dennoch, das sollten wir uns eingestehen, liegt auch in solcher Rede mehr an erschütternder Wahrheit, als wir uns das bis vor den Osterunruhen des Jahres 1968 etwa in der fraglosen Übereinkunft einer Absage an die Gewalt gemeinhin zugestanden haben. Aber es bleibt daneben, daß die Entwicklung der Protestbewegung gerade im letzten Jahr es selbst überaus dringlich gemacht hat, hier die nötige Unterscheidung zu treffen, und das heißt, nicht nur aus taktischen Erwägungen sich gegenwärtig in den „Metropolen“ noch auf gewaltlose Aktionen zu beschränken<sup>76)</sup>, sondern

den Protest um seiner eigenen Wirksamkeit willen insgesamt auf gewaltfreie Aktion zu bringen, der Gewalt grundsätzlich abzusagen. Provokation, die Gewalt einschließt, kann angesichts einer Ordnung, die der überwältigenden Mehrheit nicht als pure Gewaltherrschaft erscheint, keine Provokation der Vernunft sein. Der schreckliche Bogen der Gewalt, der bis zu Ohnesorg, Dutschke, Frings und Schreck reicht, hätte auch die Neue Linke ernüchtern müssen. Ihr Programm differenzierter Gewaltanwendung, die zweifelhafte Unterscheidung von Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Personen sowie die Verteidigung von Gewalt als Gegengewalt verrät, wie wenig das der Fall ist. Statt sich nach der ersten Schlacht an Ostern auf den Weg gewaltfreier Aktion zu besinnen, tönte es bei der allgemeinen Notstandsübung im Sommer danach von neuem: „man werde mit der Macht der illegalen Demokratie eines Tages die einzige Sprache sprechen, die Faschisten verstehen, nämlich die der physischen Gewalt“<sup>77)</sup>.

Zugegeben, daß jenseits offensichtlicher Gewalttaten die Frage nach der Gewalt meist sehr schwierig ist, denn der Übergang zur Gewaltsamkeit ist fließend; es beginnt nicht mit Steinen und Stahlstangen, mit Zerstörung und Brandstiftung —, auch die bewährten Sit-ins sind oft an der Grenze, von vielen anderen „Regelverletzungen“ ganz zu schweigen. Aber die Erfahrung des vergangenen Jahres und das, was in den letzten Monaten aus manchen unserer Universitäten berichtet wurde<sup>78)</sup>, soll-

<sup>74)</sup> Kultur und Gesellschaft, II, S. 146.

<sup>75)</sup> Repressive Toleranz, in: Robert Paul Wolff — Barrington Moore — Herbert Marcuse: Kritik der reinen Toleranz, Frankfurt 1966, S. 91 ff. Vgl. weiter auch Marcuses Beitrag über Das Problem der Gewalt in der Opposition, in: Psychoanalyse und Politik, Frankfurt 1968, S. 54 ff.

<sup>76)</sup> Vgl. hierzu Rudi Dutschke, Die neue Opposition, S. 79: „Einen Ky, Branco, Duvalier, den Schah und andere mehr können die Menschen hassen, sie müssen einen unerbittlich harten militärischen Kampf des Volkes gegen die Diktatoren bzw. Marionetten organisieren, Attentate durchführen, revolutionären Terror gegen die Unterdrücker und ihre Helfershelfer anwenden. Bei uns in den Metropolen ... ist die Lage prinzipiell verschieden: unsere Herren an der Spitze sind völlig fungibel, jederzeit durch neue bürokratische Charaktermasken ersetzbar.“

<sup>77)</sup> Vgl. hierzu Rudi Dutschke, Die neue Opposition, S. 68: „Der heutige Faschismus ist nicht mehr manifestiert in einer Partei oder in einer Person, er liegt in der tagtäglichen Ausbildung der Menschen zu autoritären Persönlichkeiten, er liegt in der Erziehung. Kurz, er liegt im bestehenden System der Institutionen.“

<sup>78)</sup> Vgl. hierzu das Programm des SDS (Neue Kritik 51—52/1969): „Die sozialistische Politik an der Hochschule kann ... nicht von der Notwendigkeit der Reform des bürgerlichen Studiums ausgehen, sondern trägt die Bedürfnisse der Revolte nach grundsätzlicher Veränderung der Gesellschaft, die ihr eigentliches Feld nach wie vor außerhalb der Universität hat, in die Universität hinein. Sie benutzt die Universität, genauer sie gebraucht die Wissenschaft, um ihren Kampf zu stabilisieren und zu organisieren. Diese Politik an der Hochschule ist gekennzeichnet durch: das systematische Stören des Lehrbetriebs als beständige Problematisierung der Verwertungszusammenhänge von Wissenschaft; — den Kampf um den Abbau der irrationalen Herrschaftsansprüche der Ordinarien und die Aufhebung der autoritären Arbeitsweise in den Seminaren und

ten alle einiges lehren. Wir haben dazu schließlich das Beispiel Amerika, die große Bürgerrechtsbewegung mit ihrem Schwur auf sanfte Gewalt, der Übung der Gewaltlosigkeit<sup>79)</sup>.

Warum sich nicht auch hier an die überaus wirksame Skala der Kampfmaßnahmen halten, die in den USA von Protestdemonstrationen über legale Nichtzusammenarbeit bis zum zivilen Ungehorsam reicht, der demonstrativen Gehorsamverweigerung also gegenüber administrativen, richterlichen und gesetzlichen Anordnungen — alles Maßnahmen, die es sehr wohl zu jenem kritischen Spannungsverhältnis bringen, in dem die Etablierten sich zum Fortschritt einfach gezwungen sehen, wenn überhaupt sie den Anspruch auf vernünftige Ordnung des Miteinanders aufrechterhalten wollen<sup>80)</sup>.

---

bei Forschungsprojekten; — die Initiierung von Satzungsdiskussionen mit dem Ziel, effektive Mitbestimmungsformen der Studenten (mindestens Halbparität) zu erkämpfen und gleichzeitig befreite Gebiete in den Universitäten zu schaffen, in denen eigene Lehr- und Forschungsvorhaben durchgeführt werden können, die sowohl den Kampf außerhalb der Universität intensivieren, als auch innerhalb der Universität die Revolte stabilisieren; — die Organisation von aktiven Streiks und die Ausspernung sich der Reform entziehender Professoren als Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung der studentischen Forderungen.“

<sup>79)</sup> Vgl. hierzu Winfried Steffani, Martin Luther King. Theorie und Praxis gewaltfreier Aktion, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 13/68 vom 27. März 1968, sowie Theodor Ebert — Hans Jürgen Benedict, Macht von unten. Bürgerrechtsbewegung, außerparlamentarische Opposition und Kirchenreform, Hamburg 1968.

<sup>80)</sup> Eines der erschütterndsten Zeugnisse des Spiels mit dem Terror sind vielleicht die „Thesen zur Gewaltanwendung“, die der Republikanische Club Berlin im März 1969 formuliert hat und wo Gewalttätigkeit eben deshalb proklamiert wird, weil sich die Staatsmacht nicht auf gewaltsame Bekämpfung gewaltloser Aktionen einlassen will (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 27. 3. 1969): „Eine Strategie der bewußten und offensiven Gewaltlosigkeit wäre am erfolgreichsten, wenn und solange sie von dem Staatsapparat mit Gewalt beantwortet und bekämpft wird. Denn dann würde die Unverhältnismäßigkeit der auf beiden Seiten eingesetzten Mittel so in die Augen springen, daß Aufklärungsprozesse und Solidarisierungen mit der Apo geradezu unausweichlich wären. Es ist jedoch höchst unwahrscheinlich, daß sich die Staatsmacht auf die Dauer auf einen so halsbrecherischen Kurs der gewaltsamen Bekämpfung gewaltloser Aktion einlassen würde, und damit würde eine solche Strategie der konsequenten Gewaltlosigkeit nicht die leichteste, sondern die schwerste, weil die natürliche Reaktion der Selbstverteidigung kaum zu unterdrücken ist. Sie könnte daher bei dem Stand, den die Auseinandersetzung mit der Staatsmacht hierzulande be-

Will man freilich Revolution, kann man dem Fortschritt auf dem Weg von Reformen nichts abgewinnen und so widersetzt man sich der Politik der kleinen Schritte bis zur latenten und gelegentlich schon manifesten Gewalt schließlich gegen diejenigen, mit denen und für die man den Umsturz einst zu schaffen hofft. Was die „emanzipierende Führung“ ist, von der Dutschke spricht<sup>81)</sup>, und die „erzieherische Diktatur“<sup>82)</sup>, auf die Marcuse setzt, davon haben wir inzwischen hinreichende Kostproben erhalten. Es ist erschreckend zu sehen, wie grob die Neue Linke all die Defekte reproduziert, die sie dem System zu recht ankreidet, wie autoritär sie ist in ihrer anti-autoritären Unduldsamkeit, wie intolerant in der Abwehr dessen, was ihr etablierte Intoleranz scheint, wie rasch sie Minderheiten zu Mehrheiten zu machen weiß und Mehrheiten nicht mehr zu Wort kommen läßt, und wie hochmütig und zynisch sie von dem Gebrauch macht, was ihr ein Zipfel der Macht dünkt.

In dem Maße aber, wie man sich hier weigert, zur Vernunft zu kommen, korrumpiert man nicht nur das Mittel der Provokation, das sich so ausgezeichnet bewährt hat; man verhindert jene Reformen, die endlich in Gang gekommen sind und stützt damit im Grunde nichts als das Bestehende in seinem bloßen Bestand. Denn nichts ist damit gewonnen, wenn man die öffentliche Ordnung nur stört, um ihre Inhumanität zu beweisen, und wenn man Toleranz zwingt, repressiv zu werden. Alles das ändert nicht nur nichts, sondern bewirkt das Gegenteil.

Denn niemand, für den die gegenwärtigen Verhältnisse bei allem Unrecht und allem Zwang, der sie zeichnen mag, geschichtlich eben doch zunächst verwirklichte Freiheit sind und für den also die noch bestehende Unfreiheit nur von daher aufzuheben ist, wird sich auf jenen Umschlag verlassen wollen, auf den die utopische Theorie des Sprungs ins Reich der Freiheit setzen muß, und nach dem der Wandel in der Natur des Menschen, der für das Leben dort erforderlich ist, eben mit dem Sprung selbst erst erfolgt und deshalb auch nicht vor ihm erfaßt werden kann. Die Vertröstung auf die „radikale Veränderung der menschlichen Natur“, die der „Bruch mit den bestehenden Insti-

---

reits erreicht hat, bei Massendemonstrationen kaum durchgehalten werden. Ein Rest von Gewalttätigkeit auch gegen Personen ist folglich unvermeidlich.“

<sup>81)</sup> Die neue Opposition, S. 81.

<sup>82)</sup> Der eindimensionale Mensch, S. 61.

tutionen in ihrer Ganzheit“ mit sich bringt<sup>83)</sup>, übersieht, daß eine Verheißung der Freiheit heute nicht mehr zieht, wenn sie nur auf einem diesem Ziel selbst widersprechenden Weg erreichbar scheint. Zwar versichert Marcuse, daß es sich um eine „Erziehungsdiktatur“ handle, „die sich in ihrer Erfüllung aufheben würde“<sup>84)</sup>; doch spricht angesichts der Erfahrung mit Diktaturen aller Art nichts dafür, im Vertrauen auf die Wirkung solchen Sprungs jetzt das Gegenteil dessen zu bereiten, was man anstrebt, also schon verwirklichte Freiheit aufzugeben und auf Zwang und Gewalt zu setzen in der Hoffnung, das werde sich irgendwann zur Befreiung kehren.

Der Widerspruch, der darin liegt, daß die Intention auf Befreiung sich nur noch als totale Negation will äußern können, oder — wie Marcuse formuliert — „daß wir uns streng ge-

Man ist versucht, sich von diesem Aspekt aus den Schluß sehr einfach zu machen. Doch wäre der Sinn unserer Überlegungen mißverstanden, könnte nach forcierter Kritik an Marcuse und der Neuen Linken nun allseitige Beruhigung Platz greifen. Die große Weigerung ist nichts, was man den Philosophen und der Polizei überlassen darf, — den Philosophen, solange alles ganz theoretisch bleibt, und der Polizei, wo es doch einmal praktisch wird. Dafür besteht ein viel zu enger Zusammenhang sowohl in theoretischer als auch in praktischer Hinsicht zwischen ihr und dem Selbstverständnis unserer Gesellschaft im Ganzen, mit deren Verständnis insbesondere auch bei denen, die zur Provokation ihre Zuflucht nehmen. Daß ein beträchtlicher Anteil der jungen Generation es nicht so wichtig nimmt, einen Platz in der Gesellschaft zu finden, als vielmehr diese Gesellschaft so zu gestalten, daß man in ihr auch einen Platz haben möchte, sollte uns wohl alle treffen. Das Phänomen der großen Weigerung ist eine echte Anklage des Systems, und wir müßten einer gefährlichen Selbsttäuschung verfallen, würden wir diese Anklage nicht aufnehmen oder nur diejenigen verurteilen, die den gesellschaftlichen Zwang nicht mehr aushalten und unter dem Druck der Verhältnisse zu Aktionen schreiten, für die die Zweck-Mittel-Bestimmung rationalen Handelns nicht mehr zu gelten scheint und bei denen selbst Provokation noch nur um der Provokation willen geschieht.

nommen freimachen müssen, bevor wir eine freie Gesellschaft schaffen können“, weil „die Zersetzung des bestehenden Systems die Vorbedingung jeder derartigen qualitativen Veränderung ist“<sup>85)</sup>, dieser Widerspruch wird eben damit unübersehbar. Was zur Verwirklichung solcher Freiheit einzig bleibt, ist dann nämlich Dogmatismus, Intoleranz und Terror, das also, was der Gedanke des befriedeten Daseins gerade nicht will, wovon man aber nicht loskommt, solange man zu verwirklichen empfiehlt, was sich nicht verwirklichen läßt. Jeder Versuch einer Befreiung von der Politik unterliegt politisch dem Zwang zum Totalitären, und deshalb darf auch auf die heile Welt hin kein Weg beschritten werden, an dessen Beginn die Aufhebung all derjenigen Freiheit steht, die geschichtlich bereits wirklich geworden ist.

## 12. Die Anklage des Systems

Von Mario Savio, Dutschkes Vorbild in Berkeley, stammt das Wort: Unsere Gesellschaft wird „mehr und mehr ein Utopia der sterilisierten, automatisierten Zufriedenheit, . . . aber eine wichtige Minderheit von Männern und Frauen tritt heute hervor, die gezeigt hat, daß sie lieber sterben als standardisiert, ersetzbar und belanglos sein will“<sup>86)</sup>. Zu ihrer Opposition sagt Marcuse: „Sie mögen keinen Plan für positive Rekonstruktion haben oder einen, der nicht funktionieren würde, aber sie wollen einfach keine Sklaven mehr sein; sie sind getrieben vom vitalen Bedürfnis, unerträgliche Verhältnisse aufzuheben“<sup>87)</sup>; und bei einem seiner letzten Besuche der Neuen Linken in Berlin fügte er dem hinzu: „Vielleicht siegen wir nicht, aber wir müssen weiter Opposition sein, denn im Bündnis mit dem System können wir nicht mehr Menschen sein.“<sup>88)</sup>

Um unmißverständlich klarzustellen: gefährlich wäre die Selbsttäuschung angesichts solcher Anklage des Systems nicht wegen der revolutionären Kraft der Rebellen — wir wissen inzwischen, wie schnell man damit fertig werden kann; sie wäre gefährlich, weil dann das

<sup>83)</sup> Friede als Utopie, S. 706.

<sup>84)</sup> Spiegel-Gespräch mit Herbert Marcuse, S. 116.

<sup>85)</sup> Befreiung von der Überflußgesellschaft, S. 195.

<sup>86)</sup> Zitiert nach Kai Hermann, Die Revolte der Studenten, S. 113.

<sup>87)</sup> Ideen zu einer kritischen Theorie der Gesellschaft, S. 165.

<sup>88)</sup> Zitiert a. a. O., S. 62.

Ausmaß dessen nicht zum Vorschein käme, was wir zu tun haben, um diese unsere Gesellschaft vernünftiger und damit menschlicher zu machen.

Eben daran aber hängt sehr viel, denn unser ständig noch wachsendes Bedürfnis nach Ordnung, Wohlstand und Sicherheit unterstellt ganz allgemein das Leben immer mehr den Gesetzen von Technik und Wissenschaft, und das geht auf Kosten der Freiheit. Um hier überhaupt irgend etwas noch voranzubringen,

### 13. Die Antwort der Vernunft

Es gibt kein Patentrezept für all die Schwierigkeiten, auf denen die Anklage des Systems beruht. Es gibt insbesondere Grundstrukturen der arbeitsteiligen Industriegesellschaft, die wir zu akzeptieren haben, auch wenn wir darunter leiden. Denn sie ermöglichen Großes im Kampf gegen Armut, Krankheit und Not, sie ermöglichen das, was selbst durchaus Freiheit verbürgt. Aber wir sollten ernst nehmen, was die große Weigerung negativ bewegt, sollten gerade da ansetzen, wo ihre Negation realitätsbezogen ist und wo sie sich mit jenem Protest vereint, der die Provokation der Vernunft sucht. Bestimmte Sachverhalte pflegen erst in ihrer Verneinung sichtbar zu werden, und wir täten gut daran, die wunden Stellen, die man uns gezeigt hat, nicht mehr aus dem Blick zu verlieren. Das bedeutet, wir müssen jetzt dafür sorgen, daß der Glaube an die Wirksamkeit der Toleranz in unserer Gesellschaft wieder erstarkt; ein Glaube, den nicht Marcuse den Studenten genommen hat, sondern die Erfahrung, wie man mit ihnen umging; — und müssen dafür sorgen, daß die Diskussion wieder zum Mittel inhaltlicher Bestimmung des Gemeinwillens wird und nicht weiter bloß ein Instrument zur Beschäftigung derer ist, auf deren Vorstellungen man gar nicht hören will — kurz, wirksam dafür sorgen, daß die demokratische Verfaßtheit unserer Gesellschaft nicht zur schlechten Befestigung ihres Bestands dient, sondern sich jenseits aller Gewalt als Garantie erweist für ihre vernünftige Fortbildung.

Daß man inhaltliche Diskussion sich durch Provokation erkämpfen mußte, hat die jüngste Vergangenheit gezeigt; daß Sachbeschädigung, Körperverletzung und Freiheitsberaubung nichts mit Meinungsfreiheit zu tun hat, haben wir alle — so selbstverständlich das ist —

bedürfte es der Provokation. Und wenn wir uns auch wünschen wollten, es wäre mehr und entschiedener wirklich Provokation der Vernunft, nicht Evokation sozialrevolutionärer Utopie, wenn wir rückhaltlos für Vernunft in den gesellschaftlichen Verhältnissen eintreten, müssen wir selbst das noch als Provokation der Vernunft nehmen, was nur ihr Versagen beweisen soll, das heißt wir haben auch die große Weigerung noch als Aufforderung zum Handeln zu verstehen.

mehr denn je zu beweisen. Und so wie gegen verschleppte Reformen, autoritäre Gängelei und träge Politik Druck verbreitet werden mußte, bevor wirklich etwas geschah, so haben wir nur das Recht, zu mahnen, daß es gewaltfreier Druck bleibe, wenn wir aufnehmen, was darin zum Ausdruck kommt.

Das hört sich vielleicht groß an, meint aber die Arbeit im Detail. Wir müssen uns darum bemühen, daß nicht alles wieder im taktischen Spiel der Etablierten versackt und erneut die große Starre sich breit macht. Wir selbst haben Aufklärung zu verbreiten und nicht Reaktion. Die wesentlichen Grundfragen, die hochgekommen sind, sind *auf* dem Tisch zu halten — von der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze über das Verhältnis zur DDR, die Erweiterung der Mitbestimmung, die Wahlrechtsänderung, das neue Strafrecht und die Pressefreiheit bis hin zur Hochschulreform. Denn Vertrauen in die Institutionen des liberalen Rechtsstaats ist heute nur durch den Beweis dafür wiederzugewinnen, daß sich aus ihm selbst heraus etwas bewirken läßt und nicht alles immer schon im Sinne des Gestrigen entschieden ist.

Aber auch für die große Mehrheit der protestierenden Studenten selbst, die Provokation nicht um der Provokation willen sucht, ergibt die Analyse von Marcuses Theorie sowohl wie die des untauglichen Versuchs ihrer Übersetzung durch die Neue Linke und der entsprechenden Reaktionen der Gesellschaft darauf etwas, das zu beachten Bedingung für den Fortschritt in der Bewegung werden könnte, die man mit begrenzter Regelverletzung anzustoßen begann. Die Erfahrung totaler Negation nämlich hat auch die „Realitätsadäquanz“ ihrer Aktionen verwandelt: das Bestehende nicht nur in seiner Überholtheit, sondern eben sei-

ner Fortbildbarkeit anzugehen<sup>89)</sup>. Man muß inzwischen davon ausgehen, daß durch die Verbildung der Provokation zu einem perfekten Instrument der Manipulation sie faktisch den Abbau der für Reformen nötigen Freiheit betreibt. Wo immer man deshalb heute zur Provokation greift, wird man sehr viel unterschiedener zu beweisen haben, daß es Provokation der Vernunft ist, sollen sich die Provokierten nicht erneut in Versuchung geführt sehen, das Bestehende nur mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln weiter zu verfestigen und die Reformen auf eine Disziplinierung der Unruhestifter zu reduzieren. Mit anderen Worten: wenn man Reformen will, sollte man sich davor hüten, Situationen zu schaffen, die

---

<sup>89)</sup> Vgl. hierzu Hans Maier, Reform in der Demokratie (in: Reform als Alternative. Hochschullehrer antworten auf die Herausforderung der Studenten, herausgegeben von Alexander Schwan und Kurt Sontheimer, Köln 1969, S. 11): „Wer an die Selbstrechtfertigung der Revolution nicht glaubt, der wird jeden Anspruch auf Veränderung und Neuordnung, jede Reformidee und Reformbewegung zunächst einmal an den in einer Demokratie maßgeblichen Kriterien messen, nämlich am inneren Gehalt an Rationalität und an der Fähigkeit, Konsens zu stiften. Reformvorschläge müssen vernünftig, in sich schlüssig sein; die Ziele und Mittel der Reform müssen klar umrissen werden; es muß deutlich werden, wo man ansetzt, welche Mängel man beheben will, wie groß die Chancen für Verbesserungen, wie groß die Risiken des Mißlingens sind. Ebenso wichtig aber ist ein zweites: Reformen müssen Zustimmung finden. Sie müssen von der Mehrheit der politisch urteils- und handlungsfähigen Kräfte getragen sein. Ohne diese Zustimmung bleibt alle Reform, so heilsam sie vielleicht im einzelnen sein mag, ein Produkt des Zwanges oder der Furcht, sie gerät in Gefahr, sich stündlich in den Popanz einer Erziehungsdiktatur zu verwandeln — ein Institut, das in demokratischen Verfassungen keinen Platz hat.“

sich nach Lage der Dinge jetzt gegen einen selbst auswirken müssen. Beispielsweise heißt das, eine Institution wie die Universität, die u. a. den Auftrag kritischer Reflexion gesellschaftlicher Wirklichkeit hat und deshalb Freiheit von der Gesellschaft braucht, nicht dem direkten Zugriff der Gesellschaft auszuliefern. Ist es wirklich so schwer nachzuvollziehen, daß die Auseinandersetzung in der Universität, auf die sich die Protestbewegung wieder zurückgezogen hat, nicht mit jenen Mitteln zu einem fruchtbaren Abschluß zu bringen ist, mit denen man ihren Beginn erzwang, ja daß man möglicherweise umgekehrt mit solchen Methoden jetzt das Verhalten produziert, gegen das sie einst provokativ entwickelt wurden?

Das gilt insbesondere für die Frage nach der Gewalt, angesichts der Leichtfertigkeit, mit der man „revolutionäre Praktiken“ den „demokratischen Spielregeln“ vorzieht. Zwar könnte man auch in solcher Aufforderung zur Rückkehr in verbindliche Formen der Diskussion — und das ist gleichbedeutend mit dem Fortschritt von Provokation zur Politik — gewiß noch einmal den Versuch vermuten, insgeheim nur alles beim alten zu lassen. Doch ist wohl — nicht zuletzt etwa an der Diskussion um das Ordnungsrecht der Hochschulen — sichtbar genug, wie fatal sich bestimmte Formen des Protests jetzt auszuwirken beginnen. Vielleicht kann wenigstens dieser Sachverhalt davor bewahren, die Empfindlichkeit gegenüber Aktionen, die nicht nur eine Regel verletzen sondern Gewalt implizieren, nicht weiter als fraglose Apologie des Bestehenden zu denunzieren, während doch längst für eben dessen Veränderung Gewaltfreiheit als ein Moment erkannt ist, ohne das aller Fortschritt sich selbst aufheben muß.

# Albanien — Ein Vierteljahrhundert Kommunismus

## Unter eigener und fremder Flagge

Die sechziger Jahre unseres Jahrhunderts haben dem Zweimillionenstaat Albanien die Wiederkehr bedeutsamer Gedenktage gebracht: 1962 begingen Tirana und das Auslandsalbanertum jeder Gesinnungsrichtung die 50-Jahrfeier des modernen Staatswesens Albanien; 1966 feierte die „Partia ë Punës së Shqipërisë“ (PPSh), die kommunistische „Partei der Arbeit Albanien“, ihren 25. Gründungstag. 1968 gedachte die Volksrepublik Albanien vornehmlich des 500. Todestages des Türkenbesiegers Skanderbeg, erinnerte an umwälzende staatspolitische und außenpolitische Ereignisse seit dem Kominformkonflikt 1948 und feierte außerdem den 60. Geburtstag Enver Hoxhas, dieses ‚Talleyrand des Balkankommunismus‘, der seit einem Menschenalter die Geschicke Albanien lenkt. Im Jahre 1969 tauchte die Erinnerung an jenen Karfreitag vor 30 Jahren auf, an dem das faschistische Italien das kleine Land auch militärisch besetzte. Besonders bedeutungsvoll aber ist für Albanien das Datum des 20. bis 23. Oktober 1969. Vor 25 Jahren, am 22. Oktober 1944, wurde in Berati die erste Provisorische Regierung des Nachkriegsstaates unter dem damals 36jährigen KP-Chef Enver Hoxha eingesetzt.

Die verbreitete Unkenntnis über die Zeitgeschichte Albanien gibt jenem Gelehrten recht, der 1916 dieses Land einmal die „Monade“ des Balkans genannt hat; Milan von Šufflay meinte damit die Abkapselung Albanien gegen die Außenwelt, eine Igelstellung, die dem „Tibet Europas“ gemäß zu sein scheint. Welche Position kommt Albanien nun heute in Europa zu? Welche Wechselbeziehungen zum Westen oder Osten, zu Jugoslawien, Rußland, China bestimmen die Bedeutung dieses Zwergstaates mit seiner Schlüsselstellung an der Adria?

Seltsamerweise wissen nur die wenigsten Europäer, daß die Wiege einer Anzahl von bekannten Heerführern, Staatsmännern, Gelehrten und Künstlern des Mittelmeerraumes auf albanischem Boden gestanden hat. Nur einige dieser Persönlichkeiten seien genannt: der albanische Türkenbesieger Georg Kastrioti

Skanderbeg (1405—1468), ebenbürtiger Zeitgenosse des ungarischen Türkenhelden Johannes Hunyadi (1387—1456). Inmitten fremden Volkstums und fern der Stammesheimat hat sich das Schicksal anderer „Söhne des Adlers“ im Zenith europäischer und außereuropäischer Leistung vollendet: Um die Mitte des 16. Jahrhunderts wirkte in Konstantinopel etwa Sinan (1489—1587), der bedeutendste Baumeister

## INHALT

- I. Einleitung
- II. Geographische Lage, Wirtschaft, Staat und Gesellschaft
- III. Geschichte und Geschichtsmythos bis zur neuesten Zeit
- IV. Das moderne Albanien bis zur faschistischen Besetzung
- V. Wendepunkte im Zweiten Weltkrieg und die Zusammenarbeit mit Belgrad
- VI. Planpolitik und Wirtschaftsaufbau der Volksrepublik Albanien
- VII. Weltanschauung und Kulturpolitik bis 1969
- VIII. Staat, Nation und die albanische Außenpolitik
- IX. Anhang

der Osmanen. 1464 floh seine Familie aus Albanien vor den Türkengreueln. Unter ihren Nachkommen waren fünf Kardinäle und Papst Clemens XI. (1649—1721), der mit der Abwehr gegen die Osmanen zur Rettung des damaligen Abendlandes entscheidend beitrug. Außer maßgeblichen Jungtürken war auch Kemal Atatürk (1881—1938), der Begründer der modernen Türkei, albanischer Herkunft. Bekannt ist die Tatsache, daß die Dynastie Mehmet Alis in Ägypten, die bis 1952 herrschte, 1805 durch einen Albaner begründet wurde. Italiens Ministerpräsident Francesco Crispi (1819—1901), der für das nationalstaatliche Werden Italiens richtungweisend gewirkt hat, war ebenso albanischer Herkunft wie der eigenwillige titokom-

unistische Spitzenfunktionär Milovan Djilas („Die neue Klasse“). Angesehene Mediziner, Architekten, Kaufleute des Osmanenreiches, Westeuropas oder der USA entstammen ebenfalls albanischem Volkstum.

Das heutige kommunistische Staatswesen umfaßt nur etwas mehr als die Hälfte aller alba-

nischen Volkszugehörigen; die anderen leben vor allem in Jugoslawien, Italien, Griechenland, in der Türkei, in Westeuropa und in den USA. Bevor wir aber einen Blick auf die Geschichte der albanischen Nation werfen, seien einige Angaben zur Landes- und Wirtschaftskunde der Volksrepublik Albanien vorausgeschickt.

## II. Geographische Lage, Wirtschaft, Staat und Gesellschaft

### 1. Die geographische Schlüsselstellung Albaniens

Das Staatsgebiet in der Form eines unregelmäßigen Sechsecks hat eine maximale Nord-Süd-Achse von 340 km und eine Breite von 148 km. Albaniens Hoheitsgebiet umfaßt 28 748 km<sup>2</sup>. Von der gesamten Grenzlinie (1204 km) entfallen 476 km auf Jugoslawien und 256 km auf Griechenland. 472 km mißt die Seegrenze des Staates. Ein Drittel des Hoheitsgebietes weist eine durchschnittliche Höhe von 300 m über NN auf, die übrigen zwei Drittel haben Höhenlagen zwischen 300 und 2700 m. Neben großen Strömen (Drin — innerhalb Albaniens 281 km; Semani — 252 km; Vjosa — 238 km; Shkumbini — 146 km; Mati — 104 km, usw.), die fast alle im Lande selbst entspringen, besitzt Albanien etwa 150 Binnenseen, zum Teil in Grenzgebieten (Shkodra, Ohrid, Prespa). Lediglich der Drin wird zur Gewinnung von Elektrizität gestaut, so daß er in Zukunft auch schiffbar gemacht werden könnte. Albanien weist sehr unterschiedliche klimatische Zonen auf. An der Küste herrscht Mittelmeerklima vor; für die Berggegenden gelten weitaus niedrigere Temperaturen und kontinentale Verhältnisse. Demgemäß schwanken die durchschnittlichen Jahrestemperaturen zwischen 10° und 17,8°. Der jährliche Niederschlag verteilt sich sehr ungünstig auf das Winterhalbjahr; während ein bis drei Monaten gehen große Regenmengen nieder, die oft Überschwemmungen verursachen. Entwässerung und Bewässerung sind daher zur Sicherung der Ernte dringend notwendig.

45 % des Staatsgebietes sind von Wäldern bedeckt; der Holzreichtum gleicht dem Schwedens und Finnlands.

Albaniens Berge sind reich an *Bodenschätzen*. Bisher konnten mehr als 30 verschiedene me-

tallische und nichtmetallische Mineralien festgestellt bzw. gewonnen werden: Große Reserven von Erdöl und Erdgas wurden entdeckt; sie spielen auch für die Ausfuhrwirtschaft des Landes eine große Rolle. Die Vorkommen des seit fast einem Jahrhundert abgebauten, ausgezeichneten Asphalt sind nahezu erschöpft. Bis zu 7000 Kalorien weist die geförderte Kohle (Lignit) auf. Ferner ist Albanien eine der reichsten Fundstätten an qualitativ hochwertigem Chromerz, das bis zu 48 % reines Metall enthält. 1958 begann die Ausbeute von Eisen-nickel (60 % reines Eisen, 1—2 % Nickel und ein geringer Anteil Kobalt). Wie die beigegebene Wirtschaftskarte zeigt, nimmt Kupfer unter den Erzen eine besondere Stellung ein. Unter den Nichteisen-Metallen gibt es Vorkommen von Blei, Bauxit, Nickel, Gold, Silber, Magnesium, Quecksilber, Uran, Platin, ferner Gips, Schwefel, Arsenik usw.; Erze und Mineralien machen rund 50 % der albanischen Exporte aus.

Unter den Städten ist Tirana eine der jüngsten; 1923 zählte die Hauptstadt 10 845 Einwohner, 1938 waren es 25 000, heute sind es 170 000. Der Hafen Durrësi ist eine der ältesten Städte Europas, angelegt 627 vor Christus (alter Name: Epidamnus oder Dyrrachion) — ein Industriezentrum mit 53 000 Einwohnern. Shkodra, Korça, Vlora und Elbasani sind Zentren der beginnenden Industrialisierung des Landes, während Kruja, Berati oder Gjirokastra mehr als „Museen“ mittelalterlicher Architektur und muselmanischer Überlieferung anzusehen sind. Die Meerenge von Otranto (72,5 km) bezeichnet auch heute die strategische Bedeutung des „Sperrriegels“ Albanien, dessen Küstenbefestigungen und militärisch gesicherte Berggrenzen auch gegenwärtig noch den jahrhundertelangen Kampf der Nachbarn und Großmächte um die albanische Schlüsselstellung widerspiegeln.

## 2. Grundlagen der Wirtschaft

In der *Landwirtschaft* finden Getreidebau, die Kultur von Industriepflanzen, der Anbau subtropischer Pflanzen (sogar Bananen) sowie die Weidewirtschaft die besten Voraussetzungen. 53 % der landwirtschaftlichen Anbaufläche entfallen auf Getreidekulturen, vornehmlich Maisanbau, 10 % auf Obstbau; 34 % der Nutzfläche dienen der Viehzucht. Von wachsender Bedeutung sind technische Kulturen: Tabakkulturen werden im Gebiet von Shkodra und im Südosten Albaniens gepflanzt; Baumwolle wächst insbesondere auf den bewässerten Böden zwischen Durrësi und Vlora und bringt Ernten über 25 000 t. Holzproduktion und -verarbeitung sind im Flußtal des Drins und in Mittelalbanien (Laçi, Elbasani) konzentriert.

Die Leistung der *Energiewirtschaft* weist hohe Steigerungsgrade auf. 1968 übertraf die Stromerzeugung den Stand von 1950 um das sechs- und siebenfache. Bis 1971 sollen alle Dörfer elektrifiziert werden.

Die bestehenden Möglichkeiten für Jagd und Fischfang sind noch in keiner Weise genutzt.

Die Ernteerträge für Getreide liegen etwas über dem sowjetischen Durchschnitt (12,5 Doppelzentner pro Hektar). Besondere Mühe hat man nach 1945 auf die Anpflanzung von Hunderttausenden von Öl- und Citrusbäumen sowie auf die Entwicklung des Weinbaus (in dem islamischen Lande!) verwandt. Als besonders hoffnungsvoll bezeichnet man die systematische Sammlung von Heilpflanzen. Meliorationen, Entsumpfung von Küstengebieten, Bau eines einfachen Bewässerungssystems für die Hälfte des anbaufähigen Bodens, bessere fachliche Ausbildung der in der Landwirtschaft Beschäftigten — alle diese Projekte entspringen der Erkenntnis, daß eine noch so gesteigerte Industrialisierung die ausschlaggebende Bedeutung höherer landwirtschaftlicher Erträge für die Lebenshaltung nicht herabmindern kann.

Im bisherigen Wirtschaftsaufbau hat sich insbesondere die *Montanindustrie* als entwicklungsfähig erwiesen. Erfolgversprechend sind nicht bloß Erzgewinnung, sondern Buntmetallurgie, Erdölförderung und -verarbeitung, chemische Erzeugung und auch Holzindustrie. Zunächst sei auf die von englischer und italienischer Seite begonnene Erdölförderung mit ihren Nebenprodukten verwiesen (1968: 1 Mill. t Rohöl). Bitumen bildet heute ein wichtiges Ausfuhrkontingent, das in zwanzig Länder geliefert wird. Man verdankt es italienischen

Forschungen der Zwischenkriegszeit, daß die Reserven an Bodenschätzen erstmals verhältnismäßig genau bekanntgeworden sind; denn Italien beabsichtigte, die albanische Wirtschaft als Zulieferer von Erzen und Halbprodukten zu „integrieren“. Damals wurden die Vorkommen an Kupferpyrit und Kalkopyrit auf 55 Mill. t geschätzt (Förderung 1968: 285 000 t). Die Eisenchromlager sollen etwa 20 Mill. t ausmachen. Albanien förderte 1968 nach offiziellen Angaben 365 000 t Chromerz. Heute beziehen bereits acht Länder Chromerz aus Albanien. Die Eisennickel-Förderung erreichte 1967 405 000 t. Ebensowenig fehlt es an Kohlenflözen, deren Abbau z. T. Übertage erfolgt.

Im Unterschied zu den meisten übrigen Volkswirtschaften war der Anteil der *Schwerindustrie* an der gesamten Industrieerzeugung bis 1960 geringer als der der leichtindustriellen Sparten (darunter besonders Tabakverarbeitung und Konservenindustrie). Die Gruppe der Industriesparten „A“ (Schwerindustrie) erreichte jedoch 1967 bereits 54,8 %, während der Anteil der Gruppe „B“ (Leichtindustrie) nur noch 45,2 % betrug.

Die Transportlage Albaniens ist gegenwärtig angespannt. Ein Großteil der Güter- und Personenbeförderung erfolgt durch Kraftwagen. Insgesamt entfielen 1967 90,62 % der beförderten Güter auf den Straßenverkehr. Es gibt eine im Ausbau befindliche Automagistrale Shkodra—Durrësi—Tirana—Vlora mit einer Abzweigung nach Elbasani und Korça. Der Seetransport bewältigte 1,6 % des Gütervolumens. Auf die Eisenbahn entfielen 7,74 % der Personen- und Frachtbeförderung. Ausgebaute Strecken sind Durrësi—Tirana, Durrësi—Elbasani und Rrogoshina—Fieri (es bestehen 200 km Schienenwege; weitere Strecken werden von Jugendbrigaden allmählich fertiggestellt).

## 3. Staats- und Gesellschaftsordnung (1944 bis 1969)

Bereits am 24. Mai 1944 hatte ein Antifaschistischer Nationaler Befreiungskongreß mit 200 Abgeordneten in Permëti die Grundlagen der neuen Staatlichkeit Albaniens beschlossen. Im Herbst 1944 hatten Partisanenkräfte rund zwei Drittel des Staatsgebietes besetzt, so daß der Antifaschistische Nationale Befreiungsausschuß auf dem Kongreß von Berat am 22. Oktober 1944 seine Leitung in eine erste Provisorische Regierung Albaniens unter Enver Hoxha umwandeln konnte. Ein Jahr später, am 26. September 1945, beschloß der gleiche Antifaschistische Nationale Befreiungsausschuß

das Gesetz über die Verfassunggebende Versammlung, die nach dem ersten allgemeinen Wahlgang der Nachkriegszeit (2. Dezember 1945) am 10. Januar 1946 zusammentrat, um am nachfolgenden Tage die „Volksrepublik Albanien“ zu proklamieren.

Am 15. März 1946 erhielt Albanien eine neue Verfassung, die 1950 eng an die Stalinsche Verfassung des Jahres 1936 angepaßt wurde. Verglichen mit der jugoslawischen Verfassung sind die Bestimmungen über das Staatseigentum breiter gefaßt, die Stellung der Frau wird in Albanien Verfassung besonders nachdrücklich hervorgehoben. Zwischen 1945 und 1948 erfolgte die „Sozialisierung“ des Bodenbesitzes, der gewerblichen Unternehmen, der Banken und Versicherungsanstalten, der Viehherden und Olivenbaumbestände.

Das oberste Organ der Volksrepublik Albanien ist die für vier Jahre gewählte Volksversammlung (Einkammersystem), die das Präsidium der Volksversammlung wählt und die Regierung bildet — den Ministerrat. Nach diesem Schema ist auch die Albanische Partei der Arbeit (PPSh), die einzige Partei des Landes, organisiert, die die sogenannte Demokratische Front anleitet, die ihrerseits vor Wahlgängen alle gesellschaftlichen Massenorganisationen propagandistisch zusammenfaßt. Es gibt in Albanien 26 Verwaltungsbezirke.

Der Geburtenreichtum Albanien erklärt zu einem Teil die jahrhundertlange nationale Selbstbehauptung dieses „Volkes der Grenzen“. Mit einem hohen jährlichen Zuwachs (1967 = 35,3 ‰ Geburten, 8,4 ‰ Sterbefälle, natürlicher Zuwachs 26,9 ‰) erwartet man für das Jahr 1980 einen Bevölkerungsstand von über 2,4 Millionen. Für das Land, das heute eine Bevölkerungsdichte von 68 Menschen pro

Quadratkilometer aufweist, schätzt man für das Jahr 2000 im heutigen Staatsgebiet 3,6 Mill. Einwohner (= 125 pro Quadratkilometer).

Von den etwa 800 000 Erwerbstätigen arbeiten noch rund 58 ‰ auf Staats- und Genossenschaftsgütern. 27 ‰ sind als Arbeiter im Gewerbe oder in nichtlandwirtschaftlichen Betrieben tätig. Der Anteil der Angestellten beträgt etwa 11 ‰, der der Handwerker 2,7 ‰ und der der Kaufleute 0,3 ‰.

Wie schon erwähnt, beherbergt die Volksrepublik Albanien mit ihren zwei Millionen Staatsangehörigen höchstens die Hälfte aller Albaner. Schätzzahlen für die im Ausland lebenden Albaner lauten wie folgt: Griechenland 50 000, Türkei 70 000, Jugoslawien 1 000 000 bis 1 600 000, Italien 200 000, Rumänien 30 000 und in den USA 60 000.

Am 13. November 1967 wurden alle gesetzlichen Verfügungen und Garantien, die die Glaubensgemeinschaften Albanien betreffen, für ungültig erklärt. Diese ungewöhnliche „Lösung“ des religiösen Problems durch eine atheistische Diktatur hat rund 72,8 ‰ Einwohner mohammedanischen Bekenntnisses, 17,1 ‰ orthodoxe und 10,1 ‰ römisch-katholische Albaner schlagartig ihrer Gottesdiensträume, der Möglichkeit zum Religionsunterricht, der religiös-kirchlichen Fürsorge usw. beraubt. Sieht man von dem architektonischen Zerstörungswerk durch Umwandlung von Moscheen, Minaretten und Kirchen in Kulturhäuser, Lageräume und dergleichen ab, so ist damit in Europa erstmalig durch eine „Verwaltungsmaßnahme“ der Glaube „abgeschafft“ worden — zweifellos eine folgenreiche „Revolution von oben“, wie sie in anderen europäischen Volksdemokratien nur in der späten Stalinzeit der „Kirchenstürme“ denkbar gewesen wäre.

### III. Geschichte und Geschichtsmythos bis zur Neuzeit

Die Kleinnation der Albaner hat ein Jahrtausend hindurch überdauert. In ihnen lebt der zähe Trotz des Illyrertums fort; Epochen hindämmernder Lethargie und großpolitischer Bedeutung lösen einander ab. Anpassungsfähigkeit vereint sich im Shqipetarentum mit einem starken Widerstandsgeist, ottomanisch bedingte Rückständigkeit mit einem verblüffenden Neuerungsstreben; gütgnachbarliche Gesinnung schlägt im Leben des einzelnen und der gesamten Nation schnell zur abwehrbereiten

Igelstellung um: Immer aber ist es das gleiche Albanertum, dessen Sonderstellung auch die übrigen Balkanvölker anerkennen.

#### 1. Bestand und Überdauern bis zum ersten Türkeneinfall

Seit dem Neolithikum, dem 6. Jahrtausend vor Christus, läßt sich für den Raum des heutigen Albanien eine kontinuierliche Besiedelung nachweisen — mögen es nun die vorindoger-

manischen Pelasger oder später die indogermanischen Thraker und Illyrer gewesen sein, die hier sesshaft werden. Seit 627 v. Chr. werden griechische Pflanzstädte — wie überall am Gestade des Mittelmeers — gegründet. Die einheimischen Illyrer setzen sich gegen die makedonische Oberherrschaft Philipps II. und Alexanders des Großen zur Wehr. Den Römern gelingt es erst nach sechs Jahrzehnten, in immer neu aufflackernden Kämpfen Illyrien um 168 v. Chr. endgültig zu erobern. Neue Aufstände gefährden den Gewinn. Auch die Römerherrschaft vermag nur „als Retorte zur Einschmelzung und Umschmelzung der albanischen Eigenart“ zu dienen. Die Völkerwanderungszeit bringt den Durchzug der Westgoten, Hunnen und anderer. Von 851 bis 1018 steht das Land unter bulgarischer Oberhoheit.

Im Jahre 1081 landet der normannische König Robert Guiscard mit seiner Adriaflotte im Hafen von Durrësi. Zwischen 1204 und 1358 besteht in Gestalt des Despotats Epirus auf dem Gebiet des heutigen Albanien eine Art Vorläufer des derzeitigen Staatswesens. Karl Robert I. von Anjou, Bruder Ludwigs IX. von Frankreich, begründet 1272 das erste *Regnum Albaniae*. Byzantiner, Bulgaren, Venezianer und Serben üben in dem geopolitisch wichtigen Anrainergebiet wechselnd ihre Herrschaft aus, bis der erste Türkeneinfall (1385) den neuen Grundakkord des albanischen Schicksals für ein halbes Jahrtausend einleitet. Mit dem 1431 errichteten ersten türkischen Sandschak (Verwaltungsbezirk) machen sich die Osmanen auch die meisten albanischen Stammesfürsten untertänig. Zwei Jahrzehnte vor dem Fall Konstantinopels (1453) scheinen damit ethnische Behauptung und politischer Widerstand Albaniens besiegelt zu sein. In diesem Augenblick aber — angesichts kleinlichen Haders und verzweifelter Abwehrkämpfe im südlichen Europa — lehnt sich die unverbrauchte Kraft des Albanertums gegen die osmanische Expansion auf und gewinnt in der Gestalt Skanderbegs plötzlich gesamteuropäische Bedeutung.

## 2. Das Zeitalter Skanderbegs und die Nachära

Die Legende rankt manche Geschehnisse um den hünenhaften Kastriot, der vermutlich 1405 geboren wurde und vielleicht erst mit achtzehn Jahren zur Erziehung an den Hof von Adrianopel geschickt wurde. Der Jüngling Georg Kastriot wurde zwangsweise Muselmane, erhielt den Namen Iskinder (Alexander), erlernte gemeinsam mit zwei Brüdern am

Hofe des Sultans alle ritterlichen Tugenden eines Janitscharen. Bald erhielt er im Kriegsdienst den Rang eines Beg, so daß er für die Zeitgenossen Iskinder-Beg, das ist Skanderbeg, wurde. Der bis zur Verwegenheit kühne und kluge Anführer genoß das besondere Vertrauen des Sultans Murad II. (1421 bis 1451), der ihn 1438 zum Befehlshaber (Subashi) der den albanischen Sandschak beherrschenden Festung Kruja ernannte. Im Jahre 1443, also nach zwanzigjährigem Kriegsdienst unter dem Halbmond und als Mohammedaner, entschloß sich Skanderbeg plötzlich zum offenen Kampf gegen die Hohe Pforte. Der Sultan hatte ihn kurz vorher nach Dibra „strafversetzt“. Georg Kastriot trat öffentlich zum Christentum über und leistete ein Vierteljahrhundert lang erfolgreich Widerstand gegen die Unterwerfung seiner Heimat durch die Ungläubigen. Bereits 1450, nachdem er vorher im Zweifrontenkrieg gegen die Osmanen und Venedig standgehalten hatte, erwies sich der albanische Empörer bei der Verteidigung in und vor der Festung Kruja als überlegener Heerführer. Murad II. belagerte Kruja mit einem Massenheer. Georg Kastriot hatte 1500 Besatzungssoldaten im Inneren der Festung zurückgelassen und beunruhigte mit 8000 weiteren Gefolgsmännern die türkischen Belagerer durch Überfälle und Einbrüche so erfolgreich, daß der große Herrscher der Osmanen sich nach viereinhalbmonatiger Belagerung im Herbst 1450 zurückzog.

Als der ungarische Heerführer Johannes Hunyadi 1448 auf dem Amselfeld durch ein Heer der Osmanen eine Niederlage hinnehmen mußte, eilte Skanderbeg aus dem Süden herbei, um Hunyadi beizustehen. Er kam zu spät, weil er auf seinem Zug durch Serbien zuerst mehrere Festungen bezwingen mußte, in denen der Despot Georg Branković (1427—1456) den Vormarsch des albanischen Heeres aufzuhalten trachtete.

Skanderbeg war im April 1463 durch den Vertrag von Usküb zu einem Frieden mit Mehmed II. gelangt. Er selbst brach dann diesen Frieden einseitig, weil Papst Pius II., Venedig und Neapel zum Kreuzzug rüsteten und er als abendländischer Heerführer ausersehen war. Im August 1464 scheiterte der Plan. 1465 und 1466 wehrte Kruja neue Belagerungsstürme ab.

1468 versammelte Georg Kastriot Skanderbeg in Lezha die Stammesführer seines Volkes zu einer Beratung, um die 1444 begründete „Albanische Liga“ unter den Feudalen Albaniens zu

erneuern. Da ereilte ihn der Sumpffieber-Tod, kurz nachdem der Einbruch des Türkenheeres im Norden des Landes abgewehrt werden konnte.

„Große Zeiten sind niemals glückliche Zeiten gewesen!“ Das Wort Oswald Spenglers bestätigte sich in dieser 25 Jahre währenden Herrschaft Skanderbegs vielfältig: Streit, Auflehnung, Verrat unter den eigenen adeligen Gefolgsleuten; Versuche Serbiens und der Republik Venezia, sich der Häfen und der Küstenlandschaft Albaniens zu bemächtigen; Hungersnot, Seuchen — im Todesjahr des großen Skanderbeg war ein Drittel der Bevölkerung des heutigen Staatsgebietes ausgerottet.

### 3. Vom Paschalik zur unabhängigen Republik 1912

Die Leistung des „Athleten Christi“, wie Papst Paul II. Skanderbeg nannte, war nicht nur eine Episode, sondern bewahrte die Apenninhalbinsel und vielleicht das übrige Abendland vor der Überrennung durch die Osmanen. Fast ein Jahrhundert währte der hinhaltende Widerstand der albanischen Stämme. Im Jahre 1690 führte der Pascha von Peć die islamische Zwangsbekehrung im Lande fast lückenlos durch und verdrängte einen Teil der Bevölkerung in das damals schon von Shqipetaren bewohnte Gebiet von Kosovo-Metohia im heutigen Jugoslawien. Ein Jahr vorher, 1689, hatten sich die österreichischen Heere unter Graf Piccolomini bis Makedonien durchgekämpft, mußten sich jedoch nach dessen Tode fluchtartig zurückziehen. Vom 17. bis 19. Jahrhundert erfolgen zahlreiche Aufstände, bis mit dem Beginn des 20. Jahrhunderts ein neuer Befreiungskampf einsetzt, der 1912 mit der Gründung eines selbständigen Staatswesens endet.

Im Zeichen der Ära Napoleons I. erlangten zwei große Paschaliks in Albanien — Bushatli im Norden (1775—1831) und Ali Pascha im Süden (1788—1823) — zeitweilige Unabhängigkeit; dann aber folgte eine erneute Unselbständigkeit Albaniens bis zur türkischen Niederlage und zum Frieden von San Stefano (1878). Der Friedensvertrag von San Stefano sah bedeutende Gebietsverluste des albanischen Kerngebietes an balkanische Nationen vor. Der Berliner Kongreß 1878 sollte diese Zerreißung Albaniens bestätigen. Am 10. Juni 1878 wurde dann von Abgesandten aus den verschiedenen Volkstumsgebieten des Albanertums unter Pascha Iljaz von Dibra der Bund

von Prizren, die Lidhja ë Prizrendit „zum Schutze der Rechte des albanischen Volkes“, gegründet. In diesem Aufbruch von Prizren — heute innerhalb der Grenzen Jugoslawiens gelegen — kulminierte der albanische Freiheitskampf des 19. Jahrhunderts: Die albanische Kleinnation wehrte einige Gebietsverluste an die Nachbarn ab. Während der bewaffneten Fronde und mitten in den wiederkehrenden Aufständen mußten aber die Albaner der westlichen Balkanhalbinsel überhaupt erst die Grundvoraussetzungen der staatlichen Selbständigkeit und des nationalen Bestandes schaffen: Das religiös und krichlich zerrissene Volk bedurfte eines gemeinsamen Alphabetes, einer einheitlichen Schriftsprache, eines neuen Selbstbewußtseins. Zunächst gelang es von der Peripherie her — von Bukarest, Stambul, Athen, Alexandria und dank den bedeutenden albanischen Siedlungsgruppen auf Sizilien und in Süditalien —, die Fundamente für die politische und geistige Befreiung vom Osmanentum zu legen. Man wird rückblickend gerade das Ergebnis dieser Bemühungen und Kämpfe bis zum Kongreß von Manastir (Bitola) 1908 als ein geschichtliches Wunder unserer modernen Welt bezeichnen dürfen.

Zunächst galt es für das erwachende Albanertum, die Fesseln des „kranken Mannes am Bosphorus“ abzustreifen und nach Jahrhunderten wieder ein eigenes Staatswesen zu gründen. Das Ende des Ersten Balkankrieges bot die Gelegenheit zur raschen Tat: Im Spätherbst 1912 verließ Ismail Qemal Beg (1844 bis 1919) Konstantinopel und reiste zuerst nach Rumänien, das sich in diesem bewaffneten Konflikt neutral gehalten hatte. Mit der Vollmacht der Bukarester nationalalbanischen Vereinigung begab sich Ismail Qemal nach Wien, wo er dem dortigen Führungskreis der Nationalalbaner erstmals Mitteilung machte, daß sich Albaniens Volksvertreter nicht mehr mit der am 18. August 1912 durch die Hohe Pforte genehmigten nationalen Autonomie begnügen würden. Albaniens Volk wünsche seine volle, staatliche Unabhängigkeit. Der 68jährige Staatsmann eilte in die Heimat und leitete in Vlora jene Versammlung, deren Abgeordnete am 28. November 1912 die Eigenständigkeit Albaniens unter dem Präsidenten Ismail Qemal verkündeten. Damals hatten die Serben Tirana besetzt und bereiteten sich vor, Elbasani und Durrësi in ihre Gewalt zu bekommen. Die Truppen Montenegros bedrängten Shkodra, und griechische Kräfte bewegten sich von Himara in Richtung auf Vlora.

## IV. Das moderne Albanien bis zur faschistischen Besetzung

### 1. Das Ringen um die staatliche Unabhängigkeit bis 1924

Sehr bald nach der erneuten Staatsgründung wurde die Regierung Ismail Qemal durch die Botschafterkonferenz der Großmächte in London (1913) anerkannt, da Österreich-Ungarn und auch Kräfte in Italien die Eigenständigkeit Albaniens unterstützten. Unter Schwierigkeiten und diplomatischen Intrigen wurden die im allgemeinen noch heute gültigen Grenzen des albanischen Hoheitsgebietes festgelegt; Montenegro, Serbien und Griechenland erhielten dabei albanische Volkstumsgebiete, in denen beinahe die Hälfte der albanischen Kleinnation, geschlossen oder in Streusiedlungen, wohnte. Wechselseitige Mißgunst und Eifersucht der Nachbarn und Großmächte ermöglichten damals und heute die staatliche Souveränität Albaniens in einem ständig bedrohten labilen Gleichgewicht.

Eine Episode blieb vom 7. März bis 3. September 1914 die Regierung des Fürsten Prinz Wilhelm zu Wied-Neuwied. Das im Schatten der Großmächte und gemeinsam mit den maßgeblichen Feudalen errichtete Fürstentum umfaßte im August 1914 nur noch die Gebiete von Durrësi und Vlora. Ohne jede Hilfe, von Österreich-Ungarn im Stich gelassen, verließ der Prinz zu Wied am 3. September 1914 samt Regierung und wenigen Söldnern sein Fürstentum der sechs Monate. In dem neuen Staatswesen nahm sehr bald eine beherrschende, aber zwielichtige Stellung Esad Pascha Toptani ein, der sich am 2. Oktober 1914 zum provisorischen Regierungschef und Oberkommandierenden der albanischen Armee ausrufen ließ. Nach der Eroberung und Besetzung Albaniens durch Österreich flüchtete der serbienfreundliche Pascha im Januar 1916 mit seiner Regierung nach Korfu, später nach Frankreich.

Am 29. Juli 1913 hatten zwar die vier Großmächte die Unabhängigkeit Albaniens unter ihrer Garantie und Kontrolle beschlossen. Zwei Jahre später aber, am 26. April 1915, sah ein Geheimvertrag von London, geschlossen zwischen Italien, England, Frankreich und Rußland, eine Aufteilung des albanischen Staatsgebietes zwischen Italien, Montenegro, Serbien und Griechenland vor. Dieser Vertrag wurde auch nach dem Eintritt Italiens in den Ersten Weltkrieg geheimgehalten.

Bei Kriegsende meldeten sich sämtliche Anwärter auf albanische Staats- und Volksgebiete. Die Friedenskonferenz von Versailles entschied schließlich nach zehn Monaten des Feilschens, daß die drei Großmächte England, Frankreich und die USA am 9. Dezember 1919 ein Abkommen über Albanien treffen sollten. Gegen ein solches Abkommen, das die Zerreißung des Landes besiegelt hätte, erhob sich in Albanien ein einmütiger Protest. Der Kongreß von Lushnja, der vom 28. bis 31. Januar 1920 zusammentrat, setzte sich gegen diesen Aufteilungsplan zur Wehr, und ein bewaffneter Befreiungskampf erzwang schließlich die internationale Anerkennung des staatlichen Kerngebietes der Albaner. Entscheidend wurde das am 20. August 1920 in Tirana unterzeichnete Protokoll, auf Grund dessen Italien den Abzug seiner Truppen aus Albanien zusicherte, auf eine Besetzung von Vlora verzichtete und als Faustpfand lediglich die Insel Saseno zurückbehielt. Am 17. Dezember 1920 wurde Albanien Mitglied des Völkerbundes.

Der Erste Weltkrieg hatte durch Feindeinwirkung, Epidemien und Hunger fast ein Zehntel der Einwohnerzahl Albaniens gefordert. Die Kämpfe und Intrigen zur Wahrung der Eigenstaatlichkeit hatten das Land erschöpft. Dennoch entbrannten zwischen 1920 und 1925 Gruppenkämpfe und ein Führungsstreit, bis Ahmet Zogu fest im Sattel saß und sich immerhin bis zum Frühjahr 1939 zuerst als Innenminister und Chef des Heeres, dann als Ministerpräsident, Staatspräsident und König behaupten konnte. Bereits am 24. September 1922 erlangte Ahmet Zogu (1896—1961) seine erste Ministerpräsidentenschaft. Ein beiläufiges Ereignis im Jahre 1924 hätte ihn jedoch fast um die Frucht seiner Mühen gebracht. Der revolutionäre Student und Attentäter gegen Esad Pascha Toptani, Ravni Rustemi, hatte seine Tat vom 13. Juni 1920 in Paris nur um knappe vier Jahre überlebt: Auf ihn wurde am 20. April 1924 ein Anschlag verübt, angeblich auf Betreiben Zogus. Die Beerdigungsfeierlichkeiten für Rustemi lösten in Vlora am 1. Mai 1924 Unruhen aus, die Ahmed Zogu zur zeitweiligen Flucht nach Jugoslawien zwangen und am 16. Juni 1924 die Errichtung einer Regierung der „linken Mitte“ unter dem späteren orthodoxen Bischof Fan Noli ermöglichten, die von der heutigen kommunistischen Geschichtsschreibung Albaniens als „demokratisch“ anerkannt wird. Innerhalb von sechs Monaten schaffte diese Regierung innen- und

außenpolitische Ansätze, die vielfach erst nach dem Zweiten Weltkrieg fortgeführt wurden: Eine einschneidende Bodenreform, Erziehungs- und Schulpläne, Sozialversicherung standen auf der Tagesordnung — alles noch verfrüht und weder innen- noch außenpolitisch abgeschirmt. Albanien vereinbarte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der UdSSR. Allerdings mußte der Tiranaer Regierungschef kurz darauf den soeben eingetroffenen neuen Sowjetbotschafter (unter westeuropäischem Druck) bitten, das Land binnen 24 Stunden wieder zu verlassen. Unvergessen blieb jedoch damals und später, daß Lenin 1917 das Londoner Geheimabkommen von 1915 zwischen Italien und den Großmächten der Entente aufgedeckt und den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson zu einer Stellungnahme zugunsten Albanien veranlaßt hatte.

## 2. Ahmet Zogu und die Gleichgewichtspolitik zwischen den Großmächten

Das politische Glück ließ Fan S. Noli überraschend in Stich. Am 10. Dezember rückte Ahmet Zogu mit Söldnern aus Jugoslawien in Albanien ein und eroberte am 24. Dezember die Hauptstadt. Fan S. Noli und sein Anhang flohen. Ahmet Zogu wurde am 6. Januar 1925 Ministerpräsident, am 31. Januar 1925 Präsident der Republik und am 1. September 1928 König der Albaner. Es begann sein waghalsiges Spiel zwischen Rom, Belgrad und Athen. US-amerikanische Kapitalgeber, Öl- und Montangesellschaften Westeuropas, britische Berater der Gendarmerie und engere politische und wirtschaftliche Bindungen mit dem Italien Mussolinis seit dem 30. Januar 1925 bestimmten das allzeit schwankende Gleichgewicht des Staatshaushaltes, der Innenpolitik sowie der auswärtigen Beziehungen. Etwa 23 Prozent des staatlichen Hoheitsgebietes sollen damals durch Schürfkonzessionen, Förderlizenzen und Verpachtungen vorübergehend in ausländische Hände gelangt sein. Ahmet Zogu bemühte sich 1933, den italienischen Druck durch Vereinbarungen mit Jugoslawien und Frankreich zu lockern.

Dieser Condottiere Albanien hat in der Zwischenkriegszeit auch den staatspolitischen und verwaltungsmäßigen Anschluß des rückständigen Landes an europäische Verhältnisse vorbereitet: Ansätze eines modernen Schulwesens, eine Bodenreform im Jahre 1930, in deren Verlauf jedoch in dem spätfudalen Herrschaftsgefüge nur 5 % der Ländereien an Kleinbauern verteilt wurden, ein bürgerliches Gesetzbuch

und die erste Fassung eines modernen Straf- und Handelsrechtes.

## 3. Die faschistische Ära als Auftakt zum Zweiten Weltkrieg

Ahmet Zogu mußte mit der Ernennung Galeazzo Cianos zum Außenminister Mussolinis am 9. Juni 1936 mit einer „dynamischen“ Außenpolitik Italiens und seinem endgültigen Abgang rechnen. Ciano verschaffte sich während der Besprechungen in Belgrad vom 18. bis 23. Januar 1939 die Gewißheit, daß Jugoslawien einer italienischen Besetzung Albanien tatenlos zusehen werde. Am 7. April 1939, einem Karfreitag, landeten 35 000—40 000 Mann italienischer Truppen im Hafen von Durrësi. Fortan zielte die Politik Italiens auf eine fugenlose wirtschaftliche und kulturelle Einbeziehung des Albanertums in das kurzlebige Imperium Romanum Mussolinis.

Gewiß waren die imperialen, weißbleuchenden Regierungsbauten des *fascio* in Tirana, überdimensionale Plätze für Feiern und Aufmärsche sowie die italienischen Kapitalgesellschaften für die Shqipetaren keine Veranlassung, sich der italienischen Besatzungsmacht besonders verpflichtet zu fühlen. Dennoch haben die Italiener seit dem Ersten Weltkrieg bestimmte Voraussetzungen für die nach 1945 erfolgte Wirtschaftsplanung, für den Ausbau des Schulwesens und für eine wissenschaftliche und technische Planung geschaffen. Im nachhinein bleibt die Frage fast unerheblich, ob der italienische Kolonialismus dabei vorwiegend von reinem Machtdenken und Gewinnstreben geleitet war.

Konnte es anfangs scheinen, daß die faschistische Besetzung des Anrainerstaates der Adria bloß einen ersten Schritt für weitere Einflußnahmen auf dem Balkan bedeutete, so wandelte sich das Bild durch den Beginn des Zweiten Weltkrieges entscheidend. Italiens Krieg gegen Griechenland (28. Oktober 1940) und die ersten militärischen Mißerfolge der Italiener auf dem Balkan hatten einen großen Rückschlag für die Bevormundung Albanien durch Rom zur Folge. Vom 11. September 1943 bis zum November 1944 übernahm dann die Wehrmacht Hitlerdeutschlands die Besetzung des albanischen Staates. Wohlüberlegt verfügte damals die deutsche Besatzungsbehörde die Schaffung „Großalbanien“, das heißt den Übergang des Gebietes Kosovo-Metohia aus dem jugoslawischen in den albanischen Staatsverband. Nur so konnte es geschehen, daß

„lokale Verräter“ aus nationaler Überzeugung in die Regierungs- und Verwaltungsstellen des besetzten Landes eintraten, daß Tausende junger Albaner bis zum Jahresende 1944 für dieses Großalbanien rückhaltlos kämpften. Zwischen 1939 und dem 17. November 1944 — dem Tage

des Einzuges albanischer Partisaneneinheiten in Tirana — hatte sich jedenfalls erwiesen, daß auswärtige Mächte Albanien weder durch Wirtschaftshilfe und soziale Reformen noch durch militärische Gewalt auf die Dauer annectieren konnten.

## V. Wendepunkte im Zweiten Weltkrieg und die Zusammenarbeit mit Belgrad

### 1. Vom Partisanenmythos zum Beginn der kommunistischen Staatlichkeit

Wie der Erste Weltkrieg, so bedeutete auch die zweite weltweite Auseinandersetzung des 20. Jahrhunderts für die „Söhne des Adlers“ eine große Wende. Wie stets, glichen dabei die führende Schicht und das Volk Albaniens dem Getreidekorn zwischen den Mühlsteinen. Welche Voraussetzungen aber brachte diese dünne Schicht der Gebildeten und Halbgebildeten für die neue Zeit unter Hammer und Sichel, für den proletarischen Internationalismus mit?

Die Mehrzahl der *jungen Intelligenz* der Zwischenkriegszeit war in Wien, Rom oder Paris ausgebildet worden. Von achtzehn jungen Albanern, die ihre Fortbildung in Moskau gesucht hatten, blieben höchstens zwei übrig, die das schwierige Unternehmen der kommunistischen Gruppenbildung in der Heimat in Angriff nehmen wollten. Der Freundeskreis um Fan S. Noli hatte am 25. März 1925 in Wien das Komiteti nacional revolucionar = „Konare“ gegründet. Der zunehmende Linksdrall dieser Gruppe verursachte eine Spaltung; die linksgerichteten Elemente fanden in der UdSSR und vor allem in Frankreich Rückhalt. Ali Kelmendi kehrte 1930 aus Moskau in die Heimat zurück und betätigte sich im politischen Untergrund Mittelalbaniens. Die eigentliche „preußische“ Bildungszelle der albanischen KP wurde indessen Korça, wo sich 1929 bzw. 1934 eine erste Gruppe albanischer Kommunisten organisierte. 1938 erschien in Korça ein illegales Organ „Perpara“ (Vorwärts), daneben gab es nur noch eine einzige unbedeutende und kurzlebige Zeitschrift der extremen Linken. Shkodra und Tirana bildeten 1938 weitere revolutionäre Zellen.

Es wäre völlig verkehrt und legendär, diesen frühen Prozeß als klare Willensbekundung einer geeinten kommunistischen Auslese anzusehen. Die 1935 bis 1937 für Westeuropa ausgegebene Volksfrontparole Moskaus stiftete bei

diesen wenigen linksgerichteten Intellektuellen und Gewerkschaftern ebenso Verwirrung wie im Frühjahr 1939 die offen einsetzende Faschisierung des Landes durch Italien. Nicht zuletzt wurde aber im Zweiten Weltkrieg zwischen 1943 und 1944 „Großalbanien“ die harte Belastungsprobe des proletarischen Internationalismus der wenigen Kommunisten Albaniens.

Vom 4. bis 8. November 1941 war es den Funktionären der jugoslawischen KP Miladin Popović und Dušan Mugoša geglückt, die offizielle Bildung einer einheitlichen Kommunistischen Partei Albaniens durchzusetzen. Zu diesem Zweck hatte man nicht die Anführer dieser Gruppen mit ihren Ansprüchen und Streitpunkten eingeladen, sondern gewöhnliche Mitglieder. Die beiden Vertreter der Gruppe Korça hießen Hoxha und Peristeri. Der junge, anpassungsfähige und mit einer großartigen politischen Witterung begabte Enver Hoxha wurde so am 8. November 1941 auch Erster Provisorischer Sekretär der KP Albaniens. Er sollte seither als „Talleyrand des Balkankommunismus“ die Geschicke seiner Partei unablässig und maßgebend mitbestimmen.

Der als Sohn eines Tuchhändlers am 16. Oktober 1908 in dem überlieferungsreichen Gjirokastra geborene Führer der PPSH, der Partei der Arbeit Albaniens, zeichnet sich bis in die unmittelbare Gegenwart durch einige Besonderheiten aus: Zum Unterschied von den übrigen ostmitteleuropäischen Spitzenfunktionären ist er als Mittelschullehrer Angehöriger der Intelligenz Albaniens. Seit 1941 kann man ihn als einzigen Partei- und Staatsführer bezeichnen, dessen Lebensweg mit der Entwicklung der KP Albaniens weithin identisch ist. Begreiflicherweise haben die Auseinandersetzungen Tiranas mit Nachbarn und Großmächten auch den Charakter und das Verhalten des heute 61jährigen geprägt. Die jeweiligen Feinde und Gegner innerhalb und außerhalb der PPSH haben immer wieder versucht, den

„Genossen Enver“ als „rücksichtslosen Ehrgeizling“ oder „kaltblütigen Säuberer“ anzuklagen, der im Laufe von fast drei Jahrzehnten rund siebzig namhafte Parteigenossen, Staatsbeamte und Militärs absetzen ließ. Tatsache ist jedenfalls, daß Hoxha unter schwierigsten Verhältnissen „erster Mann“ der Volksdemokratie geblieben ist — liebenswürdig im Auftreten, landesväterlich ermahmend, kein Mann des raschen Zornes, der übereilten Frontstellung, eher die Strategie des Abwartens ühend, doch dann schnell und gründlich im Zuschlagen. G. F. Achminow kennzeichnete 1963 in einer Analyse der sowjetischen Albanienpolitik den KP-Chef Albaniens wie folgt: „Nun ist die Beurteilung des Charakters regierender Persönlichkeiten eine komplizierte Sache. Enver Hoxha ist gewiß kein Engel. Doch liegt die absolute Zahl der politischen Morde an seinen Mitarbeitern (es dürfte sich um einige Dutzende handeln) unter dem ‚normalen Durchschnitt‘ eines regierenden Kommunistenführers.“

Heute wird neben Hoxha am meisten Ministerpräsident Mehmet Shehu (geb. 1913), der gelernte Soldat und Mann der zupackenden Tat, genannt: Sohn eines mohammedanischen Priesters und einer der militärischen Führer der KP Albaniens von 1941 bis 1944. Nach 1954 übernahm er von Enver Hoxha das Ministerpräsidium. Trotz früherer und späterer Nebenbuhlerschaft hat vor allem das Jahr 1961 — der Bruch Moskaus mit Tirana — die beiden Spitzenfunktionäre enger zusammengefügt.

Es gab in Albanien von Anbeginn nichtkommunistische Widerstandsgruppen, die bis 1944 zeitweilig große Unterstützung in der bäuerlichen Bevölkerung fanden: die demokratische Gruppierung „Balli Kombëtar“ (Nationale Front) und seit 1943 die zogutreue „Legalitet“. Demgegenüber vertrat die kommunistisch geführte „Nationale Befreiungsfront“ eine doppelte Taktik: den Volksfrontgedanken des antifaschistischen Widerstands und den Aufbau einer eigenen kommunistischen Befreiungsarmee nach jugoslawischem und sowjetischem Vorbild. Im Frühjahr 1941 bildeten die Kommunisten Albaniens ihre ersten bewaffneten Widerstandsgruppen von 50 bis 70 Mann, am 15. August 1943 entstand — immer unter titoistischer Betreuung — die erste albanische Brigade. Ein Versuch, am 1. und 2. August 1943 in Mukaj zwischen den Richtungsgruppen des albanischen Widerstandes eine tragfähige Vereinbarung zu schaffen, scheiterte am Einspruch des damaligen jugoslawi-

schen Partisanengenerals Vukmanović-Tempo. Auslösende Ursache dieses Widerrufs war die Zustimmung des albanischen KP-Vertreters Ymer Dishnica zur großalbanischen Idee gewesen, zum Anschluß der jugoslawischen Region Kosovo-Metohia an das albanische Mutterland. Seit Mukaj und bis zum Bruch zwischen Belgrad und Moskau 1948 wurde die Frage Kosovo-Metohia durch die KP-Führung in Tirana nicht mehr aufgeworfen.

Zusammenfassend läßt sich über die Rolle der KP Albaniens feststellen: Die jugoslawische und britische Unterstützung der kommunistischen Partisanen, die italienische Niederlage und das Ende des Zweiten Weltkrieges boten einer aktiven und entschlossenen Gruppe junger Kommunisten oder Linkspolitiker Albaniens die endgültige große Chance der Machtübernahme und der politischen Elitebildung — zunächst freilich unter spürbarer Vormundschaft der Belgrader Genossen.

Für die KP Albaniens wurden — ähnlich wie in Jugoslawien — Widerstand und Partisanenzugehörigkeit das Ferment der neuen Führungsschicht. Mythos und Wirklichkeit sind dabei nicht immer voneinander zu trennen.

Die albanischen Kommunisten stellen die durch Titos Beauftragte geprägte *jugoslawische Ära* Albaniens etwa so dar: Nach der Besetzung des Landes durch die jugoslawisch-albanischen Partisaneneinheiten seit 1944 hätten die Belgrader Beauftragten zunächst die — zum Teil reichlichen — Warenvorräte Albaniens gegen bald darauf entwertetes Geld eingekauft. Die Preise im Warenverkehr zwischen beiden Ländern seien von Belgrad zuungunsten Tiranas „diktiert“ worden. Die „Gemischten albanisch-jugoslawischen Gesellschaften“ hätten dem gleichen Ziel der Ausbeutung gedient wie die Gemischten Gesellschaften der UdSSR in Rumänien, Ungarn usw. Die jugoslawische Beratung der KP Albaniens sei in eine immer unerträglichere Gängelei ausgeartet. Mehr noch: Der Vertrauensmann Koçi Xoxe habe den Anschluß Albaniens als siebentes „Bundesland“ an Jugoslawien betrieben und dagegen aufbegehrende KP-Genossen abgesetzt, liquidiert, in den Tod getrieben. Titos Revisionismus sei auslösende Ursache für die Entfremdung und Verfeindung der beiden Bruderparteien geworden.

Zum besseren Verständnis der Gesamtentwicklung innerhalb der PPSH seit 1944 müssen einige Säuberungsvorgänge erwähnt werden. Der Wortführer der Belgrader KP-Hierarchie, Koçi Xoxe, mißbrauchte zweifellos

seine Stellung und begann seit Oktober 1944 mit der Verdrängung mißliebiger Genossen, darunter auch des Mehmet Shehu und der führenden Kommunistin Liri Belishova. Noch im November 1947 sah sich deren erster Gatte Nako Spiru als Planungsminister in einer ausweglosen Lage, weil er gegen titoistische Bevormundung aufgetreten war — und beging Selbstmord. Während dieser Zeit zeichnete sich Enver Hoxha durch Nachgiebigkeit, Selbstkritik und Abwarten aus. Tatsächlich aber rettete im letzten Augenblick nur der offene Bruch zwischen Moskau und Belgrad Ende Juni 1948 Hoxha, Shehu und einigen anderen den Kopf. Nunmehr ließ das Schicksal den unerbittlich zuschlagenden Titoisten Xoxe im Stich. Er wurde des Verrates und der Abweichung angeklagt, am 11. Juni 1949 verurteilt und am gleichen Tage hingerichtet.

Zwischen Herbst 1948 und März 1952 wurden aus der PPSH 5594 Funktionäre, Mitglieder und Anwärter ausgeschlossen — immerhin über ein Zehntel der gesamten KP Albanien. Bis 1963 folgten zahlreiche innere Auseinandersetzungen, Ausschlüsse, Verhaftungen und öffentliche Verfahren mit harten Urteilen. Nicht jedesmal behauptete die Anklage konspirative Bindungen zu den Belgrader Titoisten, später zu den Moskauer Chruschtschowisten oder gar zu Washington. Manchmal entschieden auch Unfähigkeit der Betroffenen oder persönliche Gegensätze.

## 2. „Uneigennützig sowjetische Hilfe“ nach dem Bruch Belgrad — Tirana

Im Herbst 1947 reiste Enver Hoxha als der unbekannteste KP-Führer einer winzigen Volksrepublik nach Moskau und wurde erstmals Stalin persönlich vorgestellt. Zwölf Jahre später sollte die ganze Welt den Rebellen gegen Moskau kennen, der sich mit unglaublicher Gewandtheit in einer abhängigen und schwierigen Lage eine „Igelstellung“ an der Adria errichtet hatte. Von Anbeginn standen die sowjetisch-albanischen Beziehungen unter einem verhältnismäßig günstigen Vorzeichen: Bereits 1949 bestritt der Kreml 38 % der albanischen Staatseinkünfte. Im Laufe von elf Jahren steigerten sich Anleihen, Schuldennachlaß, Geschenke (sowjetischen Angaben zufolge) auf fast 400 Millionen US-Dollar Gegenwert. Moskau verzichtete auf Gemischte Gesellschaften und stellte eine große Anzahl Berater zur Verfügung, die für die Staatsverwaltung, für den Ausbau der Partei, der Gewerkschaften, für den Planungsapparat Alba-

niens lange Zeit über ihren Abzug hinaus richtungweisend blieben. Auch nach dem offenen Bruch zwischen Moskau und Tirana im Jahre 1961 war die Verständigungssprache zwischen den albanischen Genossen und den chinesischen Beratern noch lange das Russische.

Die sowjetische Parteiführung hat die Zustände in Albanien nachträglich gerügt, auf „selbstlose Hilfen der UdSSR“ beim Aufbau der Staatswirtschaft hingewiesen, die Gesetzlosigkeit im Lande sowie den „Undank“ der Gruppe um Enver Hoxha gebrandmarkt. Von albanischer Seite dagegen ließ sich unter anderem folgendes vernehmen: Der Botschafter und die Berater aus der Sowjetunion traten als die Herren des Landes auf und ließen es immer wieder an Achtung gegenüber den albanischen Genossen fehlen. Ein sowjetischer Berater erhielt monatlich 80 000 (alte) Lek (= 6400 DM), während das Staatsoberhaupt Haxhi Lleshi mit einem offiziellen Aufwand von monatlich 60 000 Lek ausgestattet war. Ein sowjetischer Mechaniker erhielt mit 16 000 Lek den vier- bis fünffachen Monatslohn seines albanischen Fachkollegen. Albanien mußte seine Warenlieferungen in die UdSSR zu Preisen abwickeln, die um 30 % bis 45 % unter dem Weltmarktniveau lagen. Die Ausbildung zahlreicher junger Albaner in den Ländern des Sowjetblocks erfolgte nicht unentgeltlich. Tirana mußte für seinen fachlichen Nachwuchs und die Studenten in Moskau, Prag usw. hohe Beträge bezahlen.

## 3. Rebellion gegen das sowjetsozialistische Lager

Das bisher erregendste Kapitel der Parteigeschichte der PPSH ist zweifellos die seit dem XXII. Parteikongreß der KPdSU in Moskau (17.—31. Oktober 1961) datierende offene Feindschaft der kommunistischen Führungsgruppe Albanien gegenüber dem Kreml. Man wird dabei an das Hungerjahr 1960 in Albanien zu denken haben, aber auch an die seit 1959 ständig wachsende Gunst Pekings, die dem Geltungsstreben der kleinen Volksrepublik an der Adria zweifellos sehr entgegenkam. Schätzungsweise hat bis jetzt die Volksrepublik China dem kommunistischen Albanien knapp 500 Millionen US-Dollar in Waren und Devisen zur Verfügung gestellt hat. Denn stets begann die Freundschaft einer Großmacht zum Berg- und Küstenland Albanien mit Hilfsversprechen, mit der Förderung und Ausbildung der landeseigenen Fachkräfte und Führungs-

organe. Die rotchinesischen Berater haben seit 1961 einige krasse Fehler ihrer Vorgänger im Amt unterlassen und demonstrieren Zurückgezogenheit und bescheidenes Auftreten, verlangen kein überhöhtes Arbeitsentgelt, keine Sonderläden und verursachen kein unliebsames Aufsehen durch den Ankauf von Juwelen und Gold im ganzen Land. Es ist ein sachlicher Stil, der den einheimischen Technikern und Arbeitern vieles abfordert. Gleichwohl geht man kaum fehl in der Annahme, daß das seit 1966 im ganzen Lande für den vierten Fünfjahrplan (1966 bis 1970) verbreitete Schlagwort „Alles aus eigener Kraft!“ die — zwangsläufige — Begrenztheit der Hilfe Pekings für Tirana mit zur Ursache hat.

Die rotchinesischen Berater haben die Abkapselung der PPSH gegenüber vielen Bruderparteien innerhalb und außerhalb des Sowjetblocks verstärkt. Man darf es als eine Art Ausgleich bezeichnen, wenn etwa beim V. Kongreß der PPSH (1. bis 8. November 1966) von 27 Auslandsabordnungen, die in Tirana ein „Gipfeltreffen“ der „Marxisten-Leninisten“ veranstalteten, 21 als prochinesisch zu bezeichnen waren. Die Delegierten des Sowjetblocks fehlten, mit Ausnahme einer Bukarester Delegation.

Fraglos kam der harte Kurs Pekings innerhalb des Weltkommunismus der Entschlossenheit der KP-Führung Tiranas entgegen, sich selbst innerhalb des Landes sowie die Albanische Volksrepublik gegenüber ausländischer Gefährdung zu behaupten. Seit dem sogenannten „Offenen Brief“ der PPSH vom 6. März 1966 richtete sich die Partei- und Staatspolitik nach der „Großen Proletarischen Kulturrevolution“ Chinas aus: Führende Parteifunktionäre wurden aus der Hauptstadt in die Provinz, aus den Landstädten in entfernte Dörfer versetzt. 15 000 Beamte des staatlichen „Apparates“ mußten ausscheiden, militärische Ränge wurden abgeschafft. Nach einer Ansprache Enver

Hoxhas am 6. Februar 1967 folgte die zweite Welle der zentral durch die Parteihierarchie gesteuerten „Kulturrevolution“ albanischer Observanz: Die Jugend trat kritisch, demonstrierend und mit ungezählten freiwilligen Arbeitseinsätzen und Verpflichtungen in Aktion. Wie stets richtete sich auch dieser weltanschauliche Feldzug der PPSH gleichzeitig gegen mehrere offene und versteckte Feinde, sowohl von „rechts“ wie von „links“: Eine Dezentralisierung und Entlastung der überbesetzten „Apparate“ sollte durch verbesserte Qualifizierung und höhere Gewissenhaftigkeit der verbleibenden Funktionäre ermöglicht werden, die überdies auf „überhöhte“ Lohnsätze zu verzichten hatten. Der so angefeuerte Klassenkampf in Albanien sollte insbesondere die Landwirtschaft revolutionieren, überflüssige Arbeitskräfte freisetzen und die religiösen und idealistischen „Vorurteile“ im Staat endgültig beseitigen. Daneben blieb man bestrebt, die Stellung der Frau in der Gesellschaft zu verbessern und „Intellektualismus“ und jede Andeutung einer Technokratie erbarmungslos zu bekämpfen. Der unbedingte Vorrang der PPSH sollte in sämtlichen Bereichen die „Wachablösung“ durch die jungen und jüngsten Manager gewährleisten. Andererseits beklagte ein Bericht des Politbüros vor dem 6. ZK-Plenum (September 1968): „Manche Kader der Verwaltung, einschließlich der Zentralverwaltung, interessieren sich mehr für kleine technische Details, Schrauben und Nägel, als für die Lebensweise der Arbeiter, für Probleme, die die Werktätigen beunruhigen.“

Im Blick auf die innere Entwicklung der Partei gewinnt man jedenfalls seit 1959 den Eindruck einer anhaltenden Hochspannung, einer permanenten Revolution wie in der VR China. Vermögen diese Kader, vermag die große Zahl der eingesetzten Albaner unter diesen Umständen auf längere Sicht durchzuhalten — selbst wenn es eben Shqipetaren, „Söhne des Adlers“ sind?

## VI. Planpolitik und Wirtschaftsaufbau der Volksrepublik Albanien

### 1. Leistungen des wirtschaftlichen Aufbaues seit 1944

Die wechsellvollen Beziehungen der albanischen Staatswirtschaft zu den kommunistischen Partnern spiegeln sich auch in der Kreditgewährung, in den Außenhandelsumsätzen und in der Preisgestaltung für Lieferungen und Gegenlieferungen deutlich wider. Vor allem

aber wurde die Abhängigkeit von den Auslandsmärkten und sozialistischen Lieferanleihen dem Lande fast zum Verhängnis, als der Abzug der titoistischen und sowjetischen Beraterstäbe 1948 und 1961 ebenso einschneidend wirkte wie der plötzliche Entzug oder die Verzögerung von Krediten oder zugesagter technischer Ausrüstung. Die Erklärung dafür, daß

der Wirtschaftsapparat angesichts plötzlich fehlender Fachleute, Ersatzteile, Austauschmaterialien oder Teilinstallationen nicht einfach zusammenbrach, liegt vor allem in der einfachen, noch wenig differenzierten Wirtschaftsstruktur Albanien.

Es gibt allerdings eine weitere Erklärung dafür, daß der staatliche Planapparat sich nach dem Bruch Tiranas mit Moskau wieder einpendeln konnte: Während Jugoslawien 1948 — wirtschaftlich durch den Kreml im Stich gelassen — seinerseits Albanien beinahe schlagartig jede Hilfe entzog, spielte sich die parteipolitische „Wachablösung“ zwischen Moskau und Peking 1960/61 für Albanien wirtschaftspolitisch etwas günstiger ab. Gewiß, man sprach damals in Tirana mit einer gewissen Berechtigung von einem „Wirtschaftsboykott“ durch die Sowjets sowie von einer kulturellen Abschnürung. Im wesentlichen aber wurden die Handelsabkommen der VR Albanien mit den übrigen Comecon-Partnern erneuert; deren Anleihehilfen freilich fehlten seither. Doch wurden die Preise beiderseits dem westlichen Weltmarktniveau angeglichen. Gemeinsame Comecon-Projekte zerschlugen sich. So sollten zum Beispiel Aufbereitung und Barrenverarbeitung des Eisen-Nickelerzes durch Kooperation mit einem entsprechenden Werk der Hüttenindustrie in der Slowakei gekoppelt werden. Moderne Raffinerieanlagen und Erdölausrüstungen wurden z. T. vereinbarungswidrig nicht geliefert. Verschiedentlich konnten die albanischen Fachleute sogar nachweisen, daß einzelne Comecon-Partner an die Volksrepublik Albanien zwar auf Kredit, dafür aber Ausschußwaren geliefert hatten. Monatelang dauerte beispielsweise der Streit um ein von der DDR geliefertes Werk für die Herstellung von Fischkonserven. Der Ost-Berliner Parteichef Ulbricht verzichtete voll Ärger auf die Bezahlung dieser in unzulänglichem Zustand verkauften Fabrik, die in albanischen Konservenlieferungen erfolgen sollte.

Erst vor diesem außenwirtschaftlichen und außenpolitischen Hintergrund läßt sich die eigene Leistung bei der Industrialisierung und der landwirtschaftlichen Erzeugung richtig einschätzen. Man wird dabei die überhöhten Steigerungsraten zwischen 1938 und 1968/69 der sprunghaften Aufwärtsentwicklung eines Entwicklungsgebietes zuzuschreiben haben: 1968 verzeichnete man auf dem Industriesektor eine 52,5fache Produktionssteigerung verglichen mit dem Vorkriegs-

jahr 1938. Um die Größenordnung der albanischen Anstrengungen anzudeuten, sei jedoch festgestellt, daß die gesteigerte volkswirtschaftliche Leistung von 1968 mit ihrer gesamten Kapazität nur etwa 1 1/2 % des jährlichen Brutto-Sozialprodukts der Bundesrepublik Deutschland entspricht. Seit 1966, dem Beginn der vierten Planperiode, fällt die Überbetonung des schwerindustriellen Sektors (Gruppe „A“) gegenüber der Leichtindustrie (Gruppe „B“) auf. Allerdings haben sich die jährlich projektierten Zuwachsraten der Gruppen „A“ und „B“ von 1951 auf 1965 von 19,9 % bzw. 24,6 % auf 7,1 % und 6,5 % verringert. Man wird erst ab 1971 mit einem schwerindustriellen Übergewicht rechnen können, das sich dann mit den Statistiken und dem Reifegrad der auf dem Balkan benachbarten staatskollektiven Wirtschaftsgebiete vergleichen läßt. Die tatsächlichen Entfaltungsmöglichkeiten können durch die z. T. nicht vergleichbaren Daten der Statistischen Jahrbücher seit 1957 bloß angedeutet werden. Bis 1970 sollte sich z. B. in der Montanindustrie folgende Aufwärtsbewegung, verglichen mit 1965, vollziehen: Rohöl +61 %, Erdgas +500 %, Chromerzförderung +19—21 %, Lignit +80—82 %, Kupfererz +147—151 %. Besonders die Förderung von Chromerz und Kupfer bildet eine Schwerpunktaufgabe der Periode von 1966 bis 1970. Das Problem der *Stromerzeugung* will man bis zum Jahresende 1970 in der Weise lösen, daß bezogen auf das Vergleichsjahr 1965 die Stromerzeugung um 130 % angestiegen sein soll. Gleichzeitig wird eine Zunahme des Industrieausstoßes von nur 51 % bis 54 % eingeplant.

Die Gesamtsituation beleuchtet jedoch eine Ansprache Enver Hoxhas vor dem III. ZK-Plenum der PPSH im Oktober 1967 („Zeri i Populit“ v. 21. 10. 1967): „Bezüglich der Maschinenproduktion stecken wir noch gewissermaßen in den Kinderschuhen. Mit unseren eigenen Möglichkeiten haben wir kleine Betriebe zu errichten begonnen, produzieren einige komplexe Landmaschinen, doch wollen wir dabei nicht stehen bleiben. Die Entwicklung unserer sozialistischen Wirtschaft hat uns neue Möglichkeiten und Aussichten erschlossen, die innerhalb einer nicht allzulangen Periode völlig realisierbar sein werden.“

Für ein kleines und armes Land erscheinen all diese Pläne und Planungen kostspielig. Schwankende Ernteergebnisse oder ein so folgenschweres Erdbeben wie jenes vom 30. November 1967 werden noch für längere

Zeitabschnitte Erfüllung und Nichterfüllung der Pläne beeinflussen. Tatsächlich zeigt Albanien, verglichen mit Nachbarländern oder gar westlichen Agrargebieten, immer noch einen beträchtlichen Leistungsrückstand.

Das Albanien der Nachkriegszeit hat verhältnismäßig spät begonnen, sich auf marktwirtschaftlich orientierte Kunden einzustellen und über bilaterale Tauschgeschäfte etwa Ergänzungskäufe für seine technischen Anlagen zu tätigen. Trotzdem bleibt zu hoffen, daß der kleine Markt diesen Anschluß gewinnt. Am Beispiel anderer europäischer Volksdemokratien hat es sich schließlich längst erwiesen, daß Geschäft und politische Führungsordnung im Verkehr zwischen West und Ost sehr deutlich zu trennen sind.

## 2. Planungs- und Produktionsprobleme 1970—1975

Das Jahr 1969 wird laut Statistik eine Leistungssteigerung der Planwirtschaft von fast 16 % gegenüber 1968 erzielen — anstelle der ursprünglich eingesetzten Zuwachsrate von 8 %. Die landwirtschaftliche Ertragssteigerung liegt gegenüber dem Vorjahr um 22 % höher. Alles in allem wollte man einen überzeugenden Endspurt vor dem Beginn der 5. Planperiode (1971—1975) vorlegen und die Planziele für 1970 bereits ein Jahr vorher verwirklichen.

Welche Aussichten bietet volkswirtschaftlich das 5. Planjahr fünf? Das am 20. November 1968 getroffene *Abkommen zwischen der VR China und Albanien* über umfassende Anleihehilfen, Lieferzusagen und sonstige Hilfen Pekings dürfte erstmals nüchterne Perspektiven für eine großgewerbliche Investitionstätigkeit bieten. Albanien erhält einen zinslosen Kredit für 30 vorrangige Industrieprojekte. Zu diesen Vorhaben zählt der Bau eines Metallkombinats mit einer Verarbeitungskapazität von 800 000 t Eisennickel und 250 000 t Stahl pro Jahr. Gestützt auf große Kupfervorkommen, soll z. B. eine Anreicherungsanlage in Reps (Mirditha) ihre Kapazität verdoppeln; ebenso ist ein großer Schmelz- und Raffinadebetrieb für Kupfer mit modernen Verfahren eingeplant. Eine Chromanreicherungsanlage in Bulqiza soll noch während der 5. Planperiode Konzentrate mit über 50 % Chrom für die Ausfuhr bereitstellen. Moderne Abbauethoden für große Kohlenlager im Distrikt Tirana werden eingeführt. Die beachtlichen Vorkommen an Phosphaten und Asbest sollen

in der neuen Chemiesparte industriell genutzt werden. Der Ausbau und die Modernisierung bestehender Erdölverarbeitungsanlagen soll die qualitativ hochwertige Verarbeitung von einer Mill. t Rohöl jährlich ermöglichen. Erstmals wird die Erzeugung von Polychlorvinyl, kaustischer Soda und Schwefelchlorid aufgenommen. Außerdem soll ab Mitte der siebziger Jahre der Papierverbrauch aus der Produktion im Lande selbst gedeckt werden. Die bestehenden Reparaturwerkstätten für landwirtschaftliche Traktoren und die Herstellung von Ersatzteilen will man bis zur vollen Befriedigung des wachsenden Bedarfes steigern. Auf dem Energiesektor soll das Wasserkraftwerk Firza am Drin mit einer 150 Meter hohen Sperrmauer bis 1975 eine Leistung von 400 000 kW erbringen — und damit die 1968 verfügbare Stromenergie von 714 000 kWh beachtlich erhöhen.

Der geringe Aussagewert der offiziellen Statistik hinsichtlich der Leistungen der Pflanzen- und Viehzucht könnte auf einige noch bestehende „Engpässe“ der Landwirtschaft hindeuten. Unter den gegebenen Umständen dürfte der Bau zweier Kunstdüngerfabriken in Mittelalbanien von außerordentlicher Bedeutung sein, wenn man an die gegenwärtig bescheidenen Hektarerträge (12—14,5 dz) und die Absicht der Staatsplaner denkt, die Ackerfläche von 449 400 ha (1965) bis zum Jahre 1970 auf 538 400 ha zu erweitern. Wie in jeder kollektivistischen Wirtschaft bildet die Viehhaltung (besonders von Großvieh) ein besonderes Problem. Albaniens Landwirtschaft befindet sich mit ihren angelaufenen Meliorationsvorhaben, mit der Einführung neuer Kulturen, der Anlage von Weinbergen, Ölbaum-Pflanzungen, Aufforstungen und der versuchsweisen Einführung neuer Zuchtrassen in einem großen Wandlungsprozeß. Tatsächlich ist noch die Rückständigkeit vieler Dörfer auf zivilisatorischem Gebiet, besonders in den Berggegenden, weitverbreitet. Es wird noch viele Jahre der Umstellung und Erziehungsarbeit kosten, bis zufriedenstellende Ergebnisse der Landwirtschaft die Erfüllung des Industriesolls erleichtern.

Albaniens Außenhandel hat mit dem Ende der sechziger Jahre ebenfalls einen Wendepunkt erreicht. Fast gleichzeitig mit dem Abschluß der rotchinesischen und albanischen Kulturrevolution kündigte Tirana die Errichtung neuer diplomatischer und handelspolitischer Vertretungen im Westen an. Bereits am 1. Dezember 1968 erklärte der Präsident der albanischen Nationalversammlung, Haxhi Lleshi, die

VR Albanien wünsche ihre Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten zu normalisieren. Gegenwärtig wickeln die Außenhandelsmonopole Albaniens ihren Warenaustausch mit den Ländern des Sowjetblocks auf der Grundlage westlicher Usancen und Marktpreise ab. Die 1945 einsetzende grundlegende Richtungsänderung des Außenhandels führte zunächst zu der beherrschenden Stellung Jugoslawiens (bis 1948), dann der UdSSR (bis 1961). Im Außenhandelsumsatz des kleinen Adriastaates haben sich seit 1960 die Handelsbeziehungen zwischen Tirana und Peking fast verzehnfacht: Die VR China weist einen Anteil von 57,2 % am internationalen Warenverkehr Albaniens auf. Die Einfuhrseite der VR Albanien verzeichnete 1966 79,8 % Waren chinesischer Herkunft oder Bestellung. Dazu gehörten z. B. 1966 Weizeneinfuhren von 120 000 t, die zu 97 % durch die VR China gedeckt wurden. Unter den westlichen Staaten hat Italien inzwischen wieder am besten Fuß gefaßt. Doch beträgt der italienische Anteil am Gesamtumsatz der VR Albanien weniger als 4 %. Daneben treten als Partner besonders Österreich, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland in Erscheinung. Der gesamte westliche Anteil am albanischen Außenhandelsumsatz liegt noch weit unter der von Tirana festgelegten Obergrenze von 10 %.

### 3. Soziale Probleme staatskollektiver Gegenwart

Die relativ hohe Bevölkerungsdichte, die allmählich steigende Lebenserwartung (für Männer 64,9 und bei Frauen 67 Jahre) und die wachsenden Bedürfnisse der Lebenshaltung erfordern — jenseits aller Weltanschauung und Machtpolitik — die arbeitsteilige und kooperative Einbeziehung Albaniens in die Wirtschaft Europas. Solange diese Grundforderung der albanischen Zukunft nicht erfüllt werden kann, ist an eine völlige Gesundung der Verhältnisse kaum zu denken.

Ein Blick in die heutige Sozialgesetzgebung Albaniens verrät die z. T. wortgetreue Befolgung des sowjetischen Modells. Gegenüber der Vorkriegszeit mit ihrer Selbstsorge und Vorsorge in Sippe und Familie hat die staatliche Sozialgesetzgebung der albanischen Volksdemokratie beachtliche Vorzüge aufzuweisen: Altersversorgung und Krankenversicherung sind wie in den übrigen Volksdemokratien und in der UdSSR eingerichtet. Unentgeltliche ärztliche Behandlung und Zuweisung von Medikamenten gehören zu den Neueinführungen seit 1945. Es fehlt aber gerade auf

dem flachen Lande und in entlegenen Gegenden an Ärzten, Apothekern, an einer genügenden Zahl von Krankenbetten, an technischen Einrichtungen und Labors mitteleuropäischen Maßstabes. Ohne Zweifel befindet sich insbesondere das Versicherungswesen in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (Kolchosen) und auf den Staatsgütern (Sowchosen) in einem überaus schwierigen Aufbaustadium. Landflucht und Überalterung der Genossenschaftsbauern und der Landarbeiterschaft gehören auch in der VR Albanien bereits zum volksdemokratischen Alltag.

Die agrarkollektive Grundlage auch des heutigen Staatswesens wird deutlich, wenn man den Anteil der bäuerlichen Bevölkerung im Jahre 1938 (84 %) mit der Angabe für 1964 (66,8 %) vergleicht. Immerhin aber wies die Wirtschaft des Landes, die 1965 274 000 Industriearbeiter und -angestellte zählte, bis 1967 eine Zunahme von 41 000 Arbeitern auf. Der Arbeitseinsatz erwerbstätiger Frauen läßt sich für Industrie und Handel mit ca. 30 % aller Arbeiter und Angestellten nur ungefähr schätzen. Die traditionelle Frauenarbeit herrscht in der Agrarwirtschaft vor und dürfte in absehbarer Zeit zu einem Motor der erst in den Anfängen befindlichen Frauenemanzipation werden. Wie sieht demgegenüber die berufliche Gliederung in der PPSH aus? Altersmäßig stellen die Mitglieder unter 30 Jahren rund 27,4 % der PPSH. Der berufliche Querschnitt der Partei ergab 1966: Angestellte 37,14 %, Arbeiter 32,9 %, Kolchosbauern 25,81 %, Privatbauern 3,14 %. 1966 (1961) zählte die PPSH 66 327 (53 659) Mitglieder.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder der PPSH erreichte 1966 nur 12,47 %. Allerdings haben seither große Eintrittsbewegungen den Mitgliederstand und die Funktionärskader der Partei nicht nur radikal verjüngt, sondern auch den Anteil der Frauen und Mädchen verstärkt.

Albaniens Sozialpolitik nach 1945 gemahnt noch in mancher Beziehung an die industrielle Gründerzeit in anderen Ländern Westmitteleuropas. Es gibt immer noch die Armut und Anspruchslosigkeit der Bergbauern und Hirten. Nach dem Ersten Weltkrieg wandelte sich das Handwerkertum nur schrittweise zu einem modernen Arbeiterstand im westlichen Verständnis. Einige wenige Großbetriebe bringen mit der ersten Arbeitergeneration auch die ersten sozialen Spannungen.

Die albanischen *Gewerkschaften* sind nicht nach Fachverbänden gegliedert, sondern territorial organisiert. Bei der geringen Größe des Landes würde dies sonst eine übermäßige Zersplitterung bedeuten. Die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder betrug im Jahre 1967 150 000 bei einem Stand der Arbeiter und Angestellten von 315 000.

Durch eine Gesetzesnovelle wurden Ende des Jahres 1965 schließlich die meisten Rechte der Gewerkschaften in ein formales Aufsichtsrecht umgewandelt. Eine initiative Tätigkeit wird von den Gewerkschaften auf dem politischen, erzieherischen und kulturellen Sektor verlangt, besonders zur Weckung der Arbeitsmoral und Erfüllung der Staatspläne. Im Jahre 1969 wurde dieses Aufsichtsrecht der Gewerkschaften durch die Schaffung einer sogenannten Arbeiterkontrolle entscheidend ausgeweitet: Am 21. und 22. Januar 1969 tagte das Plenum des Zentralrates der Gewerkschaften Albaniens BPSH (Bashkimet Profesionale të Shqipërisë/Gewerkschaftsbünde Albaniens). In Anwesenheit des langjährigen Gewerkschaftspräsidenten Gogo Nushi und des ZK-Sekretärs der PPSH Spahiu kündigte der Generalsekretär der Gewerkschaften Tonin Jakova „eine weitere Vertiefung der Arbeiterkontrolle innerhalb und außerhalb der Unternehmen“ an. Zur Beseitigung des „Ökonomismus und Syndikalismus“ auch in der Gewerkschaftsjugend selbst muß eine Arbeiterkontrolle „in der Horizontalen“ Prüfung und Kritik auf der Ebene der Unternehmen ergänzen: Dadurch wächst die organisierte Arbeiterschaft über die Rolle eines „Transmissionsriemens“ der PPSH hinaus und kontrolliert unmittelbar und allgemein die Tätigkeit der Betriebsleitung, Leistung und Verhalten der Arbeitskollegen im eigenen oder im fremden Betriebe, die persönliche Bewährung jedes Arbeitnehmers im Betrieb, in der Freizeit und in der Familie. Es wird etwa das Beispiel der Schweißerei des Werkstättenunternehmens „Enver Hoxha“ in Tirana angeführt, dessen Arbeiter und Angestellte die Gesinnung und den Fleiß der Hochschüler der Universität überprüfen, mit den Studenten gemeinsame Gepäckmärsche machen usw. Die Schwierigkeiten dieser wechselseitigen Kontrolle werden als vorübergehend bezeichnet.

Während 1969 rund 80 % der Arbeiter Albaniens gewerkschaftlich organisiert sind, hat der *Bund der Arbeiterjugend Albaniens* BRPSH (Bashkimi i Rinisë së Punës së Shqipërisë) fast

70 % der 14- bis 26jährigen in der Grundorganisation erfaßt. Am 17. März 1969 tagte das Plenum der BRPSH, um neue Massenaktionen freiwilliger Arbeit durch Jugendbrigaden an Eisenbahnstrecken, in Dorfeinsätzen, auf Baustellen und in Betrieben zu beschließen. Der freiwillige Arbeitsdienst der Jugendorganisation bildet seit dem Zweiten Weltkrieg die Möglichkeit, *beide* Geschlechter sowie Stadt und Dorf auf einen gemeinsamen weltanschaulichen Nenner zu bringen. Die Jugendlichen unterscheiden sich durch einen weit höheren Leistungskoeffizienten und durch Freiwilligkeit und Ehrgeiz einzelner Brigaden in auffälliger Weise von der durchschnittlichen Pro-Kopf-Leistung der Genossenschaftsbauern oder Industriearbeiter in den Betrieben.

Der Versuch, Staat und Gesellschaft Albaniens *umbruchartig* neu zu gestalten, findet auf verschiedenen Ebenen der Wirtschaft und des Kulturlebens Ausdruck: Durch Verfügung vom 30. Januar 1969 wurden etwa die bestehenden *Gewerbe-genossenschaften* (Handwerk und Dienstleistungen) mit ihren 28 000 Werkstätteneinheiten als nicht mehr fortschrittlich genug in 68 staatliche Großunternehmen (Staatsindustrie und Lokalindustrie) überführt, die der dauernden zentralen Überprüfung zugänglicher sind als kleine und kleinste Wirtschaftseinheiten. Den gleichen Zweck verfolgte 1968 die Halbierung des sogenannten „Hoflandes“ der Genossenschaftsbauern oder die „freiwillige Ablieferung“ des privat gezüchteten Großviehs an die Kolchosen und Staatsgüter. Es besteht kein Zweifel, daß Albanien damit das staatskollektivistische Experiment unter sämtlichen europäischen Volkdemokratien am weitesten vorangetrieben hat, obwohl gerade dieser kleinräumige Zwergstaat an der Adria 1944 mehr Überreste früherer Gesellschaftsformationen aufwies als die übrigen größeren Staaten des Balkans. Albanien steht in seiner Lebenshaltung noch weit hinter Ungarn, der Tschechoslowakei oder gar Österreich zurück. Nicht extreme Bekundungen einer Kulturrevolution werden das Ziel der Hebung des Lebensstandars fördern, sondern zuletzt nur die Zusammenarbeit in einem gemeinsamen balkanischen Kleineuropa und in Europa überhaupt.

Lebenshaltung, sozialer Status und staatliche Sozialpolitik spiegeln die Übergangsphase zu einem künftigen Agrar-Industriestaat wider, der bis jetzt in auffälliger Weise auf den Fremdenverkehr als zusätzliche Hilfsquelle verzichtet.

## VII. Weltanschauung und Kulturpolitik bis 1969

### 1. Geistiges Schaffen und die Formung des albanischen Nationalbewußtseins

Das Diaspora-Schicksal eines der ältesten Balkanvölker prägt auch das geistige Schaffen, das Werden und das Wachsen der Nationalkultur. Seit dem frühen Mittelalter entfaltet sich die schöpferische Kraft des Shqipetarentums in Bereichen, die geographisch, politisch und kulturell vielfach weit auseinander liegen. So bedingt die *Osmanenherrschaft* über albanisches Kerngebiet bis zum 19. Jahrhundert, daß Wiedererweckung und Pflege eigenwüchsiger Nationalkultur häufig von Kalabrien und Sizilien aus oder durch Emigranten in Sтамbul, Bukarest, Sofia, Wien, Kairo oder Paris angestrebt und nachhaltig gefördert werden. Am Ausgang des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts gewinnen Bemühungen auf dem Gebiet der Erziehung, der Folklore und einer bis heute nicht endgültig gesicherten einheitlichen Rechtschreibung und Schriftsprache nationalpolitische Bedeutung für das Werden des modernen Staates. Andererseits sind das italienische *rinascimento*, der Aufbau im befreiten Griechenland, die Jungtürkische Revolution von 1908 erst dank dem befruchtenden Beitrag einzelner Gelehrter, Künstler, Literaten und Politiker albanischer Herkunft zur vollen Auswirkung gelangt. Fünfhundertjährige Türkenherrschaft und Islamisierung bewirkten im Kerngebiet des Albanertums eine Lähmung und Erstarrung des westmitteleuropäisch ausgerichteten nationalen Kulturschaffens; zugleich entsteht aus der mannigfaltigen Berührung zwischen Herrschenden und Beherrschten dennoch ein Brückenschlag zu den Ländern des östlichen Mittelmeers.

Ein Blick auf die Anfänge und frühesten Zeugnisse albanischer Sprache läßt seit dem Zeitalter Skanderbegs Priester und Ordensleute, vornehmlich des *nordalbanischen* Kulturkreises, als Sachwalter des Kulturerbes hervortreten. Das älteste Denkmal der albanischen Sprache stammt aus der Epoche Skanderbegs; der Erzbischof Pal Engëlli von Durrësi (Durazzo) teilt in seinem Hirtenbrief vom 8. November 1462 eine albanische Taufformel mit. Vertreter der religiös-didaktischen Literatur in albanischer Sprache zwischen dem 16. und 17. Jahrhundert sind Gjon Buzuku (Meßbuch 1555), Pjeter Budi (Christenlehre 1618—1621) oder der spätere Bischof Frang Bardhi (1606—1643),

der 1635 ein lateinisch-albanisches Wörterbuch mit 5000 Wörtern verfaßt.

Die ältesten literarischen Zeugnisse der albanischen Siedlungen in *Italien* sind ebenfalls religiöser Art (ein Katechismus 1592, Kirchenlieder, ein Marienleben 1762). In Südalbanien ist etwa Theodor Kavalioti (1718—1789) beheimatet, der 1770 in Venedig ein griechisch-rumänisch-albanisches Wörterbuch (in der Mundart von Korça) herausbringt, das griechische Buchstaben verwendet. Um 1800 wird dann das in Mittelalbanien gelegene Elbasani Zentrum linguistischer Bemühungen um ein einheitliches Alphabet, verpflichtende Rechtschreibung, gemeinsame Schriftsprache. Theodor Haxhi Filipi, genannt Dhaskal Todhri, wurde Pionier des heutigen Alphabets, das 1908 durch einen Kompromiß zwischen toskischen und ghegischen Varianten zustande kam.

Sprache, Literatur und Volkstum finden aber auch in den osmanisch beherrschten national-albanischen Kolonien des Balkans Förderung und Auftrieb. Allenthalben entstehen Bruderschaften, Zentralkomitees, Gesellschaften — in Rom, Athen, Konstantinopel, Bukarest, Sofia, Kairo. In Athen entsteht 1864 eine solche Bruderschaft. Im gleichen Jahr wird in Bukarest die erste patriotische Kulturgemeinschaft „Drita“ („Das Licht“) gegründet, die vorerst freilich nur drei Jahre lang Bestand hat. In Konstantinopel bemüht sich eine Gruppe gebürtiger Albaner bei der Hohen Pforte zunächst ergebnislos um die Genehmigung einer albanischen Kulturgesellschaft in der Hauptstadt des Osmanenreiches. Erst 1876 kann in Konstantinopel das „Zentralkomitee für den Schutz der Rechte der albanischen Nationalität“ entstehen; aus ihm entwickelt sich 1879 die „Gesellschaft für die albanische Rechtschreibung“, kurz „Gesellschaft Konstantinopels“ genannt. Oft sehr kurzlebige Zeitschriften werden für die Siedlungsgruppen der Albaner in ausländischen Großstädten gegründet, wie 1884 „Drita“ („Das Licht“) in Konstantinopel, deren Nachfolgeorgan „Ditura“ („Das Wissen“) heißt. Während in der albanischen Stammheimat immer bedrohlicher Widersetzlichkeit und bewaffnete Aufstände zunahm, schufen gerade in Konstantinopel einige geistige Führungspersönlichkeiten die Ansätze für eine Rückeuropäisierung der albanischen Nation. Manche dieser Forscher, Dichter, Politiker werden gleichzeitig in der türkischen Erneuerungsbewegung

Vorkämpfer der Freiheit, wie z. B. Sami Frashëri (1850—1903), der unter dem Namen Shemseddin Sami grundlegende Werke in türkischer Sprache zur Geschichte und Sprachwissenschaft des Reiches veröffentlichte.

Im Jahrhundert der nationalen Wiedererwekung treten einige Dichter und Geschichtsschreiber auf, die über die engen Grenzen des eigenen Volkstums Bedeutung gewinnen. Ihre Wirkungsstätte liegt oft außerhalb des geschlossenen albanischen Kerngebietes. Als Lyriker und Sprachforscher betätigt sich der in Neapel lehrende de Rada (1814—1903). Der Verfasser der albanischen Volkshymne, Pashko Vasa (1825—1892), lebte in Venedig (er starb als türkischer Pascha in Beirut). Der geniale ältere Bruder des Sami Frashëri, Naim (1846—1900), wirkte als Lyriker und Erzähler; er übte in Konstantinopel das Amt eines Zensors des Unterrichtsministeriums aus. Novellist, Übersetzer und Buchhändler ist sein Neffe Midhat Frashëri (1880—1949), der sich als Förderer der Literatur und Albanologie hervortut.

Der wohl bedeutendste epische Dichter des Albanertums ist Gjergj Fishta (1871—1940). Ihm wird noch zu Lebzeiten der Ehrenname Poeti Kombëtar, nationaler Dichter, zuteil. Sein Hauptwerk sind die Heldengesänge „Laute des Hochlandes“ („Lahuta e Malcijs“), das bedeutendste Kunstepos der Albaner.

Für die literarische Epoche 1912 bis 1939 besteht in der heutigen offiziellen Kritik eine gewisse Verlegenheit. Volle Anerkennung wird vornehmlich dem als Politiker bekannten Fan Stylian Noli (1880—1965) zuteil. Geboren in der Nähe von Adrianopel, lebte der orthodoxe Priester und spätere Bischof in Griechenland, Ägypten und in den USA — abgesehen von der revolutionären Episode als Regierungschef der albanischen Republik. Politische Lyrik, historische Epen und Übersetzungen, die Musikkomposition „Skanderbegs Rhapsody“, ein Werk „Beethoven und die französische Revolution“ sind einige Wegzeichen seines romanhaften Lebensganges und einer reichen, vielseitigen Begabung.

Ernest Koliqi (geb. 1903), Dramatiker, Erzähler und Lyriker, war in der faschistischen Ära Unterrichtsminister, findet also heute keine Anerkennung in der VR Albanien. Die Tiranaer Literaturgeschichte nennt dafür etwa Progressisten wie Foqion Postoli (1889—1927) oder den Dramatiker Haki Stermilli (1889—1953).

## 2. Dichtung und Kunstschaffen im Schatten der Ideologie

„Das zeitgenössische Schrifttum ist zu einer Aussagekraft geworden, die dem Volke auf seinem beschleunigten Marsch zu dem großen Ziele behilflich ist — zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaft in Albanien.“ Mit diesen Worten kennzeichnete 1964 der Literaturkritiker Koço Bihiku das literarische und künstlerische Gegenwartsschaffen in Albanien. Es seien einige Schriftsteller und ihre erzieherischen Themen genannt, die heute den Büchermarkt in Albanien beherrschen. Sie gelten fast ausschließlich dem Partisanenkampf des Zweiten Weltkriegs, den Sozialisierungsmaßnahmen seit 1944 und dem Ringen um den „neuen Menschen“: F. Gjata: „Der Umsturz“, D. S. Shuteriqi: „Die Befreier“, A. Abdihoxha: „Ein stürmischer Herbst“, Q. Buxheli: „Des Königs Pferde und die neuen Reiter“, K. Jakova: „Die wachsam Helden“, L. Qafzezi: „Der Kommunist“. An dramatischen Werken führt die Tiranaer Chronik unter anderem an: S. Pitarka: „Die Familie des Fischers“, Xh. Broja: „Das Scharmützel“, K. Jakova: „Unsere Erde“, V. Ziko: „Schwester Katharina“.

Der Schriftstellerverband zählt heute 400 Mitglieder und Kandidaten. Viele der Kulturschaffenden haben sich im Zuge der Kulturrevolution zum zweijährigen Arbeitseinsatz in Industriebereichen und in der Landwirtschaft gemeldet, andere bemühen sich in Massenaktionen um die Aufklärung und Arbeitshilfe für Bergbauern.

Natürlich fehlt es auch nicht an den üblichen Verurteilungen des „Revisionismus“: So wurde etwa „Der Partisan ohne Namen“ von F. Arapi angegriffen, ein Drama, in dem „schablonisiert“ und gegen eine „realistische“ Anschauung angekämpft werde. Im Roman „Der Tunnel“ von D. Xhuvani sei der opferbereite Mensch nicht eine fortschrittliche Person, er zeige keine Freude an kollektiver Aufbauarbeit. Kritisiert wird unter anderem auch das Drama „Das Duell“ von Q. Buxheli, in dem ein ritterlicher nazistischer Feind auftritt.

Auch auf dem Gebiet der Musik bemüht man sich um eine „Nationalsprache“. Die ersten Opern entstehen, zum Beispiel „Mrika“ von P. Jakova und „Blume des Gedenkens“ von K. Kono. An Liedkompositionen rühmte man 1969 Schöpfungen wie „In einer Hand den Spaten, in der anderen Hand das Gewehr“ (P. Jakova); „Der Marsch der Partisanen“ (A. Mule); „Genosse Enver im Gebirge“ (A. Prodani).

### 3. Kulturrevolution und Probleme des Generationswechsels

„Kulturrevolution“ meint in Albanien gesellschaftspolitisch nicht die Entmachtung der bestehenden Parteihierarchie. Unter der zentralen Führung des Ersten ZK-Sekretärs der PPSH, Enver Hoxha, wurde seit dem V. Kongreß der Partei (1. bis 8. November 1966) zwar beinahe jedes Schaffensgebiet, jede Verwaltungseinheit und Kolchose von „unten“ revolutioniert — aber im Auftrag von „oben“. Nachfolgend beschäftigen wir uns mit einigen Gesichtspunkten im Bildungs- und Erziehungswesen Albaniens, um von dorthier aktuelle Einblicke in den Generationswechsel in der Volksrepublik Albanien zu gewinnen.

Vor 1945 war das *Schulsystem* überwiegend dem österreichischen bzw. dem französischen Muster angeglichen. Nach 1944 trat der sowjetische Schultyp immer beherrschender in Erscheinung — schon allein deshalb, weil Hochschulreife und Postgraduiertenbildung von den albanischen Studenten und jungen Gelehrten meist in der Sowjetunion erworben wurden. Wichtig für die Zukunft ist die nunmehr durchgeführte achtklassige Pflichtschule, deren Abgangszeugnis für jeden künftigen Facharbeiter erforderlich ist. Während die neue Schulgesetzgebung von 1946 und die Reformgesetze der Jahre 1955 und 1963 überwiegend noch der Bekämpfung des Analphabetismus, der Umstellung auf ein neues Fachschulwesen und der „*Polytechnisierung*“ des Unterrichts dienen, stand die Schulreform 1969 ganz im Dienste der „Kulturrevolution“. Das Hochschulwesen Albaniens umfaßt heute die Universität in Tirana mit sieben Fakultäten und 54 Fachrichtungen, eine Hochschule für Bodenkultur (drei Fakultäten), Hochschulinstiute für bildende Kunst, Körperkultur und Pädagogik, eine Schauspielschule und ein Konservatorium. Gegenüber dem Jahre 1938 (25 000 Schulbesuchende) erhöhte sich die Zahl der Schüler und Hörer 1969 auf 536 000. Neben 100 allgemeinbildenden Mittelschulen gibt es heute 136 Fachmittelschulen für 51 Ausbildungsgänge, ferner 53 technische Gewerbeschulen für den Facharbeiternachwuchs.

Vor einem Sonderausschuß für Schulreformfragen (7. März 1969) sowie vor dem VIII. ZK-Plenum der Partei (26. bis 28. Juni 1969) äußerten Enver Hoxha und Mehmet Shehu folgende Grundgedanken zur *Revolutionierung des Schulwesens*: Es gilt noch die Erfordernis der entsprechenden sozialen Herkunft bei der Vergabe von Studienplätzen und Stipendien.

Ebenso muß die Lehrerschaft von Elementen gesäubert werden, deren politische Vergangenheit und Haltung als zweifelhaft beurteilt wird. Sowohl für die Mittel- wie für die Hochschule gilt die gleichzeitige Vermittlung theoretischer Kenntnisse, praktischer Arbeitsgänge, physischer und militärischer Erziehung (sechs Monate Unterricht, zwei Wochen Leibeserziehung, zweieinhalb Monate Produktionsarbeit, ein Monat Militärdienst, zwei Monate Urlaub). Nach dem Abitur müssen alle Hochschulwärter ein Jahr lang in der Produktion tätig sein. Das Arbeiterkollektiv des Betriebes oder der Kolchose entscheidet dann durch Abstimmung über die Zulassung des Mittelschulabsolventen zur Universität. Überhaupt wird eine effektive, direkte Arbeiterkontrolle über das Bildungswesen eingesetzt.

Die Vereinheitlichung des Mittelschulwesens, die Verkürzung des Hochschulstudiums auf drei bis vier Jahre, nachhaltiger Ausbau der Erwachsenenbildung — all diese zum Teil kulturrevolutionären Faktoren sollen in dem Land, das noch 1938 rund 80 % Analphabeten zählte, einen Aufholprozeß für den Nachwuchs beschleunigen. Bis 1976 sollen alle Reformen des Schul- und Bildungswesens durchgeführt sein.

Für die *Nachwuchserziehung* ist kulturrevolutionär von besonderer Bedeutung, daß ein Mittelschul- oder Hochschulzeugnis den Anwärter nicht zur Anstellung in dem erlernten Beruf berechtigen. Der Wille der Partei sowie der Nachholbedarf entscheiden über den Arbeitsplatz und den Einsatz in der Stadt oder der Provinz. Man will durch eine Lohnnivellierung nach unten gegen „karrieristische Konzepte“ ankämpfen, um Opfermut und Bereitschaft der jungen Generation auch für die Zukunft zu gewährleisten.

Eine Besonderheit der Kulturrevolution in Albanien ist der Versuch der Parteiführung, die nachwachsende Schicht von Fachleuten gegenüber der *Bürokratie* in Schutz zu nehmen, der am 6. März 1966 in einem sogenannten „Offenen Brief“ schonungslose Bekämpfung angesagt worden war. Einen Tag nach einer zielweisenden Rede Enver Hoxhas mit dem Aufruf zum kulturpolitischen Umbruch schrieb das Organ „*Zeri i Popullit*“ am 7. Februar 1967: „Der albanische Bürokrat ist eine Mischung von Idealismus, Sozialismus und Mystizismus“. Am darauffolgenden Tag berichtete das ZK-Organ über die Mittelschüler der Naim-Frashëri-Anstalt der Hafenstadt Durrësi. Diese Jugend war dem chinesischen Beispiel der Demonstrationen, Massenaktionen und Wandzeitungen

gefolgt. Die Schlagzeile unter dem Bilde der Schülerschaft lautete: „Mit dem scharfen Schwert der Parteiideologie gegen religiöse Ideologien, Aberglauben und rückständige Sitten“. Zu dieser Stoßrichtung der Jugend paßt Hoxhas „Dialog mit den Alten“, um Loyalität und Solidarität der älteren Generation für die Kulturrevolution der Jugend propagandistisch auszuwerten. Zu dem gesamten weltanschaulichen Feldzug zählte aber auch ein Brief von 21 Priestern an Hoxha, die auf ihr Amt und ihre religiöse Funktionen verzichteten und als wesentliche Begründung ein von Enver Hoxha häufig angeführtes Wort Naim Frashëris nannten: „Der Glaube des Albaners ist das Albanertum!“ Die Beendigung der Kulturrevolution in der VR China hat auch für die Aktionen und Diskussionen in Albanien eine gewisse Entspannung und Entschärfung gebracht. Läßt man die zum Teil nachahmerischen Überstiegenheiten des ideologischen Purismus zwischen 1966 und 1969 beiseite, so behaupten sich für die Dauer wohl folgende Zielsetzungen: Emanzipation der Frau, Umbau und Aufbau einer neuen Gesellschaft im Bannkreis des Dorfes und Ackerbürgerstädtchens, Beseitigung der „Schnellsiederei“ im Bildungswesen, erhöhte Anforderungen an die Leitungsorgane und Fachleute in Staat, Wirtschaft, Kulturarbeit.

Ein wesentliches Problem für die PPSH entsteht aus der Notwendigkeit, über die junge

Generation und über politische und fachliche Führungskräfte des Landes den Anschluß an die fortschrittliche Technik, Wirtschaftsorganisation und Kultur Europas und der übrigen Welt zu gewinnen und zu halten. Der Generationswechsel hat hierfür besonderes Gewicht: Auf der einen Seite steht der *Typ des Partisanen*, der oft aus grenzenloser Armut, Halbbildung und Treue gegenüber der Parteiführung zu Führungsstellen berufen worden ist, denen er nicht mehr genügen kann; auf der anderen der *Nachwuchs* der „Ordensburgen“, die in Moskau, Prag oder Ost-Berlin und Peking erzogene neue Elite, mit ihrer höheren fachlichen Befähigung und mit dem Anspruch auf die Übernahme der Führung in Partei, Planapparat, Bildung und Erziehung.

Der Stil der neuen Führung wird dabei noch einige Zeit keineswegs endgültig geklärt sein. Ursache für diese noch immer vorhandenen Richtungsschwankungen sind weder Hoxha noch seine heimlichen Gegner, sondern der Druck von außen, der auch einen ethischen Klärungsprozeß innerhalb der PPSH verhindert oder verzögert. Mancher wichtige Wechsel in den Führungskadern erfolgte mit einem Seitenblick auf Jugoslawien, Rußland oder China. Während die Generation, die in den dreißiger Jahren zum Zuge gelangte, welt- offen, auslandserfahren und anpassungsfähig war, fehlt der Jungen Garde Albaniens heute dieses sichere Weltgefühl.

## VIII. Staat, Nation und die albanische Außenpolitik

Ein halbes Jahrtausend hat das Volk der Albaner ohne Staat, ohne gemeinsames religiöses Bekenntnis, faktisch auch ohne einheitliche Kultur, der Auflösung und Aufweichung widerstanden. Allein das Bekenntnis zur gemeinsamen Herkunft und ein ungewöhnlicher Widerstandsgeist und Lebenswille haben die Albaner als Nation überdauern lassen.

Neben dem Freundschaftsbündnis des Zwergstaates an der Adria mit dem 700-Millionen-Reich der Volksrepublik China gewinnt das Verhältnis Albaniens zu Jugoslawien, dem „Riesen im Norden“, eine beherrschende Bedeutung. Diese Beziehung trug und trägt mit allem Nachdruck nationalitätenpolitische Akzente. So gibt die Verzahnung der Nationalitäten in dem in Jugoslawien gelegenen *Autonomen Gebiet Kosovo* ständigen Anlaß zur Polemik. Das ZK-Organ der Partei in Tirana „Zeri

i Popullit“ (Volksstimme) schrieb am 14. März 1964 u. a.: „Nach einer jugoslawischen Statistik, die wahrscheinlich stark gefälscht ist, lebten in Kossowo am 31. 3. 1961 646 631 Albaner oder 67 % der gesamten Bevölkerung, und 23,5 % Prozent Serben. Den Rest machten die anderen Nationalitäten aus. Bis 1961 waren, nach dieser Statistik, 60 985 Personen nach Kossowo eingewandert und 74 445 umgesiedelt, nicht eingerechnet die 14 441 Personen, die ins Ausland gegangen waren. Kann man denn diese massenhafte Verpflanzung der Kossowalbaner und die starke Einwanderung der Serben und Montenegriner anders als eine barbarische Entnationalisierungspolitik bezeichnen (wobei man sich vor Augen halten muß, daß diese Zahlen viel zu niedrig gegriffen sind)? Folgender Prozeß ist jetzt deutlich zu beobachten: Die Kossowalbaner werden gezwungen, ihre Heimat zu verlassen, und die

serbischen und montenegrinischen Zuwanderer nehmen ihren Platz ein.“

Unzweifelhaft handelt es sich in Kosovo um ein bäuerliches, übervölkertes „Entwicklungsgebiet“ mit einem so geringen Industrieanteil, daß der albanische Bevölkerungsüberschuß dieses Gebietes zur Abwanderung in die übrigen Teilrepubliken Jugoslawiens gezwungen wird. Umgekehrt wanderten besonders Verwaltungsbeamte und Führungskräfte der Wirtschaft aus dem serbischen Kerngebiet in diese Gegend. Im Frühjahr 1967 besuchte der Staatsoberhaupt Jugoslawiens, Marschall Tito, diese Autonome Region und führte einige der groben Verstöße der Führung in der Region Kosovo gegen das einheimische Albanertum auf die terroristischen Methoden des im Juni 1966 abgesetzten Innenministers und Chefs der Geheimpolizei, Aleksandar Ranković, zurück.

Nach Lage der Dinge wäre eine förmlich und tatsächlich gesicherte Autonomie des Albanertums in Kosovo, Montenegro, Serbien und Makedonien der wesentliche Beitrag zu einer Befriedung zwischen Jugoslawien und Albanien. Die proletarischen Internationalisten zweier Nachbarrepubliken haben jedenfalls ihr brennendes Grenz- und Nationalitätenproblem haben und drüben bis zur Stunde nicht gelöst.

Die albanisch-sowjetischen Beziehungen wurden 1948 über so viele Fäden geknüpft, daß eine Trennung politisch, militärisch, wirtschaftlich und nicht zuletzt kulturell fast undenkbar schien. Am 16. November 1960 trat Enver Hoxha offen gegen den Kreml-Machthaber N. S. Chruschtschow auf. Am 15. Dezember 1960 bescheinigte der SED-Vorsitzende Walter Ulbricht vor dem ZK-Plenum der DDR den albanischen Genossen eine „dogmatische und sektiererische“ Einstellung zu den Problemen. Am 8. Januar 1961 flog eine albanische Wirtschaftsdelegation nach China ab. Vom 13. bis 20. Februar 1961 fand der mehrfach verschobene IV. Kongreß der PPSH in Tirana statt, vor dem Enver Hoxha den Trennungsstrich gegenüber den sowjetischen Freunden und Förderern zog. Die Märzkonferenz 1961 des Warschauer Paktes leitete für Albanien die schwierig durchzuführende Entflechtung seiner militärischen Belange von denen der Sowjetarmee ein. Anfang Juni 1961 räumten Einheiten der 8. sowjetischen U-Bootflotte den Stützpunkt Vlora und die Insel Saseno (albanisch: Sazan). Aber erst nach der Invasion in die ČSSR löste Albanien am 13. September 1968 auch förmlich seine Vertragspflicht gegenüber dem Warschauer Pakt.

Um die Jahresmitte 1955 erfolgte die Versöhnung zwischen Moskau und Belgrad. Erst Ende Mai 1959 sah sich der damalige sowjetische Machthaber veranlaßt, dem trotzigen, aber noch getreuen Albanien einen Besuch abzustatten. Damals unterliefen der sowjetischen Großmacht gegenüber der VR Albanien und der VR China diplomatische und psychologische Fehler, die Folgen haben sollten. In dem Augenblick, als Belgrad wieder begünstigter Bundesgenosse des Kreml wurde, mußte die kommunistische Führung Albanien Konsequenzen ziehen.

Der offene Bruch zwischen Moskau und Tirana wurde solange durch boykottartige Sanktionen verschärft, bis man in den übrigen Hauptstädten des Sowjetblocks einsah, daß der shqipetarische Trotz nicht zu brechen war. Das Verhältnis Albanien zu Bukarest und auch zu Belgrad gestaltete sich unter dem Eindruck des Truppeneinmarsches der Warschauer-Pakt-Mächte in die ČSSR schlagartig günstiger. Bulgarien gegenüber ergaben sich seit 1966, als eine albanienfreundliche Gruppe in Sofia abgelöst wurde, mehrfach Reibereien. Auch noch im Herbst 1969 beschuldigten albanische Stellen die Führung in Sofia, daß Bulgarien als Militärbasis für den Aufmarsch sowjetischer Verbände gegen Albanien (und Jugoslawien) diene.

Bis zur Stunde besteht zwischen Athen und Tirana ein offizieller Kriegszustand. Es gibt Grenzzwischenfälle, daneben Familienzusammenführungen, Zugeständnisse Tiranens an die zwischen 25 000 bis 30 000 geschätzte Zahl der Griechen in Südalbanien, die in den Fachministerien und Spitzengremien der albanischen Hauptstadt verhältnismäßig stark vertreten sind. Griechenland erhebt Anspruch auf den „Nord-Epirus“, das ist Südalbanien, dessen Amputation den gesamten heutigen Staat Albanien vermutlich in seiner Lebensfähigkeit bedrohen würde.

Gegenüber Italien sind immer noch Ressentiments vorhanden: Die Zwischenkriegszeit, vornehmlich die Ära Mussolinis, brachte über die Straße von Otranto beherrschendes Kapital, „monopolistische“ Kulturinstitutionen, maßgebliche Wirtschaftsführer, militärische Berater und Außenhandelskaufleute ins Land. Die Abwehr dieser „Überfremdung“ ist seit 1945 durch die ideologische Gegnerschaft zwischen den Regierungen in Tirana und Rom verstärkt worden.

Das Albanertum ist durch alte Beziehungen mit Deutschland verbunden. So ungewiß es

ist, ob ein Fähnlein deutscher Landsknechte unter der Befehlsgewalt Skanderbegs gestanden hat, so sicher steht fest, daß deutsche Heerführer seit Ende des 17. Jahrhunderts im Kampfe gegen den Halbmond diesem Land immer wieder beigestanden haben. Da ist z. B. im Feldzug 1689/90 der Herzog von Holstein zu nennen; 1717 entriß der in venezianischen Diensten stehende Graf Johann Mathäus von der Schulenburg den Osmanen zeitweilig feste Plätze in Albanien. Ganz überwiegend aber hat zwischen dem 21. Juli 1718, dem Friedensschluß von Passarowitz, bis fast zum Zweiten Weltkrieg *Österreich* den Repräsentanten deutscher Kultur und Kulturpolitik abgegeben. Damals wurde die Donaumonarchie als Schutzmacht der Katholiken Nordalbaniens bestellt. Seither haben sich diese Beziehungen über ein Vierteljahrtausend hinweg als förderlich für das Streben der Albaner nach Eigenständigkeit erwiesen.

Zu den deutschen und österreichischen Gelehrten, die sich um das Land besondere Verdienste erwarben, zählen u. a. der aus Frankfurt/Main gebürtige österreichische Konsul Johann Georg v. Hahn (1811—1861), der aus Großstrelitz gebürtige Philologe Gustav Meyer (1850 bis 1900), der angesehene, aus Mähren stammende Philologe Norbert Jokl-Wien (geb. 1877), der 1942 ein Opfer der Judenverfolgung wurde. Erwähnt werden müssen ferner der südtiroler Historiker Jakob Ph. Fallmerajer (1790—1860), die Archäologen C. Patsch (1865 bis 1945) und Camillo Praschniker-Wien (1884 bis 1949) sowie der hannoversche Botaniker August Grisebach (1814—1879). 1963 starb 81jährig der zuletzt in Leipzig tätige Folklorist Maximilian Lambertz, dem Albanien u. a. eine gemeinsam mit Georg Pekmezi verfaßte und 1912 bei Hartleben (Leipzig) erschienene Grammatik zu danken hat.

Nach dem Ersten Weltkrieg festigten sich die albanisch-österreichischen und albanisch-deutschen Beziehungen. So sind zum Beispiel

zwischen 1921 und 1923 österreichische und deutsche Bauingenieure unter Meissner Pascha in Albanien tätig gewesen. Deutsche Ingenieure nahmen 1929 im Tiranaer Arbeitsministerium leitende Stellungen ein. Die Einrichtung des Flugverkehrs ist dem deutschen Aero-Lloyd zu danken (1925). Wie vielfältig und eng die Bindungen waren, geht auch daraus hervor, daß seit Entstehung des modernen Albanien bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs die Kulturbeziehungen vor allem getragen wurden durch Hunderte junger albanischer Akademiker und Fachleute, die eine deutsche Erziehung und Ausbildung — meistens in Österreich — erhalten hatten.

Wie soll man den gegenwärtigen Standort Albanien bestimmen? Es ist ein Land zwischen Ost und West, zwischen Nord und Süd, ein Land der Grenzen und immerwährenden Frontstellungen. Albanien läßt heute einerseits die Relikte des osmanischen Feudalstaates hinter sich und entwickelt sich zum modernen europäischen Staatswesen, wie es andererseits eine neue nationalkommunistische Generation heranbildet. Diese Generation ist bestrebt, die „alten Kämpfer“ einer spätgegründeten kommunistischen Partei abzulösen.

In Albanien vollziehen sich mehr Ereignisse und Entwicklungen systemneutral, als die unmittelbar Betroffenen oder auch der Außenstehende ahnen. Denn Albanien's Aufgabe ist zunächst einfach die Überwindung einer zivilisatorischen Rückständigkeit, die endgültige Überwindung spätfeudaler Ordnungen, die das Volk der Shqipetaren von Westmitteleuropa und von Europa insgesamt trennen. Der osmanische Halbmond stand ein halbes Jahrtausend über diesem Bergstaat, der gewissermaßen ein Modellfall im Großtürkischen Imperium wurde. Auch heute ist die kleine Volksrepublik als „Entwicklungsland“ ein Probefall für das Sowjetimperium und die VR China geworden — ein Schaufenster, das eigentlich Interesse wecken sollte.

## IX. Anhang

### CHRONIK

#### Daten zur Zeitgeschichte Albaniens, 1909—1969

1909—1912	Albaneraufstände gegen die Türken als Auftakt zu den Balkankriegen
1912 28. November	Unabhängigkeitserklärung unter Ismail Qemal
1913 16. April	Osterreich-Ungarn und Italien verabreden ein Albanienstatut
1913 29. Juli	Die Großmächte erkennen Albanien als autonomes Fürstentum an
1914 7. März— 3. September	Regierung des Fürsten Wilhelm zu Wied-Neuwied
3. Oktober— November 1915	Regierung Esad Pasha Toptani
1915 24. April	Londoner Pakt über die Aufteilung Albaniens
1916 ff	Besetzung Albaniens durch Osterreich-Ungarn, Italien und Frankreich
1918 25. Dezember	Neue albanische Regierung unter Turhan Pasha
1920	Aufstand gegen die serbische und italienische Okkupation
1920 28.—31. Januar	Kongreß von Lushnja, Regentschaftsrat
1920 17. Dezember	Aufnahme Albaniens in den Völkerbund
1922 2. Dezember	Ahmet Zogu wird Ministerpräsident
1924 Mai—Dezember	Regierung der linken Mitte unter Fan Noli
1925 31. Januar	Ahmet Zogu wird Präsident von Albanien
1928 1. September	Zogu wird König der Albaner
1939 7. April	Italien besetzt Albanien, Zogu flüchtet
1940 28. Oktober	Italien beginnt in Albanien Krieg gegen Griechenland
1941 8. November	Gründung der Kommunistischen Partei Albaniens
1944 24. Mai	Erster antifaschistischer nationaler Befreiungskongreß in Permeti
1944 22. Oktober	Erste provisorische Regierung Enver Hoxhas
1944 29. November	Albanien in den Händen der nationalen Befreiungsfront
1946 11. Januar	Proklamierung der VR Albanien
1946 14. März	Erste albanische Verfassung
1948 1. Juli	Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen zu Jugoslawien
1949 11. Juni	Hinrichtung Koçi Xoxes
1949 21. Februar	Beitritt Albaniens zum Comecon
1954 20. Juli	Shehu löst Hoxha als Ministerpräsident ab
1955 14. Mai	Beitritt Albaniens zum Warschauer Pakt
1955 14. Dezember	Beitritt Albaniens zur UNO
1960 20.—25. Juni	Erstes öffentliches Eintreten Albaniens für China auf der Konferenz von Bukarest
1960 November	Albanien verläßt infolge von Differenzen die Gipfelkonferenz von Moskau

1961	13.—20. Februar	4. Kongreß der PPSH. Vorerst umfassende Wirtschaftsabkommen mit China
1961	3. Dezember	Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion
1962		Wiederholte Proteste Albaniens wegen der Nichtzuziehung zu den Sitzungen des Comecon und des Warschauer Paktes
1963	3. September	Beginn des offenen Zwistes der Sowjetunion mit China. Ende des Alleinganges Albaniens in der Auseinandersetzung
1964	31. Dezember und	
1965	17. März	Tschou En Lai in Albanien
1966	4. März	Beginn einer Verwaltungsreform
1966	14. September	Aufhebung des Justizministeriums
1966	1.—8. November	V. Kongreß der PPSH (Angriffe gegen Moskau)
1967	6. Februar	Beginn des verschärften Kulturkampfes (Schließung von Kirchen, Moscheen, Kampf gegen alte Bräuche)
1967	22. Juni	Vollkollektivierung in Albanien
1967	13. November	Gesetzliche Verfügungen zum Schutze der Glaubensgemeinschaften werden als ungültig erklärt
1968	30. April	Reduzierung des Hoflandes
1968	24. Juni	Reorganisierung des Rechtswesens (Dorfgerichte)
1968	13. September	Austritt aus dem Warschauer Pakt
1969	11. März	Auflösung der Handwerkerkooperativen
1969	26. Juni	Beschluß der Schulreform

## Statistische Daten

### Daten der natürlichen Bevölkerungsbewegung in Albanien

(auf 1000 Einwohner)

Jahr	Geburtenkoeffizient	Sterbefälle	jährlicher Zuwachs
1938	34,7	17,8	16,9
1942	32,9	14,3	18,6
1946	27,1	15,3	11,8
1950	38,5	14,0	24,5
1954	40,2	12,9	27,3
1958	41,0	9,1	31,9
1962	39,3	10,2	28,6
1967	35,3	8,4	26,9

Quelle: Vietari statistikor i RPSH 1967/68, S. 33.

## Städte mit mehr als 10 000 Einwohner

(Stand Ende 1967)

Stadt	1923	1965	1967
Tirana .....	10 845	161 330	169 300
Durrësi .....	4 785	49 770	53 160
Vlora .....	5 942	48 360	50 351
Shkodra .....	21 580	48 140	49 830
Korça .....	25 598	44 605	45 858
Elbasani .....	10 408	36 635	38 885
Berati .....	8 000	22 810	23 895
Fieri .....	1 510	18 500	19 681
Kavaja .....	6 307	18 115	18 800
Lushnja .....	1 900	16 555	17 545
Gjirokastra .....	8 906	15 340	15 590
Q. Stalin .....	—	12 775	13 490

Vjetari statistikor i RPSH 1967/68 S. 28 f.

## Der Außenhandel Albanien in Millionen Lek

	1938	1950	1955	1960	1965	1968	1970 (Soll)
Außenhandel insgesamt .....	134	143	279	648	732	812	959
Ausfuhren .....	34	32	65	243	305	360	415
Einfuhren .....	100	110	214	405	426	452	545
Bilanz des Warenverkehrs ..	-76	-78	-149	-162	-119	-92	-130

Vjetari statistikor i RPSH 1965, S. 313, Plandirektiven 1966—70 Zeri i Popullit Nr. 169 vom 17. Juli 1969

## Angaben zur Landwirtschaft

### Verteilung der Ackerfläche

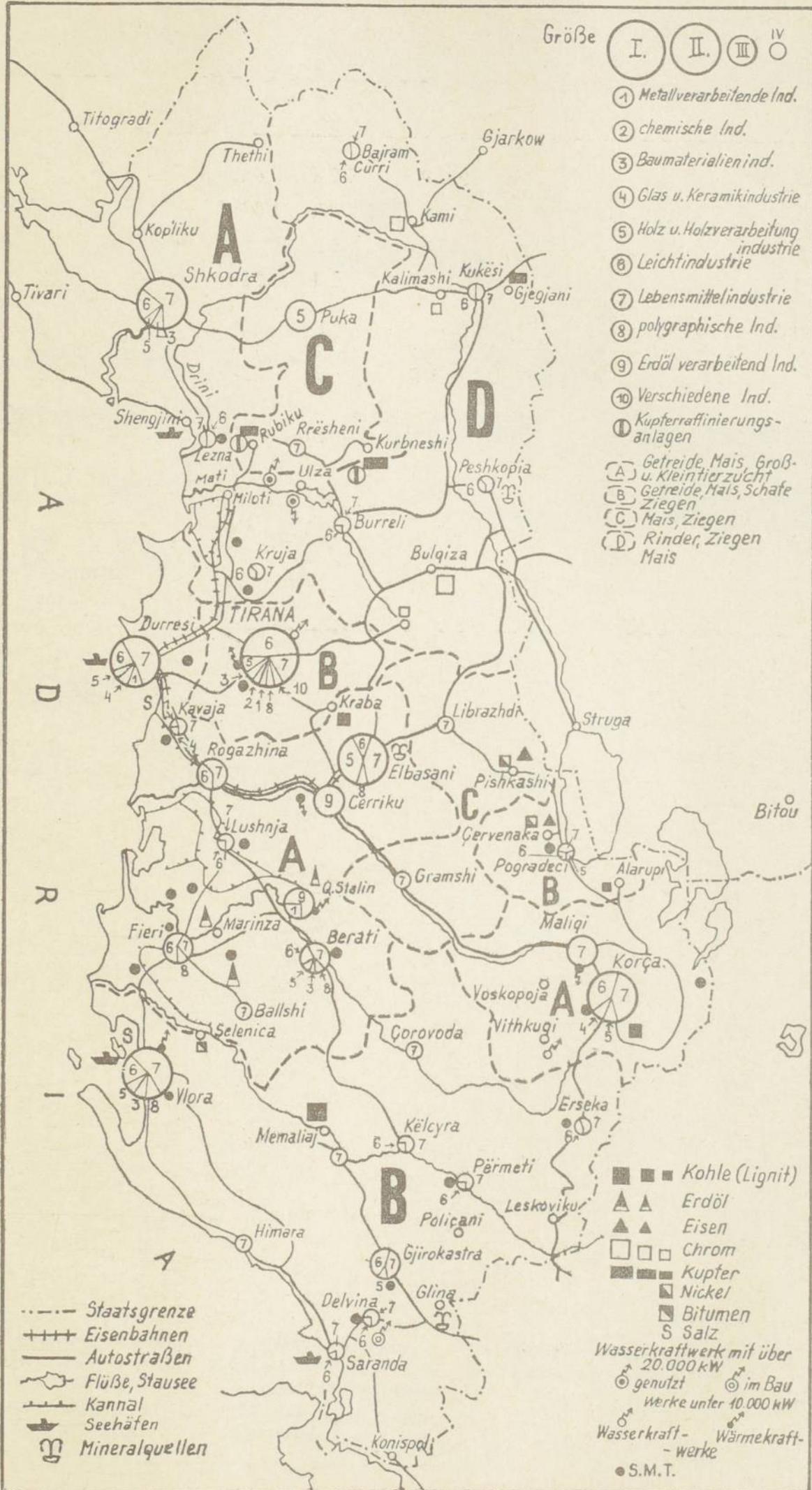
Jahr	Sowchosen	Kolchosen	Privatbauern
1955	7,3 %	13,4 %	79,3 %
1960	13,1 %	73,8 %	13,1 %
1961	13,5 %	72,2 %	12,3 %
1962	14,1 %	74,0 %	11,9 %
1965	17,5 %	72,9 %	9,6 %
1967	19,3 %	79,7 %	1,0 %

Vjetari statistikor i RPSH 1963, S. 150 und 1966/67 S. 76

### Erzeugung der wichtigsten Industriegrundstoffe und -güter

Maßeinheit	1938	1960	1965 (Ist)	1965 (Soll)	1967	1968
Kohle t .....	3 686	290 596	330 000	421 164	434 210	500 190
Rohöl t .....	108 116	727 519	822 000	1 098 553	983 856	1 037 913
Kupfer t (1950) ..	938	944	4 627	1 897	4 825	5 475
Chrom t .....	7 289	1 075	310 800	341 108	326 980	365 400
Eisen-Nickel t (1958) .....	88 240	255 015	397 080	429 428	405 904	—
Zement t .....	9 000	72 879	134 000	230 397	220 500	360 000
Baumwollgewebe in 1000 m ....	358	25 239	28 389	27 510	31 432	34 547
Schuhe in 1000 Stück ..	220	831	1 068	1 612	2 068	3 014
Fleisch t .....	27 400	43 040	43 840	58 736	46 580	—
Zucker t (1950) .....	610	13 265	15 001	17 120	18 056	—

Quelle: Vjetari statistikor i RPSH 1965 (S. 150—153) u. 1966 (S. 56, nur in ‰), 1968, S. 56 f (nur in ‰); Plandirektiven 1961—65



Größe I, II, III, IV

- ① Metallverarbeitende Ind.
- ② chemische Ind.
- ③ Baumaterialien ind.
- ④ Glas u. Keramikindustrie
- ⑤ Holz u. Holzverarbeitung industrie
- ⑥ Leichtindustrie
- ⑦ Lebensmittelindustrie
- ⑧ polygraphische Ind.
- ⑨ Erdöl verarbeitend Ind.
- ⑩ Verschiedene Ind.
- Ⓢ Kupferraffinierungsanlagen

- (A) Getreide, Mais, Groß- u. Kleintierzucht
- (B) Getreide, Mais, Schafe Ziegen
- (C) Mais, Ziegen
- (D) Rinder, Ziegen Mais

- ■ Kohle (Lignit)
- ▲ ▲ Erdöl
- ▲ ▲ Eisen
- □ Chrom
- ■ Kupfer
- Nickel
- Bitumen
- S Salz
- Wasserkraftwerk mit über 20.000 kW
- ⊕ genutzt ⊕ im Bau
- Wasserkraftwerke Wärme-kraftwerke
- S.M.T.

- Staatsgrenze
- +++ Eisenbahnen
- Autostraßen
- Flüße, Stausee
- Kanal
- Seehäfen
- Ⓢ Mineralquellen